



ARCHIVNACHRICHTEN

Fragmente jüdischen Lebens

Königsschutz und sein Preis

Deutscher Kaiser und König David

Abgehakt und deportiert

Von realen und digitalen Baustellen

לכלבים וממשיקה למסביב בלבורה
מלכות כל קולמים הפוצה אתהו
עברו מחר ברעה הנותן במדרך
ובמים עזים נתיבה הוא ישרך
ועצור וישמר היעזר ורזוכים
ויגדל ונשא למעלה את ארזינו
הרזוכים קהל פדודי סאת
גראף צו בארי ירם הודו כ' כ' ה'
מדהמו יהיהו וישמר הדומבל צדה
ועת ונזק יעלהו וידבר עמיסותהת
רגליו ויפיל שנאי לפניו ומבל
יפנה עיליח מלך מלכי המלכות
מדהמו ית בלבו ובלב כל יע
וישריו רחמנות לעשות טוב
עמנו ועם כל ישראל ביס
ובימינו תישע יהודה ויש
ישבן לבטה ובא לציון טה
וכן יהי רצון ונחמר אמן

Inhalt

WOLFGANG ZIMMERMANN

3 || Editorial

FRAGMENTE JÜDISCHEN LEBENS

FRANZ JOSEF ZIWES

4 || Zwischen Autonomie und Obrigkeit. Jüdisches Leben in Südwestdeutschland

PETER SCHIFFER

7 || Königsschutz und sein Preis. Konrad von Weinsberg und die Judensteuer

CARL-JOCHEN MÜLLER

8 || „Betteljude“ und „Beutelschneider“. Archivspuren eines Schlemihls

PETRA SCHÖN

9 || Jüdische Lebenswelten auf dem Land. Quellen im Archiv der Freiherren von Berlichingen-Jagsthausen

VOLKER RÖDEL

10 || Juden oder Staatsbürger mosaikförmigen Bekenntnisses? Beobachtungen zum Edikt von 1809 zur Gleichstellung der Juden Badens

VOLKER RÖDEL

11 || Gleiche Rechte für alle? 200 Jahre jüdische Religionsgemeinschaft in Baden

CARSTEN KOHLMANN

12 || Deutscher Kaiser und König David. Quellen zur Geschichte jüdischer Gasthäuser in Württemberg

FRANZ-JOSEF ZIWES

13 || Abgehakt und deportiert. Haigerlocher Juden auf dem Weg in die Vernichtung

NICOLE BISCHOFF

14 || „Mit Rücksicht auf die Reinerhaltung des deutschen Blutes“. NS-Rassenpolitik in den Akten des württembergischen Innenministeriums

ROSEMARIE GODEL-GASSNER /
BRIGITTE POPPER

16 || Lehrerinnen im Nationalsozialismus. Ein Forschungsseminar der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kooperation mit dem Staatsarchiv Ludwigsburg

MATTHIAS PASDZIERNY

17 || Ein Rückruf als Ehrenpflicht. Clär Weglein und die Hochschule für Musik in Stuttgart

PETER MÜLLER

18 || Wie kommt ein Judenstern in eine Wiedergutmachungsakte? Ein überraschender Fund im Staatsarchiv Ludwigsburg

WOLFGANG MÄHRLE

19 || Wiederkehr der alten Geister? Baden-Württemberg und die Welle antisemitischer Straftaten 1959/1960

MARTIN HÄUSSERMANN /
KAI NAUMANN

20 || Gesamtdokumentation der jüdischen Friedhöfe in Baden-Württemberg. Landesarchiv übernimmt Unterlagen des Landesamts für Denkmalpflege

REGINA KEYLER

21 || Vom brüchigen Acetatfilm zum weltweit verfügbaren Digitalisat. Jüdische Standesbücher im Internet

PETER HONIGMANN

23 || Die Überlieferung jüdischer Einrichtungen und Persönlichkeiten für Südwestdeutschland

CARSTEN KOHLMANN

25 || Das Archiv der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und das „Jüdische Dokumentationszentrum“ im Stadtarchiv Stuttgart

ROBERT KRETZSCHMAR

26 || Von Freudental nach Jerusalem. Das Archiv der Jüdischen Gemeinde im Novemberpogrom 1938

DETLEF GIRRES

28 || Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Gailingen

FRIEDER KUHN /
KERSTIN FORSTMAYER

30 || Zeugnisse jüdischer Geschichte durch das Institut für Erhaltung gesichert

MONIKA SCHAUPP

31 || Juden an Main und Tauber. Quellen zur jüdischen Geschichte im Archivverbund Main-Tauber

ARCHIV AKTUELL

ROBERT KRETZSCHMAR

32 || Reale und digitale Baustellen. Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg für 2008

WOLFGANG ZIMMERMANN

34 || Neue Findmittel im Internet. Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert das Landesarchiv Baden-Württemberg

ERWIN FRAUENKNECHT /
CHRISTINA WOLF

34 || „Bernstein – The memory of paper“

ANNA HABERDITZL

35 || Institut für Erhaltung begrüßt 45 ungarische Restauratoren

ELKE KOCH

36 || Umweg über die Stasi – Irrfahrt einer Akte

KULTURGUT GESICHERT

ANNA HABERDITZL

37 || Preiswert und gut. Vom Nutzen der präventiven Konservierung

ANDREAS KIEFFER

38 || Ziel nach 100 Jahren Forschung erreicht. Tintenfraßbehandlung ist reine Routine

ARCHIVE GEÖFFNET: AUSSTELLUNGEN & VERANSTALTUNGEN

PETER RÜCKERT

39 || Fürst ohne Grenzen. Herzog Friedrich I. von Württemberg († 1608)

TONIO OEFTERING

40 || Schulklassen besuchen die Ausstellung „Erinnern und Versöhnen“

PETER RÜCKERT

40 || Landtagsgeschichte in der Landesvertretung. Ausstellung „Landschaft, Land und Leute“ in Berlin präsentiert

GESCHICHTE ORIGINAL: QUELLEN FÜR DEN UNTERRICHT 37

HELMUT WEHR

41 || „Das Wägele“. Eine jüdische Kindheit in einem badischen Dorf im Dritten Reich

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Archive sind getreue Zeugen ihrer Zeit. In der schriftlichen Überlieferung spiegelt sich authentisch und unmittelbar die jeweilige Epoche wider. Was im Allgemeinen gilt, trifft in bedrückender Weise gerade auch für die Überlieferung zur deutsch-jüdischen Geschichte zu. Peter Honigmann, der Leiter des *Zentralarchivs zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland*, bilanziert nüchtern in diesem Heft: „Flucht und Verfolgung haben nicht nur menschliches Leid bewirkt, sie haben auch die Überlieferung der schriftlichen Zeugnisse einer langen deutsch-jüdischen Geschichte erheblich durcheinander gebracht.“ Nur bruchstückhaft sind die Quellen überliefert, die zudem jüdisches Leben zumeist aus christlicher Perspektive schildern oder die Sichtweise von Verwaltungen wiedergeben, deren Aufgabe es war, die Handlungsmöglichkeiten jüdischer Bürgerinnen und Bürger zu reglementieren und einzuengen, bis hin zu der Zeit des Nationalsozialismus, wo sie Entrechtung, Verfolgung und Mord organisierten und dokumentierten.

Autoren und Redaktion des vorliegenden Hefts sind sich dieser Begrenzungen bewusst. Letztlich sind es nur *Fragmente jüdischen Lebens* – so der Titel dieser Ausgabe –, die sich aus Archiven, Bibliotheken und Museen des In- und Auslands rekonstruieren lassen.

Die neuen Archivnachrichten fügen sich in die Bildungsarbeit des Landesarchivs ein, in deren Mittelpunkt im Jahr 2009 die Geschichte der Juden in Südwestdeutschland steht. Unter dem Titel *Gleiche Rechte für alle? 200 Jahre jüdische Religionsgemeinschaft in Baden* hat das Generalarchiv Karlsruhe eine Ausstellung erarbeitet, die in einem großen Bogen die Geschichte der Juden zwischen Mittelalter und Gegenwart nachzeichnet. Nach ihrer Präsentation in Karlsruhe (10. März – 7. Juni 2009) folgen Stationen an zahlreichen Orten. Ein umfangreiches Begleitprogramm ergänzt die Ausstellung. Im Staatsarchiv Wertheim widmet sich eine

Vortragsreihe der Geschichte der Juden zwischen Main und Tauber. In Stuttgart stellt die Ausstellung *Zwischen Verfolgung und Tod: Die Dokumentation jüdischer Schicksale im Hauptstaatsarchiv Stuttgart* die Arbeit der 1962 auf Initiative des Landtags eingerichteten Forschungsstelle vor (6. Mai – 24. Juli 2009). Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Landesarchivs unter der Rubrik „Aktuelles“.

Die Beiträge des vorliegenden Heftes stellen Quellen vor, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven jüdisches Leben in Südwestdeutschland widerspiegeln. Die umfangreichen Unterlagen, die Konrad von Weinsberg im frühen 15. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Erhebung einer allgemeinen Judensteuer anfertigte und die heute im Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein aufbewahrt werden, werfen ein differenziertes Bild auf die jüdischen Gemeinden im Spätmittelalter. Gerade die Archive von Adelfamilien, die in ihrer Herrschaft die Ansiedlung von Juden zuließen oder sogar förderten, enthalten reiches Material, wie die Beiträge zur Überlieferung der Grafen Adelman von Adelmansfelden und der Freiherren von Berlichingen exemplarisch zeigen.

Einen breiten Raum nehmen die Beiträge ein, die sich mit der Verfolgung und Ermordung jüdischer Bürgerinnen und Bürger in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigen. So wird ein Projekt der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg beschrieben, das anhand der Unterlagen des Staatsarchivs Ludwigsburg das Schicksal jüdischer Lehrerinnen in den Jahren 1933 bis 1945 untersucht. Im Staatsarchiv Sigmaringen haben sich Unterlagen erhalten, in denen die Deportation der Haigerlocher Juden im April 1942 protokolliert wurde. Die pedantische Akribie, mit der die Akten geführt wurden, belegt, so Franz-Josef Ziwes, in bedrückender Weise die Geisteshaltung der *Banalität des Bösen* (Hannah Arendt).

Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus galt es zu sichern und zu

retten, was nicht vernichtet, verschleppt oder geraubt war. Das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland mit Sitz in Heidelberg wird ebenso wie das Archiv der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs, das heute im Stadtarchiv Stuttgart aufbewahrt wird, vorgestellt.

Mit der Präsentation der jüdischen Ständeregister in digitalisierter Form ist es dem Landesarchiv gelungen, eine zentrale Quellengruppe der Öffentlichkeit in zeitgemäßer Form zugänglich zu machen. Die Bücher gelten seit 1945 als verschollen, alte, mittlerweile brüchige Acetatfilme, die nach 1942 aufgenommen worden waren, sicherten zwar die Überlieferung, waren bisher nur schwer zu benutzen.

In den *Quellen für den Unterricht* wird das Leitthema der aktuellen Ausgabe der Archivnachrichten fortgeführt. Ludwig Maier schildert seine jüdische Kindheit in dem badischen Dorf Malsch nahe Karlsruhe und berichtet von seiner Flucht nach Amerika. Helmut Wehr hat zentrale Passagen aus Maiers autobiographischen Erinnerungen ausgewählt und einfühlsam mit Schriftstücken und Abbildungen kombiniert.

Beiträge aus verschiedenen Arbeitsbereichen des Landesarchivs runden das Heft ab. Unter dem Titel *Von realen und digitalen Baustellen* stellt der Präsident des Landesarchivs die wichtigsten Ergebnisse und Kerndaten aus der Arbeit des vergangenen Jahres vor.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre der neuen Archivnachrichten.

Mit den besten Grüßen aus der Redaktion

Ihr



Dr. Wolfgang Zimmermann



Zwischen Autonomie und Obrigkeit

Jüdisches Leben in Südwestdeutschland

Das geistige und kulturelle Zentrum des aschkenasischen Judentums im deutschen Sprachraum lag in den jüdischen Gemeinden Mainz, Worms und Speyer. Von dort breiteten sich jüdische Siedlungen seit dem 11./12. Jahrhundert in die rechtsrheinischen Regionen aus. Sie bildeten somit die Keimzelle für die jüdischen Niederlassungen im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg. Noch lange wirkten die *Takkanot-Schum*, die rechtsverbindlichen Beschlüsse der Rabbinersynoden aus den drei Metropolen, als einigende Klammer in dem sich rasch ausweitenden jüdischen Siedlungsraum.

Zunächst beschränkten sich die Juden bei der Wahl ihrer neuen Wohnorte auf Reichs- und Bischofsstädte. Mit dem Ausbau des Städtewesens und der Übertragung des Judenregals, des königlichen Judenschutzrechts, auf territoriale Herrschaftsträger veränderte sich auch das Siedlungsgefüge. Im Zeitraum von der Mitte bis zum Ende des 13. Jahrhunderts sollte sich die Zahl der jüdischen Siedlungsorte in unserer Region mehr als vervierfachen, um sich in der anschließenden Jahrhunderthälfte nochmals auf etwas mehr als 100 Orte zu verdoppeln.

Die Zuwachsraten wären noch höher ausgefallen, wenn nicht regionale Pogrome für empfindliche Rückschläge gesorgt hätten. Jüdische Gemeinden fanden sich nunmehr auch in Territorialstädten und selbst in dörflich geprägten Siedlungen, vor allem dort, wo landwirtschaftliche Monokulturen wie der Weinbau eine funktionierende Kreditwirtschaft verlangten. Diesen Markt konnten die auf Geldleihe und -handel spezialisierten Juden, denen nach ihrem Abdrängen aus dem Fernhandel der Zugang zu Gilden und Zünften verwehrt war, erfolgreich bedienen. Nicht zuletzt wegen ihrer herausragenden Kenntnis der Münz- und Währungssysteme und aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Finanzkraft waren jüdische Financiers bei Stadt- und Landesherren gleichermaßen begehrt, wenn es um den Ausbau von Städten und Märkten ging.

Mit dem räumlichen Ausgreifen erwuchsen den Juden allerdings auch neue Abhängigkeiten und Gefährdungen, die



1

in wirtschaftlichen und politischen Krisenzeiten existenzbedrohend werden konnten. Dennoch bewahrten sich die jüdischen Gemeinden ein beachtliches Maß an Selbstständigkeit. Rechtsprechung, Steuerumlage und die Zuzugskontrolle bei neuen Mitbürgern fiel bei den größten Gemeinden in deren Autonomie. Nur diese *Kehillot* verfügten über einen eigenen Friedhof, der von den umliegenden Tochtergemeinden (*Jeschuweah*) mit genutzt wurde. Die *Medinat Bodensee* oder die *Kehillot Württemberg* sind dem hierarchischen Gemeindegefüge entsprechende Bezirke. Zwar kam die jüdische Regionalorganisation auch bei herrschaftlichen Steuerangelegenheiten zum Tragen, ihre Entstehung verlief jedoch unabhängig von der Territorialstruktur und orientierte sich meist an den alten Bistumsgrenzen (Konstanz, Basel, Straßburg, Speyer, Worms, Mainz, Würzburg), teilweise aber auch an Einflusszonen größerer Reichsstädte (Frankfurt, Esslingen, Ulm).

Nach der Katastrophe der Pestverfolgungen 1348/49, der fast alle Gemeinden in Südwestdeutschland zum Opfer fielen, hatte sich die Situation für die Überlebenden grundlegend gewandelt. An die Stelle der Gemeindeautonomie trat die

Obrigkeit. Das erste Landesrabbinat im Reich, das 1366 in der rechtsrheinischen Pfalzgrafschaft eingerichtet wurde, ging auf die Initiative des Pfalzgrafen Ruprecht I. zurück. Sein Nachfolger Ruprecht II. war es, der 1390 die erste territoriale Judenvertreibung auf deutschem Boden in Gang brachte. Dem Beispiel folgten bald zahlreiche Städte und weitere Territorien. Die Folge war eine dauerhafte Verlagerung der jüdischen Niederlassungen in die ländlichen Randzonen oftmals ritterschaftlicher Territorien bzw. nach Osteuropa. Die verbliebenen Gemeinden bestanden meist nur aus wenigen Familien, deren Aufenthaltserlaubnis von befristeten Schutzbriefen abhing und über denen dauernd das Damoklesschwert der Vertreibung hing. Unter den schwäbischen Reichsstädten war Buchau die einzige, in der vom 16. Jahrhundert bis zum Ende des Alten Reichs ununterbrochen Juden leben konnten.

Die stark eingeschränkte räumliche Mobilität, zahlreiche Handelsbeschränkungen, unzählige Sonderabgaben sowie religiöse und soziale Diffamierung ließen breite Schichten der israelitischen Bevölkerung zusehends verarmen. Wer sein Auskommen nicht in einem jüdischen Gemeindeamt oder im Handel mit Vieh,



2

Getreide, Wein und Hopfen fand, musste sich vom Pfand- und Trödelhandel ernähren. *Schacher-* und *Betteljuden* waren keineswegs nur begriffliche Produkte antijüdischer Stereotype, sondern vor allem seit dem 18. Jahrhundert konkreter Ausfluss bitterer Realität.

Nur wenigen Juden gelang der Aufstieg in die wirtschaftliche Elite. Als Hoffaktoren konnten jüdische Finanziers an den Fürstenresidenzen einflussreiche Positionen erlangen und beachtliche Vermögen bilden. Die so steile wie tragische Karriere des Joseph Süßkind Oppenheimer, der als Bankier und einflussreicher Berater Herzog Karl Alexanders von Württemberg nach dem Tod seines Gönners für dessen autokratische Herrschaft 1738 am Galgen büßen musste, ist dafür ebenso ein Beispiel wie das Leben der in Buchau am Federsee geborenen Chaile Kaulla, die es Ende des 18. Jahrhunderts als Hoffaktorin in Hechingen, Donaueschingen und Stuttgart zur damals reichsten Frau in Deutschland brachte.

Bemühungen um die *bürgerliche Verbesserung unter den Juden* wurden erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts Gegenstand ernsthafter Betrachtungen. Ein Wegbereiter waren die Toleranzedikte Kaiser Josephs II. von 1781, in deren

Folge unter anderem die vorderösterreichische Universität Freiburg für jüdische Studenten geöffnet wurde. Nach der napoleonischen Neuordnung Südwestdeutschlands folgten 1809 mit dem Konstitutionsedikt im Großherzogtum Baden und 1828 mit dem *Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen* im Königreich Württemberg weitere entscheidende Verbesserungen, die freilich erst 1862 (Baden) bzw. 1864 (Württemberg) in der bürgerlichen Gleichberechtigung gipfeln sollten. Den Juden in Hohenzollern war diese Aufwertung bereits 1850 nach dem Übergang der beiden Fürstentümer an Preußen vergönnt.

Erst jetzt, gut 400 Jahre nach den spätmittelalterlichen Vertreibungen, sollten jüdische und urbane Lebenswelt wieder dauerhaft zueinanderfinden. Das ausgeprägte Nord-Süd-Gefälle der jüdischen Niederlassungen in Baden und Württemberg blieb zwar bestehen, viele dörfliche Gemeinden aber wurden zugunsten größerer Städte aufgegeben. So wie die Städte standen den Juden nunmehr auch politische Ämter offen. 1868 bekleidete mit dem badischen Finanzminister Moritz Ellstädter erstmals in Deutschland ein Jude ein Regierungsamt. Zwei Jahre später trat in Gailingen am Hochrhein der erste jüdische Bürgermeister Deutschlands sein Amt an.

Die kurze jüdische Blütephase sollte jedoch schon bald vom rassistischen Antisemitismus überschattet und schließlich durch die Barbarei des Nationalsozialismus jäh beendet werden. Während der Reichspogromnacht im November 1938 gingen zahlreiche Synagogen in Flammen auf. Knapp zwei Jahre später begannen mit dem Abtransport von 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und der Saar in das französische Lager Gurs die großen Deportationen aus dem Reichsgebiet. Im Dezember 1941 traten die ersten Juden aus Württemberg und Hohenzollern den Weg in die Vernichtungslager an. Von den Überlebenden des Holocaust sind nur wenige nach 1945 in ihrer Heimat geblieben. Diese gründeten in Nordbaden den Oberrat der Israeliten, der sich 1953 mit der jüdischen Landes-

gemeinde in Südbaden zur Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden zusammengeschlossen hat. 1948 erfolgte die Anerkennung der Israelitischen Kultusgemeinde Württembergs, die heute als Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs fortbesteht.

FRANZ-JOSEF ZIWES



3

1 | König Ferdinand I. schreibt den Juden in den österreichischen Landen das Tragen eines gelben Rings vor, 1. August 1551.

Vorlage: Landesarchiv StAS Dep. 30/1 T 3 Nr. 1430

2 | Alltag im Lager Gurs in den Pyrenäen.

Vorlage: Landesarchiv HStAS EA 99/001 Bü. 304 Nr. 12

3 | Die brennende Synagoge in Laupheim, November 1938.

Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 29 T 1-11 Nr. 6890

Wichtige Daten im Überblick

11./12. Jahrhundert

Erste Spuren jüdischen Lebens im Gebiet des heutigen Baden-Württemberg.

1241

Im sogenannten Reichssteuerverzeichnis werden erstmals jüdische Gemeinden in Schwäbisch-Hall, Esslingen, Ulm, Konstanz, Bopfingen und Überlingen erwähnt.

1298

Hostienfrevelvorfälle führen in Franken zur Rintfleisch-Verfolgung.

1336–1338

Der Ritter Arnold von Ussigheim und einige Nachahmer führen als König „Armleder“ zunächst an Jagst und Tauber, später in Mainfranken und am Oberrhein judenmordende Banden an.

1348/49

Der Vorwurf der Brunnenvergiftung mündet in die größte Judenverfolgung vor dem Holocaust.

1390

Herbst | Mit der Ausweisung der Juden aus der Kurpfalz beginnen die territorialen und städtischen Judenvertreibungen, die bis weit in die Neuzeit hinein das Schicksal der Juden bestimmen.

1498

Vertreibung der Juden aus dem Herzogtum Württemberg.

1652

Die zum Wiederaufbau Mannheims angesiedelten Juden erhalten besondere Privilegien, die ihnen eine Ausnahmestellung unter den Juden der Kurpfalz verschafften.

1715

Die Gründungsprivilegien für die Residenzstadt Karlsruhe bieten den badischen Juden günstige Niederlassungsmöglichkeiten.

1781 ff.

Mit den Toleranzedikten leitet Kaiser Joseph II. eine allmähliche Verbesserung der jüdischen Lebensverhältnisse in den habsburgischen Erblanden ein.

1809

13. Januar | Das neunte Konstitutionsedikt gewährt den als Staatsbürgern anerkannten badischen Juden mit dem *Oberrat der Israeliten* den ersten jüdischen Landesverband in Deutschland.

1819

Die antijüdischen Ausschreitungen der Hep-Hep-Unruhen greifen nach Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg über.

1828

25. April | In Württemberg bringt das Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen die staatliche Anerkennung der israelitischen Glaubensgemeinschaft.

1831

27. Oktober | Verordnung über die Errichtung der Israelitischen Oberkirchenbehörde in Württemberg.

1848

März und April | Judenfeindliche Übergriffe im Rahmen der revolutionären Ereignisse.

1850

12. März | Durch das Gesetz über die Vereinigung der Hohenzollernschen Fürstentümer mit dem Preußischen Staatsgebiet erhalten die Juden in Hohenzollern die bürgerliche Gleichberechtigung, die in Preußen schon seit 1812 Geltung hat.

1862

4. Oktober | Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten im Großherzogtum Baden.

1864

13. August | Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Juden im Königreich Württemberg.

1924

18. März | Schaffung der Israelitischen Landesversammlung mit dem Oberrat der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs.

1938

9./10. November | In der Reichspogromnacht werden zahlreiche Juden misshandelt und verhaftet, viele Synagogen werden zerstört.

1940

22. Oktober | Deportation von etwa 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und der Saar nach Gurs in Südfrankreich.

1941

1. Dezember | Beginn der Deportation von Juden aus Württemberg und Hohenzollern in die Vernichtungslager im Osten.

1952

13. Mai | Feierliche Einweihung der neu aufgebauten Stuttgarter Synagoge.



Das Standbild des Reichserbkämmerers Konrad von Weinsberg, geboren um 1370, gestorben am 18. Januar 1448, in der Klosterkirche Schöntal, gegossen 1426–1428.

Aufnahme: Adela Schneider, Stuttgart

Königsschutz und sein Preis

Konrad von Weinsberg und die Judensteuer

Auf dem Konstanzer Konzil betraute König Sigismund (1410–1437) den Reichserbkämmerer Konrad von Weinsberg 1415 mit der Organisation und Durchführung einer allgemeinen Judensteuer. Der König befand sich nach seinem Italienzug in finanziellen Nöten, neue Geldquellen mussten erschlossen werden. Der Weinsberger blieb auch unter Sigismunds Nachfolger König Albrecht II. (1438–1439) für die Judensteuer verantwortlich.

Die besondere Besteuerung der Juden war seit der Mitte des 13. Jahrhunderts üblich. Die Abgabe wurde beim Herrschaftsantritt eines neuen Königs eingefordert. Die Juden standen unter dem besonderen Schutz des Königs, ein Schutz, der im beginnenden 15. Jahrhundert angesichts zahlreicher Pogrome zunehmend nötig wurde.

Die Steuer stand zeitlich nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Regierungsantritt des Königs. Zunächst war also zusammen mit dem König eine Konzeption zu entwickeln. Die Entscheidung fiel zugunsten des Dritten Pfennigs aus, also die Abgabe des dritten Teils, wobei unklar bleibt, ob das Gesamtvermögen oder die jährlichen Einkünfte als Basis der Erhebung dienten.

Einfach war die Aufgabe Konrads nicht. Die Reichsstädte und Reichsterritorien beanspruchten ebenfalls für sich Einnahmen aus dem Judenschutz, teils aus eigener Machtvollkommenheit, teils, weil der König durch Verpfändung Rechte an sie abgetreten hatte. Konrad musste zahlreiche schwierige Verhandlungen zur Durchsetzung der königlichen Ansprüche führen. Teilweise gelang es ihm nicht, sich gegen die mächtigen Territorialherren und Städte durchzusetzen.

Für die Erhebung der Steuer hatte Konrad Helfer, darunter auch Juden. Sie sollten genau ermitteln, wo Juden lebten und welcher Territorialherrschaft sie unterworfen waren. Sie sollten deren Vermögen schätzen und eruieren, über welche

Freiheitsbriefe und Privilegien sie verfügten und ob sie bereits früher Steuern gezahlt hatten.

Konrad von Weinsberg führte seine Geschäfte weitgehend schriftlich, mehr als es sonst im Mittelalter üblich war. In seinem Nachlass hat der Reichserbkämmerer zahlreiche Unterlagen hinterlassen (Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein GA 15 *Gemeinschaftliches Hausarchiv, Abteilung IV: Archiv der Herrschaft Weinsberg mit dem Nachlass des Reichserbkämmerers Konrad von Weinsberg*, besonders Schublade E, das Findbuch ist online). Hier finden sich Anordnungen und Verordnungen des Reichs über die Durchführung der Judensteuer. Weiterhin sind zahlreiche Berichte, Berechnungen und Abrechnungen über die eingezogene Steuer erhalten. Die Unterlagen ermöglichen aufschlussreiche Einblicke in die Finanzverwaltung des spätmittelalterlichen Reichs und in die Organisation der Erhebung der Judensteuer.

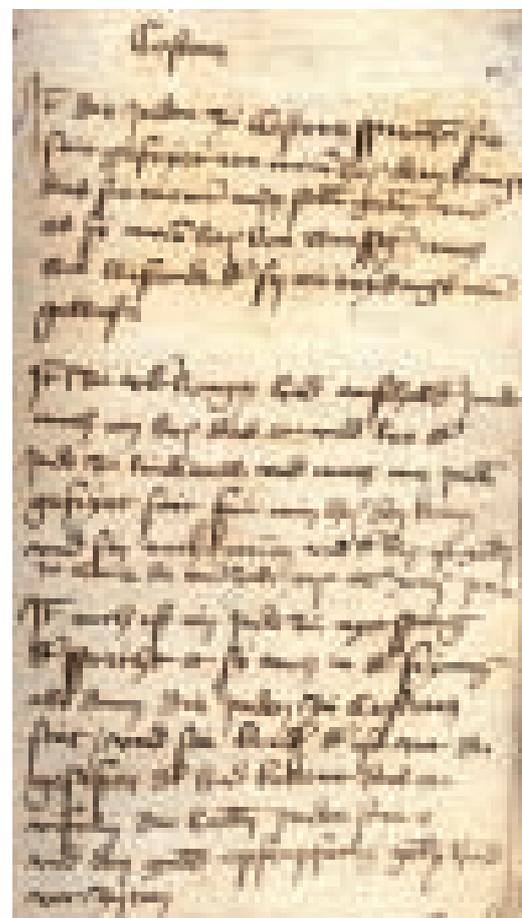
Der Nachlass wirft aber auch Licht auf die Situation der Juden im spätmittelalterlichen Reich selbst. Konrad von Weinsberg hielt akribisch die Privilegierungen und Freiheitsbriefe von Juden fest. Seine Aufzeichnungen dienten ihm als Argumentationshilfe für die Erhebung der Abgabe. Heute sind sie wertvolle Quellen über die Rechtsstellung der Juden im Spätmittelalter. Für viele Regionen des Reichs beleuchten Konrads Aufzeichnungen die Struktur der jüdischen Gemeinden und sie geben der heutigen Forschung detailliert Einblick in deren finanzielle Verhältnisse und in die einzelnen Juden. Zahlreiche Steuerlisten berichten, wo damals Juden lebten, welcher Herrschaft sie unterworfen waren, über ihre Namen wie auch ihre Vermögensverhältnisse.

*Aufzeichnungen über Abgaben von Juden aus Konstanz, Überlingen und Meersburg, 1421.
Vorlage: Landesarchiv HZAN GA 15 Schubl. E Nr. 57/1/p*

Die Judensteuer brachte dem Reich jährlich zwischen 15 000 und 20 000 Gulden ein. Sie war dessen einzige bedeutende und regelmäßige Einnahmequelle. Vieles davon war dem Organisationsgeschick Konrads von Weinsberg zu verdanken. Aber die Steuer belastete die Juden finanziell so stark, dass manche sich zur Auswanderung nach Italien gezwungen sahen.

Die für mittelalterliche Verhältnisse sehr ausführlichen Unterlagen Konrads von Weinsberg umfassen etwa 1,5 Regalmeter; sie erlauben der heutigen Forschung interessante Einblicke in die Situation der Juden im Spätmittelalter.

PETER SCHIFFER



„Betteljud“ und „Beutelschneider“

Archivspuren eines Schlemihls

Das deliktbereite Vagantentum in der Spätzeit des Alten Reichs rekrutierte sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus der jüdischen Unterschicht. Die sogenannten Betteljuden, in ihrer Masse eine Folgeerscheinung der allein am vermögenden und nutzbaren Teil der Judenschaft interessierten Politik der Territorialherren, konnten von der *Zedaka*, der ihren Glaubensbrüdern von der Tradition gebotenen Wohltätigkeit, kaum mehr profitieren. Ihr kümmerliches Dasein fristeten sie mit Bettel, Trödel und oft bandenmäßig betriebenen Diebstahl.

Als einen solchen Betteljuden und obendrein als Beutelschneider etikettieren die Akten des im Staatsarchiv Ludwigsburg lagernden Archivs der Grafen Adelmann (Linie Hohenstadt, Bestand PL 12 II Bü. 25) den 27-jährigen Joseph Jacob alias – so sein Bandenname – Abraham Isaac. Ein echter Schlemihl, ein Pechvogel. Von Geburt an taubstumm, hatte ihn seine Schwägerin auf die Straße gesetzt, wo er sich, zeitweise als Mitglied einer Judenbande, einer *Chawrusse*, vorzugsweise mit Diebereien durchschlug. Seine Spezialität war offenbar der Raub von

Schnupftüchern, mit denen er anschließend wohl hausieren ging. Ein schlaues Kalkül: Geschnäuzt wird immer. Ende April 1754, als er mit einem Kumpanen, einem älteren Betteljuden namens Jonas Moyses, auf Tour war, winkte ihm jedoch auf dem Schechinger Markt ein fetterer Fang. Jacobs geübte Finger erleichterten einen Bauern um einen Beutel Münzen im Wert von 268 Gulden. Das Opfer bemerkte zwar alsbald den Diebstahl und setzte Verfolger auf den *Sackgreifer* an – der aber war samt seinem Komplizen flugs abgetaucht, zunächst ins Marktgewühl, dann in ein nahes Waldstück. Dort wurden die beiden allerdings leichtsinnig, hielten Rast, zählten die Beute – und wurden prompt entdeckt.

Beim Verhör durch die adelmännischen Beamten halfen dem Taubstummen all seine *demüthigen Gebärden* nichts; die pantomimische Beteuerung, das bei ihm sichergestellte Geld habe er gefunden, *da Er seine Nothturft verrichtet*, fand keinen Glauben. Sein Haftgenosse Moyses schwärzte ihn als Täter an, und zwar als Alleintäter – freilich umsonst: Dem Kameradenschwein blieben Pranger, Rutenstrieche und ewiger Landesverweis nicht erspart. Pranger und Landesverweis wurden auch Jacob zuteil, der sich zuletzt doch noch zu einer Geständnisgebärde hatte animieren lassen, dank dem schlagkräftigen Argument einiger Hiebe mit der Hetzpeitsche. Nicht in Aktion traten hier *wegen seiner gebrechlichkeit* die Ruten, sie wurden ihm lediglich auf den Rücken gesteckt. Durchaus humaner Strafvollzug also (inwieweit die zuvor verabfolgten Peitschenschläge der Gebrechlichkeit nachgeholfen hatten, bleibe dahingestellt).

Wieso aber hatten die Häscher Jacobs Fährte überhaupt wieder aufnehmen können, wo er sich doch schon in einen Wald gerettet und sie dem Anschein nach abgeschüttelt hatte? Nun, er selbst war es, der seinen Aufenthalt verriet, *durch buzung der Nasen unndt dardurch gemachtes gethön*. Geschnäuzt wird eben immer. Auch zur unrechten Zeit.



Der Beutelschneider, Kupferstich von Caspar Luyken in „Etwas für Alle“ von Abraham a Sancta Clara von 1699, Nachdruck von 1733.

Aufnahme: Beate Ehlig; Vorlage: Badische Landesbibliothek 63 A 1366,3 RH

CARL-JOCHEN MÜLLER

Jüdische Lebenswelten auf dem Land

Quellen im Archiv der Freiherren von Berlichingen-Jagsthausen

Der Landkreis Heilbronn wies eine Vielzahl von jüdischen Gemeinden von mitunter beträchtlicher Größe auf. Ihre Wurzeln reichten in einigen Fällen bis ins Mittelalter zurück, meist fanden sie durch die Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus ihr Ende. Die herrschaftliche Vielfalt des Kreises begünstigte die Ansiedlung von Juden. Meist aus wirtschaftlichen Erwägungen gestatteten verschiedene Herrschaften – vor allem Kurpfalz, reichsritterschaftliche Familien, Deutscher Orden und Johanniterorden – die Niederlassung von Juden in ihren Dörfern. Besonders die herrschaftlichen Archive einzelner Adelsfamilien besitzen eine reiche Überlieferung zur jüdischen Geschichte – so auch das Archiv der Familie von Berlichingen-Jagsthausen, deren Herrschaft ihren Schwerpunkt um die Stammburgen Berlichingen und Jagsthausen hatte.

Einzelne Spuren jüdischen Lebens lassen sich im Archiv in Jagsthausen bis ins ausgehende Mittelalter zurückverfolgen. Auch im Testament des Götz von Berlichingen aus dem Jahr 1550 sind in Jagsthausen lebende Juden erwähnt. Die Überlieferung verdichtet sich im 17. Jahrhundert, der Schwerpunkt der erhaltenen Unterlagen liegt jedoch in der Zeit vom 18. bis ins beginnende 19. Jahrhundert. Gut dokumentiert ist das Verhältnis der Juden zu ihrer Herrschaft: Zahlreiche

Verordnungen und Dekrete regelten das Dasein der Juden und legten den Bezug der Schutzgelder und weiterer Abgaben beispielsweise bei Hochzeiten oder Begräbnissen fest. Daraus lassen sich auch Erkenntnisse über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten – überwiegend (Vieh-)Handel und Geldverleih – und ihre weitreichenden Handelsbeziehungen gewinnen. Quellen wie zum Beispiel Verlassenschaftsregulierungen, Inventare oder ein Bericht über die Konversion eines Juden zum Katholizismus geben ein Bild der persönlichen und finanziellen Verhältnisse einzelner Juden. Das Leben in den jüdischen Gemeinden beleuchten Unterlagen zum Bau und zur Nutzung der Synagogen in Schöntal-Berlichingen und Jagsthausen-Olnhausen sowie der Friedhöfe in Berlichingen und Ravenstein-Merchingen. Dabei zeigen sich auch gelegentliche Spannungen mit der christlichen Bevölkerung. Die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Unterlagen dokumentieren hauptsächlich die veränderten Rahmenbedingungen jüdischen Lebens in den 1806 durch Württemberg bzw. Baden mediatisierten Orten, wodurch schrittweise die politische Gleichstellung der Juden erreicht wurde.

Seit dem Zweiten Weltkrieg werden sämtliche Linienarchive der Freiherren von Berlichingen in Jagsthausen verwahrt. Die Pergamenturkunden sind durch Re-



gesten von Dagmar Kraus erschlossen (Archiv der Freiherren von Berlichingen-Jagsthausen. Urkundenregesten 1244–1860. Inventare der nichtstaatlichen Archive in Baden-Württemberg 25). Stuttgart 1999, die Akten und Bände der Linie Jagsthausen mit einem Gesamtumfang von mehr als 100 Regalmetern waren bislang nur über ein knappes Verzeichnis von 1911 zugänglich. Mit der systematischen Erschließung des umfangreichen Materials wurde im September 2006 begonnen.

Die von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg geförderten Erschließungsarbeiten werden voraussichtlich zum Jahresende 2009 abgeschlossen sein. Die Unterlagen sind aber bereits jetzt nach Rücksprache mit dem Eigentümer benutzbar. Interessenten können sich auch an das Kreisarchiv Heilbronn wenden. Die Archive der übrigen Linien sind nur über ältere kursorische Verzeichnisse zugänglich.

PETRA SCHÖN

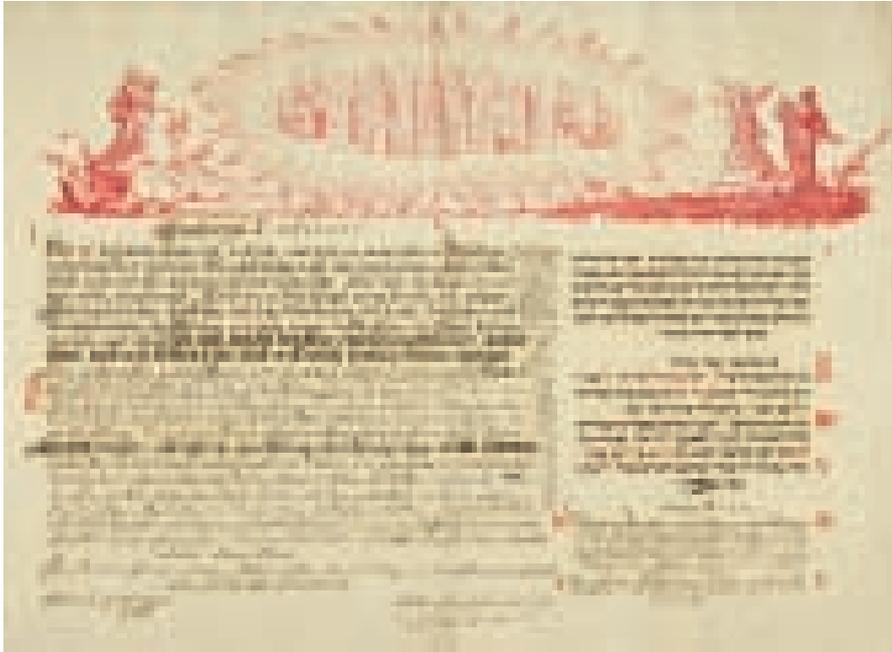
Hebräischer Ehevertrag von 1770 aus der Erbteilung des Schutzjuden Loeser Simson zu Berlichingen. Vorlage: Archiv der Freiherren von Berlichingen, Jagsthausen, Akten v. Nr. 2164 (Kasten 11 Fach 11)

Die Enthüllung des Gedenksteins am Standort der ehemaligen Synagoge in Jagsthausen-Olnhausen durch Bundespräsident a. D. Professor Dr. Roman Herzog am 9. November 2007. Aufnahme: Heidelind Andritsch, Widdern



Juden oder Staatsbürger mosaischen Bekenntnisses?

Beobachtungen zum Edikt von 1809 zur Gleichstellung der Juden Badens

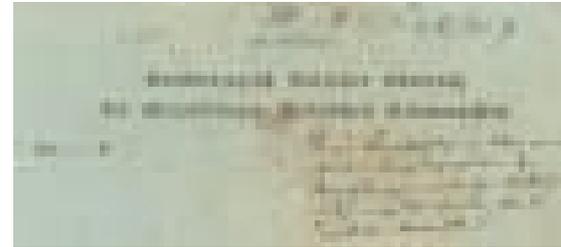


1

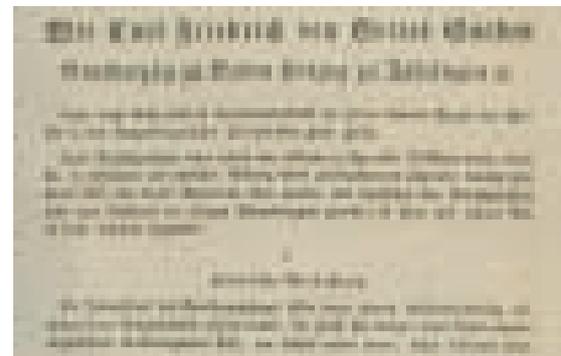
Das Edikt Großherzog Karl Friedrichs von Baden, mit dem er im Januar 1809 die Juden seines Landes als Religionsgemeinschaft anerkannte und insoweit – nicht aber hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte – den christlichen Konfessionen gleichstellte, schuf auch Fakten durch seine Verwendung von Begriffen. Es fällt schon auf, dass die Veröffentlichung im Großherzoglich Badischen Regierungsblatt vom 11. Februar eine Titulierung vermeidet und sogleich auf das sechste Konstitutionsedikt Bezug nimmt, dessen Artikel 19 die Juden *den Christen in den staatsbürgerlichen Verhältnissen* gleichgesetzt habe, was nun rechtlich auszugestalten sei. Urheber dieses Texts, wie auch derjenigen der Konstitutionsedikte, war der vielfach bewährte Geheime Rat Johann Nicolaus Friedrich Brauer, den man den Reformers, Organisator und Gesetzgeber Badens genannt hat. Er setzte dabei auf evolutionäre, Rücksicht auf das Herkommen nehmende Entwicklungen. Diese Vorgehensweise entsprach nicht den französischen Vorstellungen, und Napoleon drang auf einen Politikwechsel, bei dem Brauer im Juni 1808, als er soeben seinen Entwurf für das Gleichstel-

lungsedikt vorgelegt hatte, weitgehend kaltgestellt wurde. Man drang nun auf raschere und radikalere Reformen, und Brauers Entwurf wurde überarbeitet. Vorbild war dabei die volle Emanzipation der Juden, die gerade in dem nach französischem Muster geschaffenen Königreich Westphalen verfügt worden und schlagartig in Kraft getreten war.

Im Text der Überarbeitung von Brauers Entwurf fällt nun ein markanter Unterschied ins Auge: Statt *Juden* heißt es stets *Untertanen mosaischen Bekenntnisses*. Eine Randbemerkung erklärt, dies sei geschehen, *um den gehässigen Sektennamen der Juden zugleich mit der alten Idee des „eigenen“ Volkes, die daran haftet, zu beseitigen, und so im Gesetz selbst, das amalgamieren soll, keinen neuen Reiz zum Zwiespalt zu vermögen*. Die Radikalität dieser bis zur Sophistik getriebenen aufklärerischen Position besticht und befremdet zugleich. Denn den Juden sollte mit der Bezeichnung auch die Identität als Gruppe genommen werden, und zwar mit dem heuchlerischen Verweis auf den Schimpf, dem diese Bezeichnung zuvor schon ausgesetzt gewesen war! Mit der Anerkennung als Religionsge-



2



3

meinschaft sollten sie also als Staatsbürger gleichgeschaltet werden. Noch Brauers sechstes Konstitutionsedikt hatte von den *Einwohnern der jüdischen Nation* gesprochen, wobei *Nation* in der älteren Bedeutung als Gruppe einer gemeinsamen regionalen Herkunft zu verstehen ist. Der Änderungsentwurf bezeichnet sich dagegen als *Verordnung über die christlichen und bürgerlichen Verhältnisse der Untertanen des mosaischen Bekenntnisses* und spricht weiter von *mosaischen Glaubensgenossen* und gar von *Staatsbürgern mosaischer Religion* und wollte einen *Oberrat der mosaischen Religionsgemeinde* schaffen.

Am Ende des Jahres 1808 gewann jedoch wiederum die gemäßigttere Position Brauers die Oberhand, und es ging in den Akten wieder um die staatsbürgerlichen Rechte der Juden, den Begriff also, mit dem für Brauer keinerlei Abwertung verbunden war. So wurde sein ursprünglicher Entwurf vom Großherzog genehmigt; zum 1. Juli 1809 trat das Edikt in Kraft. Zuvor schon war die Zusammensetzung des Oberrats als des geistlich und weltlich besetzten Leitungsgremiums bekannt gegeben worden. Nach

Gleiche Rechte für alle?

200 Jahre jüdische Religionsgemeinschaft in Baden

1 | Gratulationsadresse der badischen Juden an den Landesherrn Markgraf Karl Friedrich, 1766.
Vorlage: Landesarchiv GLAK Hfk-Hs Nr. 266
(Eigentümer: Markgraf von Baden)

2 | Briefkopf des Großherzoglich Badischen Oberrats der Staatsbürger Mosaischen Bekenntnisses auf einer Einberufung der Deputierten aus dem ganzen Land vom 12. Juni 1809.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 236/6047

3 | Das Titelblatt des Edikts zur Gleichstellung der Juden in Baden aus dem Großherzoglich Badischen Regierungsblatt vom 11. Februar 1809.
Vorlage: Landesarchiv GLAK Bibliothek Zc 198

dem vorangegangenen Tauziehen um die zutreffende Bezeichnung verwundert es nicht, dass der Oberrat zunächst als *Oberrat der Staatsbürger Mosaischen Bekenntnisses* firmierte und auch im offiziellen Sprachgebrauch so bezeichnet wurde, als zum Beispiel Elkan Reutlinger, der erste Vorsitzende, und Seligmann Ettlinger die Einberufung von Deputierten aus dem ganzen Land beantragten. Auch die Mannheimer Judenschaft firmierte damals als *Gemeinde mosaischen Bekenntnisses*.

Das Gleichstellungsedikt bezweckte vor allem, wie der Titel der einschlägigen Akte es nennt, die *bessere Organisation oder politische Verbesserung der Jüdenschaften in den Großherzoglich Badischen Landen*, also die Integration in einen möglichst gleichmäßigen Untertanenverband in erzieherischer Absicht. Ein genauer Blick in die Quellen erweist, dass es schon bei der Entstehung des Edikts einen Widerstreit von Methoden und Absichten gab. Das Grundproblem der Emanzipation lässt sich so schon an Ihrem Ursprung begrifflich fassen.

VOLKER RÖDEL

Unter diesem Titel präsentieren das Landesarchiv Baden-Württemberg – Generallandesarchiv Karlsruhe und das Regierungspräsidium Karlsruhe in dessen Gebäude am Rondellplatz vom 10. März bis 7. Juni 2009 eine Ausstellung. Anlass ist die 200. Wiederkehr der Gleichstellung der Juden Badens mit christlichen Religionsgemeinschaften, die ein Edikt Großherzog Karl Friedrichs am 11. Februar 1809 verfügt hatte. Dies war die erste Maßnahme dieser Art in einem deutschen Staat des 19. Jahrhunderts, die Bestand hatte. Ein Vorspann führt die Geschichte der Juden Südwestdeutschlands vom Mittelalter bis an die Umbruchzeit um 1800 heran. Im Mittelpunkt steht das lange 19. Jahrhundert, in dem die badischen Juden hartnäckig um ihre auch rechtliche Gleichstellung kämpften. Dabei kommen die Außen- und die Innensicht gleichermaßen zur Geltung. Es geht um Emanzipation, Verstärkung, jüdische Liturgie und Judenfeindschaft, die in Baden unterschiedliche Ausprägung zeigte. Der Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus setzte man geistigen Widerstand entgegen; die Deportation 1940

nach Frankreich war nur eine Etappe auf dem Weg in die Todeslager. Wenig war bisher bekannt über den bescheidenen Neuanfang, den die Ausstellung weiterführt bis in die Gegenwart der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden. Exponate aus dem In- und Ausland verdeutlichen den Beitrag der jüdischen Bevölkerung zur Entwicklung Badens. Der Kampf um die bürgerliche Gleichstellung dieser religiösen Minderheit, der begrifflich gemacht wird, hat paradigmatischen Charakter.

Unterstützt wird die Ausstellung durch die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden. Die Realisierung des Projekts wurde dank der finanziellen Förderung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg möglich.

VOLKER RÖDEL

Gleiche Rechte für alle? 200 Jahre jüdische Religions- gemeinschaft in Baden

Regierungspräsidium am Rondellplatz
Karl-Friedrich-Straße 17
76133 Karlsruhe

Öffnungszeiten
10. März – 7. Juni 2009
Dienstag – Sonntag 11.00 – 18.00 Uhr
(10. – 13. April geschlossen)

Führungen für Gruppen und Schul-
klassen (auch außerhalb der Öffnungs-
zeiten) können vereinbart werden
unter
Telefon 0721/926 40 60
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

Begleitpublikationen

Gleiche Rechte für alle? 200 Jahre jüdische Religionsgemeinschaft in Baden. Herausgegeben vom Landesarchiv Baden-Württemberg. Bearbeitet von Uri R. Kaufmann und Rainer Brüning. Jan Thorbecke Verlag Ostfildern 2009. 184 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. ISBN 978-3-7995-0826-1. 19,80 €.

200 Jahre Oberrat der Israeliten Badens. Über jüdisches Leben in Baden 1809–2009. Herausgegeben vom Oberrat der Israeliten Badens. Jan Thorbecke Verlag Ostfildern 2009. 292 Seiten. ISBN 978-3-7995-0827-8. 29,80 €.

Deutscher Kaiser und König David

Quellen zur Geschichte jüdischer Gasthäuser in Württemberg

Die bekanntesten Zeugnisse jüdischer Geschichte in Württemberg sind die Synagogen und Friedhöfe, über die zwischenzeitlich eine ganze Reihe fundierter Darstellungen vorliegen. Deutlich weniger bekannt sind dagegen die jüdischen Gasthäuser, deren Geschichte bisher noch nicht bearbeitet wurde.

In fast allen jüdischen Gemeinden in Württemberg gab es auch jüdische Gasthäuser, die wie der *Deutsche Kaiser* in Rexingen bei Horb am Neckar meistens einen allgemein üblichen oder wie der *König David* in Jebenhausen bei Göppingen manchmal auch einen jüdischen Namen führten. In den jüdischen Gasthäusern – oft von Metzgern betrieben – wurde die koschere Küche gepflegt.

Wie bei der christlichen Bevölkerung waren die Gasthäuser auch bei den jüdischen Einwohnern ein wichtiger Mittelpunkt des Familien- und Gemeindelebens. In den Gasthäusern wurden Familiereignisse wie Hochzeiten oder Gemeindefeste wie Purim begangen. Daneben boten sie den zahlreichen jüdischen Händlern bei ihren oft ziemlich ausgedehnten Geschäftsreisen Unterkunft und Verpflegung. Jüdische Gasthäuser wurden auch von Christen besucht, christliche Gasthäuser aber kaum von Juden, die ihre Speisegebote nicht verletzen wollten.

Die Quellen zur Geschichte jüdischer Gasthäuser in Württemberg sind über verschiedene Archive verteilt. Aufgrund der staatlichen Genehmigungspflicht der unterschiedlichen Gaststättenarten sind Unterlagen zu diesem Thema vor allem in der Überlieferung der Oberämter und Landkreise vorhanden, die auf die Staatsarchive Ludwigsburg und Sigmaringen, die Kreisarchive und die Stadt-, Gemeinde- und Ortsarchive verteilt ist. Im Hauptstaatsarchiv Stuttgart ist Quellenmaterial zu diesem Thema in der Überlieferung des Ministeriums des Innern zu finden, das zwischen 1829 und 1864 mehrere Konzessionsanträge aus allen Landes-

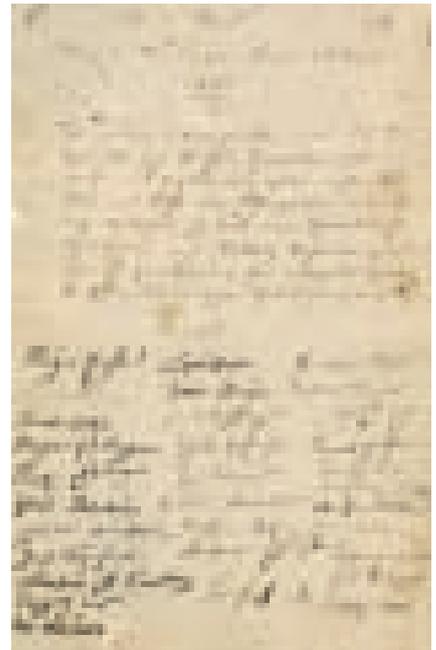
teilen bearbeitete, die auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene abgelehnt worden waren. Die Diskussion über das Für und Wider ermöglicht einige aufschlussreiche Einblicke (Landesarchiv HStAS E 146 Bü. 7350).

Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte auch dem Gaststättengewerbe einen starken Aufschwung. Juden, die ein neues Gasthaus eröffnen wollten, mussten in ihren Wohnorten jedoch mitunter gegen erhebliche Widerstände ankämpfen. Nach dem *Gesetz in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen* vom 8. Mai 1828 konnte eine Gaststättenkonzession nur in den Orten erworben werden, in denen bereits Juden ansässig waren und auch ein Christ im Besitz einer Gaststättenkonzession war.

Jakob Blumenfeld in Creglingen bei Bad Mergentheim, der sich 1837 vergeblich um eine Genehmigung bemühte, protestierte deshalb: *Das Gesetz verlangt doch Gleichheit in der Behandlung der Gewerbetreibenden, warum sollen dann die hiesigen Israeliten von einer solchen Behandlung ausgeschlossen werden, die doch gegen andere in Absicht auf Leistungen und Pflichten gegen den Staat keineswegs zurückbleiben?*

Besonders wichtig wurde die Frage jüdischer Gasthäuser in Stuttgart. Zunächst gab es nur zwei jüdische Gasthäuser, die aber keinen Platz für die Pferde und das Vieh hatten, mit denen jüdische Händler auf die Märkte in der Landeshauptstadt kamen. Die erste jüdische Schildwirtschaft in Stuttgart, die auch einen Stall besaß, wurde 1836 von Salomon Neuburger aus Jebenhausen eröffnet, der seinem Antrag Unterschriften von jüdischen Händlern aus dem ganzen Land beifügen konnte und wegen des zunehmenden Bedarfs auch beim Stadtrat Unterstützung fand.

CARSTEN KOHLMANN



Bitschrift der jüdischen Kaufleute aus Buchau am Federsee zur Unterstützung des Antrags von Salomon Neuburger auf die Schildwirtsgerechtigkeit für sein Gasthaus in Stuttgart vom 3. August 1835. Vorlage: Landesarchiv HStAS E 146 Bü. 7350

Das Gasthaus „Deutscher Kaiser“ der jüdischen Familie Gideon in Rexingen auf einer Postkarte, um 1905. Vorlage: Stadtteilarchiv Horb am Neckar-Rexingen



Abgehakt und deportiert

Haigerlocher Juden auf dem Weg in die Vernichtung

Am 25. März 1942 richtete die Leitstelle Stuttgart der Geheimen Staatspolizei an mehrere Landratsämter ihres Dienstbereichs einen Erlass über die *Abschiebung der Juden nach dem Generalgouvernement*. Zur Erläuterung heißt es: *Die in der letzten Zeit in einzelnen Gebieten durchgeführte Umsiedlung von Juden nach dem Osten stellt den Beginn der Endlösung der Judenfrage [...] dar. Im Rahmen dieser Umsiedlung geht in nächster Zeit [...] von Stuttgart aus ein zweiter Transport von Juden von Württemberg und Hohenzollern nach dem Osten.* Empfänger des Erlasses war unter anderem das Landratsamt Hechingen, da in den hohenzollerischen Gemeinden Haigerloch und Hechingen noch Juden lebten. Vor allem in Haigerloch befanden sich seit dem Herbst 1941 zahlreiche Juden, die aus allen Regionen Württembergs, vor allem aus dem Raum Stuttgart und Heilbronn, zwangsumgesiedelt worden waren. Schon mit dem ersten Deportationszug, der am 1. Dezember 1941 von Stuttgart nach Riga ging, waren auch 111 Männer und Frauen aus Hohenzollern deportiert worden. Nur wenige von ihnen sollten das Kriegsende erleben.

Für die neuerliche Abschiebung hatte die Gestapo 26 Juden aus Haigerloch und ein jüdisches Ehepaar aus Hechingen vorgesehen; darunter drei Kinder im Alter von sechs, 14 und 36 Monaten. Die für die Deportation notwendige Vorbereitung durch das Landratsamt war durch detaillierte Vorgaben des Erlasses geregelt. Diese reichten von der staatspolizeilichen Vermögensbeschlagnahme über Gepäck, mitzunehmende Papiere,

Wertsachen und Lebensmittel bis hin zur Leibesvisitation. Die Leitung des Bahntransports von Haigerloch nach Stuttgart war einem Beamten zu übertragen, der am Zielort eine Transportliste in vierfacher Ausfertigung vorzulegen hatte, in der die Transportnummer, die Personalien, der Beruf und ein Vermerk über vorhandenes Vermögen (*ja-nein*) enthalten sein musste.

In den Unterlagen des ehemaligen Landratsamts Hechingen hat sich eine solche Transportliste erhalten. Wegen ihrer äußeren Form und der enthaltenen Bearbeitungsspuren ist sie außergewöhnlich und bemerkenswert. Die Namen der Deportierten finden sich in einer provisorisch gefertigten, 27 Zentimeter hohen und elf Zentimeter breiten Kladde, die aus einem blauen Aktendeckel zugeschnitten und mit drei leeren Geschäftsbuch-Blättern in preussischer Manier geheftet ist. In die Innenseite des vorderen Umschlags ist ein Briefumschlag eingeklebt, in den zwei DIN-A4-Blätter eingelegt sind. Diese enthalten in Kurzform noch einmal die für die Durchführung des Transports wesentlichen Angaben des Erlasses sowie Vorgaben für die Gepäck- und Leibesvisitation an den Sammelstellen in Hechingen und Haigerloch.

Die Namensliste selbst zeigt Spuren unterschiedlicher Bearbeitung. Während Transportnummer, Name und Vorname maschinenschriftlich sind, wurden Geburtsdatum und Beruf mit Tinte nachgetragen. Die Angaben zum Vermögen sind mit Bleistift gemacht, allerdings nur bei den Haigerlocher Juden. Bei den bei den Hechinger Juden findet sich statt-

dessen ein Stempel *Hechingen*. Ebenfalls mit Bleistift angebracht sind schließlich kurze Haken vor den Transportnummern der Haigerlocher Juden. Der Name einer Jüdin ist mit Rotstift durchgestrichen und trägt den Zusatz *fällt aus*. Diese äußeren Merkmale legen die Vermutung nahe, dass die Transportliste während der Verladung der Juden am Haigerlocher Bahnhof als Kontrollliste zum Einsatz kam.

Mit der Abfahrt des Zugs vom Haigerlocher Bahnhof am 24. April 1942 um 12.07 Uhr hatte die Liste ihren Zweck erfüllt und gelangte zurück in die Registratur des Landratsamts. Die abgeschobenen Juden kamen noch am selben Tag in Stuttgart an. Von dort wurden sie zwei Tage später mit rund 260 weiteren Juden aus Baden und Württemberg nach Izbica bei Lublin deportiert. Niemand kehrte lebend zurück.

Die Liste ist nicht nur erschütterndes Zeugnis eines Verbrechens. In der pedantischen Akribie, mit der sie ihre äußere Form bekommen hat, reflektiert sie zugleich anschaulich die Geisteshaltung, mit der die *Banalität des Bösen* im Sinn Hannah Arendts die Verantwortung für die massenhafte Vernichtung unschuldigen Lebens im arbeitsteiligen Prozess gleichsam atomisiert hat und so den Beteiligten die Möglichkeit gab, sie letzten Endes ganz von sich zu weisen.

FRANZ-JOSEF ZIWES

*Deportationsliste des Landratsamts Hechingen, April 1942.
Vorlage: Landesarchiv StAS Ho 13 T 2 Nr. 743*

„Mit Rücksicht auf die Reinerhaltung des deutschen Blutes“

NS-Rassenpolitik in den Akten des württembergischen Innenministeriums

1933 lebten rund 31 000 jüdische Bürger in Württemberg. Die verschiedenen Maßnahmen ihrer zunehmenden Diskriminierung, Ausgrenzung und Entrechtung sind auch in den Akten der württembergischen Ministerien dokumentiert, insbesondere in den Unterlagen des Staatsministeriums und des Innenministeriums. Die Ministerien beschäftigten sich unter anderem mit Angelegenheiten der Staatsangehörigkeit, der Auswanderung und Ausbürgerung sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Beschränkung der jüdischen Bevölkerung. Breiten Raum nahmen auch Fragen der Bevölkerungs- und Rassenpolitik ein.

Am 15. September 1935 wurden auf dem Reichsparteitag in Nürnberg die sogenannten *Nürnberger Gesetze* verkündet, welche die jüdische Bevölkerung endgültig aus der *deutschen Volksgemeinschaft* ausschlossen. Mit dem Reichsbürgergesetz wurden ihnen alle politischen Rechte abgesprochen. Noch einschneidender war das *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*. Es verbot Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen *deutschen oder artverwandten Blutes*; ebenso fielen entsprechende außereheliche Beziehungen unter den Begriff der *Rassenschande*. Wer dem Gesetz zuwiderhandelte, wurde streng bestraft.

Die Umsetzung des Gesetzes wurde in zahlreichen Durchführungsbestimmungen näher spezifiziert, die in den Akten des Innenministeriums überliefert sind (Landesarchiv HStAS E 151/02 Bü. 610). Unterschieden wurde zwischen *Vollariern*, *Dreiviertels- oder Volljuden*, *Mischlingen I. Grades* (mit zwei „volljüdischen“ Großeltern) und *Mischlingen II. Grades* (mit einem „volljüdischen“ Großelternanteil). Während die Ehe eines *Vollariers* mit einem *Dreiviertels- oder Volljuden* von vornherein ausgeschlossen war, sollte die Ehe mit einem *Mischling I. Grades* mit spezieller Genehmigung grundsätzlich möglich sein. Allerdings hatte sich Hitler die Ausnahmewilligung selbst vorbehalten, und eine Be-

freierung sollte auch nur in ganz besonders begründeten Fällen ausgesprochen werden. Der Weg eines Ausnahmegesuchs war lang, bürokratisch und fast ohne Aussicht auf Erfolg. In Württemberg waren die Gesuche beim Innenministerium einzureichen, das die Stellungnahme der zuständigen Gauleitung einzuholen hatte, bevor der Antrag nach Berlin weitergereicht wurde. Zahlreiche Einzelfälle in den Beständen des Innenministeriums dokumentieren die Absurdität des Gesetzes, aber auch das große Maß an menschlicher Tragik, das mit seiner Umsetzung verbunden war.

Beispielhaft ist der Fall eines Kaufmanns aus Göppingen, der im Dezember 1935 um die Genehmigung zur Eheschließung mit einer *deutschblütigen* Kontoristin aus Augsburg nachsuchte. Er gab an, *nie der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört, von der deutschblütigen Mutter christlich erzogen, evangelisch getauft und konfirmiert* worden zu sein. Das Amt für Volksgesundheit der NSDAP interessierte dies allerdings wenig, es bemerkte nur lapidar, dass *vom Standpunkt der Volksgesundheit aus betrachtet, ... jede Ehe eines Mischlings ersten Grades mit einer deutschblütigen Frau als eine schwere Gefährdung des deutschen Blutes angesehen werden muss*. Auch Gauleiter Murr verweigerte seine Zustimmung zur Eheschließung. Nach langem bürokratischem Hin und Her erging schließlich im April 1937 der ablehnende Bescheid des *Reichsausschusses zum Schutze des deutschen Blutes* beim Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern. Eingaben blieben ohne Erfolg, und in ihrer Verzweiflung wandten sich Bräutigam und Braut im Juni 1938 an Hitler selbst und baten *unseren Führer uns in unserem großen Unglück seine Hilfe nicht versagen zu wollen. Sechs Jahre haben wir in Freud und Leid einander die Treue gehalten und haben zu unserem Führer das grosse Vertrauen, dass er uns helfen wird*. Das Vertrauen erwies sich indes als unbegründet – die einmal getroffene Entscheidung war unwiderruflich.

Ebenso wurde auch in allen anderen erhaltenen Fällen verfahren: *Mit Rücksicht auf die Reinerhaltung des deutschen Blutes*, so die stereotype Begründung, wurden sämtliche Gesuche abgelehnt. Wie paradox zum Teil vonseiten der Partei und der Behörden verfahren wurde, zeigt der Fall eines anderen Manns. Sein Heiratsgesuch war ebenfalls abgelehnt worden; gleichwohl war er aber vom Wehrbezirkskommando vorgeladen und für diensttauglich befunden worden. *In der Behandlung der beiden Fragen Heiratsgesuch und Dienstpflicht seitens der zuständigen Behörden besteht doch offensichtlich ein innerer Gegensatz*, schrieb der Antragsteller daher an das Innenministerium. *Auf der einen Seite wird mir ohne Angabe des Grundes die Heiratsgenehmigung verweigert, wodurch ich automatisch aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen werde. Andererseits bin ich jetzt, wo es sich um die Erfüllung der Dienstpflicht handelt, ein vollwertiges Mitglied der Volksgemeinschaft*.

NICOLE BICKHOFF

Rasse	Väter		Mütter		Kinder		Eigenschaften		Verhalten		Anmerkungen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1. Arier	<p>Die Rasse der Väter, Mütter und Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt. Die Rasse der Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt. Die Rasse der Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt.</p>
2. Mischling	
3. Mischling	
4. Mischling	
5. Mischling	
6. Mischling	
7. Mischling	

Vermerk:
 1. Die Rasse der Väter, Mütter und Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt. Die Rasse der Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt. Die Rasse der Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt.

2. Die Rasse der Väter, Mütter und Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt. Die Rasse der Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt. Die Rasse der Kinder ist durch die Abstammung der Eltern bestimmt.

Tabelle für die „Rassenmischchen“, aufgestellt vom Standesamt Stuttgart im Januar 1936.
 Vorlage: Landesarchiv HStAS E 151/02 Bü. 610

„Die Juden eine völkische Minderheit“, Auszug aus dem NS-Kurier für Württemberg vom 30. Dezember 1936.
 Vorlage: Landesarchiv HStAS E 151/02 Bü. 610



Lehrerinnen im Nationalsozialismus

Ein Forschungsseminar der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kooperation mit dem Staatsarchiv Ludwigsburg

Schulen waren noch nie reine „pädagogische Inseln“, sie übernehmen wichtige Funktionen für die Gesellschaft. Während unsere Schulen junge Menschen zur Mündigkeit führen und sie auf ihre Rechte und Pflichten in unserer parlamentarischen Demokratie vorbereiten sollen, war der Zusammenhang Schule und Staat während der nationalsozialistischen Herrschaft ein anderer: Hier lässt sich aufzeigen, wie ein menschenverachtendes und diktatorisches politisches Herrschaftssystem versuchte, die Schule vollständig in seine Dienste zu stellen. Ein wichtiges Instrument dabei war zuerst die Ausgrenzung, später die Vernichtung „nicht arischer“ und politisch missliebiger Lehrkräfte und Schüler bzw. Schülerinnen. Noch bevor jüdische Schülerinnen und Schüler 1938 vollständig aus dem deutschen Schulsystem ausgeschlossen wurden, sorgte das *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* vom 7. April 1933 für die Entlassung zahlreicher jüdischer Lehrkräfte. In unserem Forschungsseminar werden unter anderem die individuellen Schicksale betroffener Lehrerinnen anhand des Archiv- und Quellenmaterials erschlossen. Es geht darum, Schulgeschichte aufzuarbeiten und diese an schultheoretischen Fragestellungen kritisch zu reflektieren.

Den Anstoß für die Konzeption des Seminars lieferte die Dokumentation von Brigitte Popper 2004 im Ingersheimer Rathaus über die Lehrerin Berta Semler, die denunziert wurde und 1944 im KZ Ravensbrück ums Leben kam. Um den Studierenden erste Anhaltspunkte zu liefern, wurden Vorrecherchen im Staatsarchiv Ludwigsburg durchgeführt und aus Bestand E 203 I *Ministerialabteilung für die höheren Schulen: Personalakten von Lehrern* die Namen von Lehrerinnen, die aufgrund der Aktenlaufzeit eine Unterbrechung oder einen Abbruch ihrer Berufstätigkeit zwischen 1933 und 1945

aufwiesen, mit den Wiedergutmachungsakten (Landesarchiv StAL EL 350 I) verglichen. Der Abgleich förderte zwei erste interessante Fälle zutage: die 1937 aus politischen Gründen entlassene katholische Lehrerin Angela Stumpp sowie die jüdische Lehrerin Jenny Heymann, die im September 1933 aus dem Schuldienst verwiesen wurde. Elisabeth Kranz, die damalige Schulleiterin und Freundin Jenny Heymanns konnte ihre Entlassung nicht verhindern, sie schied selbst wenige Jahre später resigniert aus dem Dienst aus. Jenny Heymann unterrichtete nach ihrer Entlassung bis zu ihrer Flucht nach England 1939 am reformpädagogisch orientierten jüdischen Landschulheim Herrlingen bei Ulm. Nach Kriegsende kehrte sie auf Betreiben von Elisabeth Kranz, die 1945 wieder die Schulleitung der Goethe-Oberschule für Mädchen übernahm, nach Ludwigsburg zurück und unterrichtete ab 1947 wieder an ihrer alten Schule. In den Folgejahren engagierte sie sich für die jüdisch-christliche Zusammenarbeit, wofür sie 1990 die Otto-Hirsch-Medaille der Stadt Stuttgart erhielt.

Die weitere Spurensuche führte auch zu der bekannten Geschichtsdidaktikerin Margarete Dörr, die uns freundlicherweise für ein Interview zur Verfügung stand. Da Frau Dörr eine der ersten Schülerinnen von Jenny Heymann nach ihrer Rückkehr an ihre Ludwigsburger Schule war, lieferte dieses Interview neue interessante Informationen. Neben den beiden Studentengruppen, die die Schicksale von Jenny Heymann und Angela Stumpp rekonstruieren, werten weitere Studentengruppen anderes aufschlussreiches Aktenmaterial aus, das wiederum Anhaltspunkte für weiterführende Recherchen liefert. Darunter auch Spruchkammerakten, um die Täterperspektive zu integrieren, sowie den Aktenbestand über eine nationalsozialistische Lehrerinnenbildungsanstalt, die von 1943 bis

1945 in Öhringen existierte (Landesarchiv StAL F 401). Sie ist – wie die Recherchen ergaben – im Gebäude der ehemaligen Synagoge Öhringens errichtet worden, in der sich zuvor auch die jüdische Schule befand. Die Spurensuche ist noch nicht beendet und verspricht interessante Ergebnisse, die im Rahmen des Ludwigsburger Stadtjubiläums im Staatsarchiv im Mai 2009 sowie beim Lernfestival an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 23. Juli 2009 präsentiert werden.

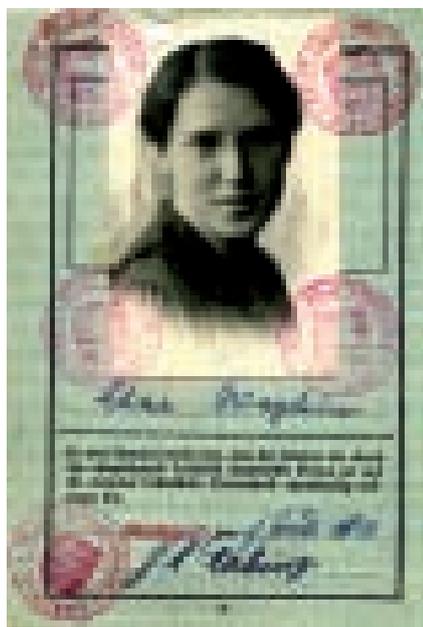
ROSEMARIE GODEL-GASSNER
BRIGITTE POPPER

Jenny Heymann mit Abiturientinnen des Ludwigsburger Goethe-Gymnasiums, darunter Margarete Dörr, 1948.
Vorlage: Margarete Dörr, Oberstenfeld



Ein Rückruf als Ehrenpflicht

Clär Weglein und die Hochschule für Musik in Stuttgart



Mit der in den letzten beiden Jahrzehnten stattgefundenen Hinwendung der historischen Musikwissenschaft zu kulturgeschichtlichen Fragestellungen rücken verstärkt Themen und Quellenbestände jenseits von Notentexten und Komponistenkorrespondenzen ins Blickfeld des Fachs. So hat sich etwa für die Erforschung der Musikkultur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, und dabei insbesondere für die Untersuchung von Exil- und Nachkriegsmusikgeschichte, der Zugriff auf einen Quellenmix aus institutionsgeschichtlichen und biografischen Beständen wie etwa Wiedergutmachungs- und Personalakten als fruchtbar erwiesen. Die überaus komplexe, von Schweigen und Verdrängung bestimmte diskursive Gemengelage der Nachkriegszeit und die daraus resultierenden Handlungsräume der beteiligten Personen und Institutionen werden erst in der Verschränkung solcher institutioneller und biografischer Perspektiven sichtbar.

Die Überlieferungslage im Staatsarchiv Ludwigsburg mit den Personalaktenbeständen der Stuttgarter Musikhochschule und des Staatstheaters sowie dem reichhaltigen Fundus an Wiedergutmachungsakten erweist sich für solche Forschungen als besonders ergiebig. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür bildet die Geschichte der Remigration von Clär Weglein.

Am 5. Juli, an demselben Tage, an dem ich vor 10 Jahren den endgültigen Entlassungsbefehl erhielt, erreichte mich Ihr Schreiben. Sollte dies bedeuten, dass diese 10 Jahre gewissermaßen ein Zwischenspiel waren in der Erfüllung meiner Lebensaufgabe als Musiklehrerin? [...] Über mein Ergehen u. Erleben in den 7½ Jahren in Schottland möchte ich zusammenfassend folgendes sagen: Vieles war sehr schwer – innerlich u. äusserlich – die Sorge um meine zurückgelassenen Lieben oft beinahe erdrückend. [...] Ich grüße Sie u. die mir bekannten Lehrer herzlich u. sehe einer baldigen Antwort entgegen.

Mit diesen Zeilen antwortete im Juli 1946 die zehn Jahre zuvor von der Stuttgarter Hochschule für Musik entlassene jüdische Gehörbildungs-Lehrerin Clär Weglein aus ihrem schottischen Exil auf die Anfrage ihrer ehemaligen Arbeitgeber, nach Deutschland zurückzukehren und ihren alten Posten wieder einzunehmen. Weglein, geboren im November 1895 in Ulm als Tochter einer gutbürgerlichen jüdischen Kaufmannsfamilie, hatte von 1917 bis 1922 an der Hochschule für Musik in Stuttgart ein Klavierstudium absolviert. 1923 war ihr von der Hochschule ein einfacher Lehrauftrag im Fach *Ausbildung des Klangbewusstseins* – eine Vorform der heutigen Gehörbildung – angeboten worden, 1929 schließlich wurde ihr Deputat aufgrund ihrer erfolgreichen Arbeit erheblich aufgestockt. Doch im August 1935 geriet ihre Lehrtätigkeit an der Hochschule in ernste Gefahr, da ihr unter Verweis auf ihren jüdischen Glauben vonseiten der Reichskulturkammer die Aufnahme verweigert worden war, was einem Berufsverbot gleichkam. Auch eine von der Hochschulleitung mit Gutachten und Unterstützungsschreiben flankierte Beschwerde gegen diesen Entscheid blieb wirkungslos, sodass Clär Weglein im Sommer 1936 offiziell von der Hochschule für Musik entlassen werden musste.

Nach kurzer Tätigkeit für die Stuttgarter Jüdische Kunstgemeinschaft entschloss sich Clär Weglein im Frühjahr 1939, ausgelöst wohl auch durch die Vorgänge der Reichspogromnacht, zur Auswanderung nach Schottland, wo sie

in den kommenden Jahren in Glasgow eine bescheidene Existenz als Hausmädchen führte. Ein Fall von vielen möchte man meinen, mithin wird die Zahl der vertriebenen und exilierten Musikschaffenden der NS-Zeit auf über 4000 geschätzt. Das besondere an der Geschichte Clär Wegleins ist ihre weitere Entwicklung in der Zeit nach 1945, wo konkrete und ernst gemeinte Rückrufe aus dem ehemaligen Heimatland nur eine verschwindende Minderheit der Emigranten erreichte. Die Hochschule für Musik in Stuttgart hingegen, eine relativ kleine, fast familiäre Institution, sah *eine Art von Ehrenpflicht darin*, ihre einzige nach 1933 zwangsentlassene jüdische Lehrkraft 1946 zurückzurufen. Über solche Vorgänge öffentlich zu sprechen, wäre allerdings im diskursiven Umfeld der 1950er-Jahre unmöglich gewesen, erst heute, mit der Greifbarkeit der eingangs erwähnten Quellenbestände, lassen sie sich recherchieren, dokumentieren und bewerten.

MATTHIAS PASDZIERNY



1 | Reisepass für Clär (Clara) Weglein, ausgestellt am 1. Juli 1924 in Stuttgart.

Vorlage: Landesarchiv StAL F 215 Bü. 350

2 | Bestätigung Clär (Klara) Wegleins vom 8. November 1947 über die Rückgabe ihres Schlafzimmers.

Vorlage: Landesarchiv StAL EL 359 I Bü. 4445

1 | *Judenstern des jüdischen Arztes Dr. Manuel Schüller aus Breslau.*
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 350 I Bü. 29007

2 | *Das Arbeitsbuch von Dr. Manuel Schüller mit Einträgen über seine Beschäftigung im jüdischen Krankenhaus in Breslau.*
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 350 I Bü. 29007

3 | *Ablehnungsbescheid des Landesamts für Wiedergutmachung vom 19. Januar 1957 auf Entschädigung von Dr. Manuel Schüller wegen Freiheitsbeschränkung durch Tragen des Judensterns.*
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 350 I Bü. 29007



Wie kommt ein Judenstern in eine Wiedergutmachungsakte?

Ein überraschender Fund im Staatsarchiv Ludwigsburg

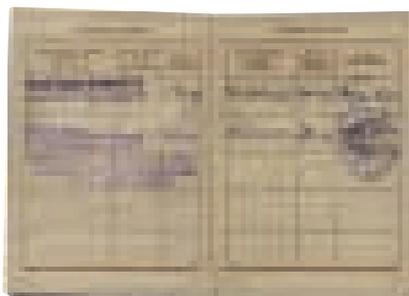
Für die Erforschung der Schicksale der jüdischen Opfer des NS-Regimes stellen die nach dem Krieg entstandenen Wiedergutmachungsakten eine ganz zentrale Quelle dar. Entsprechend häufig werden sie nicht nur von der historischen Forschung, sondern auch von bürgerschaftlichen Initiativen genutzt, die sich der Aufarbeitung von Opferbiografien verschrieben haben. Um den umfangreichen Aktenbestand – er umfasst im Staatsarchiv Ludwigsburg allein mehrere Hundert Regalmeter – angesichts seiner häufigen Inanspruchnahme vor weiteren Schäden zu schützen, werden die Unterlagen derzeit in allen Abteilungen des Landesarchivs einer konservatorischen Grundversorgung unterzogen, die neben der Entmetallisierung und Glättung der

Papiere insbesondere eine fachgerechte Verpackung umfasst. Bei diesen Arbeiten kommt es immer wieder zu überraschenden Funden. Von einem solchen soll im Folgenden die Rede sein.

Anders als man zunächst vermuten würde, enthalten die Wiedergutmachungsakten nicht nur Schriftwechsel aus der Nachkriegszeit, sondern in vielen Fällen auch Dokumente aus der Zeit vor 1945, die von den Antragstellern zum Beleg ihrer Ansprüche eingereicht wurden. Neben Kopien amtlicher Unterlagen unterschiedlichster Herkunft finden sich so immer wieder Briefe und Fotos und hin und wieder auch Gegenständliches in den Akten. Obwohl die Bearbeiter mit solchen Funden rechnen, waren sie kürzlich doch einigermaßen überrascht, als in einer Akte im Staatsarchiv Ludwigsburg ein Judenstern auftauchte. Dieser gehörte dem jüdischen Arzt Dr. Manuel Schüller aus Breslau, den es im Zuge von Flucht und Vertreibung nach Stuttgart verschlagen hatte.

Schüller war dem Holocaust entgangen, weil er als Jude in einer sogenannten privilegierten Mischehe lebte und daher bis Kriegsende von den Deportationen in die Vernichtungslager ausgenommen

blieb. Er war zum 1. Januar 1937 aus seiner Stellung als Chefarzt im Kreis-krankenhaus Breslau entlassen worden; bis Mitte Juli 1939 konnte er seine Privatpraxis weiterführen, später arbeitete er als sogenannter Heilbehandler am jüdischen Krankenhaus in Breslau. Von Oktober 1944 bis Januar 1945 war Schüller in einem Zwangsarbeitslager inhaftiert. Im Frühjahr 1945 flüchtete er vor den heranrückenden russischen Truppen nach Oberösterreich, von wo er Anfang der 1950er-Jahre nach Stuttgart übersiedelte. Schüller konnte in seinem Wiedergutmachungsverfahren Entschädigungsleistungen für Beeinträchtigungen im wirtschaftlichen Fortkommen, für Vermögensschäden, wegen der Zahlung von Sonderabgaben und wegen seiner Inhaftierung geltend machen. Auch für das als Freiheitsbeschränkung geltende Tragen des Judensterns waren Entschädigungsleistungen möglich. Um seinen Anspruch zu belegen, fügte Schüller deshalb seinem Antrag seinen eigenen Judenstern bei. Erfolg hatte der Arzt damit freilich nicht. Da er eigenem Bekunden zufolge den Judenstern nur innerhalb des jüdischen Krankenhauses zu tragen hatte, wertete die Wiedergutmachungsbehörde



Wiederkehr der alten Geister?

Baden-Württemberg und die Welle antisemitischer Straftaten 1959/1960

Als der Landtag von Baden-Württemberg am 20. Januar 1960 zu einer Sitzung zusammentrat, stand ein heikles Thema auf der Tagesordnung. Der CDU-Abgeordnete und spätere Finanzminister Robert Gleichauf richtete eine Mündliche Anfrage an die Landesregierung, in der er sich nach den Tätern und den politischen Hintergründen von zahlreichen antisemitischen *Sudeleien* erkundigte, die in den Wochen zuvor in baden-württembergischen Gemeinden festgestellt worden waren. Des Weiteren wollte Gleichauf Näheres über die bisher eingeleiteten Gegenmaßnahmen der Landesregierung wissen.

Hinter der Mündlichen Anfrage verbarg sich ein erhebliches politisches Problem, das in den ersten Wochen des Jahres 1960 die Bundesrepublik Deutschland beschäftigte. Um die Jahreswende 1959/1960 hatten antisemitische Aktionen, vor allem Schmierereien und Friedhofschändungen, sprunghaft zugenommen. Zwischen dem 5. und dem 11. Januar 1960 wurden bundesweit täglich über 40 Straftaten mit jüdenfeindlichem Hintergrund registriert.

Auslöser der Welle antisemitischer Vorfälle war ein Ereignis in der Stadt Köln Ende 1959 gewesen. In der Metropole am Rhein hatten zwei Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Reichspartei am 25. Dezember 1959 die Inschrift eines Gedenksteins für die Opfer der Gestapo teilweise übermalt sowie die Synagoge durch Schmierereien geschändet. Das erhebliche Medienecho der Taten hatte in den folgenden Wochen zu zahlreichen Nachahmerdelikten geführt.

Die politischen Eliten, die einen Ansehensverlust der Bundesrepublik Deutschland im Ausland befürchteten, reagierten entschlossen auf die Vorfälle. So verur-

teilte etwa Bundeskanzler Konrad Adenauer in einer Fernsehansprache vom 15. Januar 1960 unmissverständlich die jüdenfeindlichen Vorkommnisse.

In Baden-Württemberg war das Echo auf die Kölner Ereignisse deutlich geringer als in anderen Regionen der Bundesrepublik. Von den insgesamt 685 antisemitischen oder nazistischen Vorfällen, die zwischen dem 25. Dezember 1959 und dem 28. Januar 1960 bundesweit registriert wurden, entfielen lediglich 39 auf den Südweststaat. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Schmierereien, die von jüngeren Tätern unter 30 Jahren und Kindern angebracht wurden. Sie hatten zumeist keinen fundierten politischen Hintergrund. Trotzdem prüfte die Landesregierung die begangenen Straftaten genau.

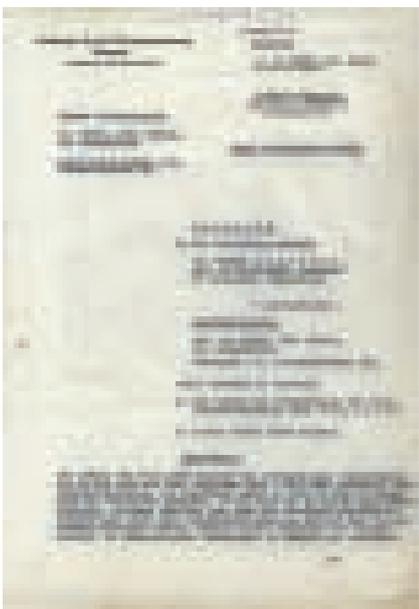
In der erwähnten Landtagssitzung am 20. Januar 1960 antwortete Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger ausführlich auf die Fragen seines Parteifreunds Robert Gleichauf. Er stellte den bisherigen Stand der polizeilichen Ermittlungen in Baden-Württemberg umfassend dar und verwies mit Blick auf die zumeist jugendlichen Täter auf die erzieherischen Aufgaben der Schulen. Im Anschluss an die Antwort Kiesingers verabschiedeten die im Landtag vertretenen Fraktionen eine gemeinsame Erklärung, in der sie die antijüdischen Aktionen entschieden verurteilten.

Die Welle des Antisemitismus, welche die Bundesrepublik Deutschland zum Jahreswechsel 1959/1960 traf, sollte sich nicht als dauerhaft erweisen. Bereits seit Mitte Januar 1960 gingen die jüdenfeindlichen Straftaten wieder deutlich und nachhaltig zurück.

WOLFGANG MÄHRLE

seinen Fall nur als unerhebliche Freiheitsbeschränkung und lehnte eine Entschädigungszahlung ab. Schüllers Judenstern blieb trotzdem in der Akte und legt damit eindrucksvoller als manches Schriftstück Zeugnis ab von der Stigmatisierung des jüdischen Bevölkerungsteils während des Holocaust.

PETER MÜLLER



Gesamtdokumentation der jüdischen Friedhöfe in Baden-Württemberg

Landesarchiv übernimmt Unterlagen des Landesamts für Denkmalpflege

Zwischen 1990 und 2004 wurden vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg auf 91 jüdischen Friedhöfen in Baden insgesamt 37 062 Grabsteine und auf 18 jüdischen Friedhöfen Württembergs insgesamt 18 293 Grabsteine dokumentiert. Nicht bearbeitet wurden die Friedhöfe, zu denen bereits im Druck vorliegende Gesamtdokumentationen vorhanden waren. Das vom Landtag im Februar 1989 initiierte Projekt wurde vom Landesdenkmalamt in enger Abstimmung mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften Badens und Württembergs und dem Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg, durchgeführt. Ziel des Projekts war die Dokumentation der Grabsteine mit den wichtigsten Angaben zu den dort beerdigten Personen auf einheitlichen Formblättern. Vor allem die hebräischen Inschriften der Grabsteine wurden durch fachgerechte Übersetzungen dadurch erst allgemein zugänglich gemacht. Bei einer Reihe von Friedhöfen konnten zusätzlich durch Archivarbeiten auch Angaben für Grab-

stätten ermittelt werden, deren Grabsteine verwittert oder verloren sind. Kulturhistorisch besonders wertvolle Steine wurden in das Konservierungsprogramm einbezogen. Zahlreiche Friedhofsdokumentationen sind im Druck erschienen und damit allgemein zugänglich.

Im Frühjahr 2008 wurden diese bedeutenden Unterlagen zur jüdischen Geschichte in Baden-Württemberg vom Staatsarchiv Ludwigsburg übernommen, erschlossen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der bereits online recherchierbare Bestand gliedert sich in zwei Teile: die eigentliche Beschreibung der Grabsteine (mit Abschrift, Transkription und Übersetzung aller Grabinschriften) – gegliedert nach Friedhöfen –, die ergänzt wird durch Unterlagen zur Geschichte und Durchführung des Projekts, sowie die fotografische Dokumentation der einzelnen Steine. Kopien der Dokumentation und der Fotos stehen auch im Zentralarchiv zur Geschichte der Juden in Deutschland in Heidelberg zur Verfügung.

Die Dokumentation wurde im Zuge der Projektbearbeitung vom Landesamt für Denkmalpflege mit einer Datenbank erschlossen, die nahezu alle Grabsteine und die auf ihnen erwähnten Personen individuell recherchierbar macht. Wiedergegeben sind unter anderem Maße und kunsthistorische Merkmale zum Stein, zu den Personen sind Ort und Zeit der Geburt und des Todes sowie Berufe erfasst. Namen werden in deutscher und hebräischer Form aufgeführt. Auch diese Datenbank wurde vom Staatsarchiv Ludwigsburg übernommen. Sie wird im Bestand als digitales Objekt nachgewiesen und steht nach der archivischen Aufbereitung in einer dauerhaft nutzbaren Form zur Auswertung bereit. Möglichkeiten einer Online-Publikation zumindest von Teilen der Datenbank, die gleichzeitig den Fotobestand im Detail erschließt, werden gegenwärtig mit den Israelitischen Religionsgemeinschaften und dem Zentralarchiv zur Erforschung der Juden in Deutschland ausgelotet.

MARTIN HÄUSSERMANN
KAI NAUMANN



Vom brüchigen Acetatfilm zum weltweit verfügbaren Digitalisat

Jüdische Standesbücher im Internet

Wo die Juden eine Synagoge in einem Ort haben, sind ... Geburts-, Ehe- und Totenregister von den Vorstehern derselben zu führen. So regelte König Friedrich von Württemberg 1807 die Erfassung der Standesfälle der Juden in seinem neuen, vergrößerten Königreich.

*1820 wurde die Anweisung in Bezug auf die Führung der jüdischen Familienregister ergänzt und ausdrücklich in Erinnerung gerufen: *Hienach hat das Familien=Register für die Juden der Pfarrer der herrschenden Confession an dem Wohnort ... zu besorgen. In den Orten, in welchen sich Pfarrer von verschiedenen christlichen Confessionen befinden, hat derjenige unter ihnen, dessen Pfarrgemeinde der Zahl nach die stärkere ist, sich diesem Geschäfte zu unterziehen.**

In Baden regelte das 2. Einführungsedikt zum Badischen Landrecht vom 22. Dezember 1809 die Führung der Geburts-, Ehe- und Totenbücher. Die Pfarrer und die Rabbiner als Beamte bürgerlichen Stands hatten die Kirchenbücher bzw. Standesbücher doppelt zu führen und mussten eine Fertigung nach Jahresschluss an das zuständige Bezirksamt abliefern. Diese Exemplare mit der Laufzeit bis etwa 1875 finden sich heute im Staatsarchiv Freiburg (Landesarchiv StAF L 10) und im Generallandesarchiv Karlsruhe (Landesarchiv GLAK 390).

Die jüdischen Standesregister wurden somit an verschiedenen Orten aufbewahrt: In den Synagogen, bei den Pfarrern neben den christlichen Registern und in den staatlichen Ämtern. Bis zur reichsweiten Einführung der Standesämter 1876 hatten die Register rechtsbindenden Charakter.

Digitalisierter Mikrofilm eines jüdischen Standesregisters.

Vorlage: Landesarchiv HStAS J 386

Der Friedhof Ravenstein-Merchingen.

Vorlage: Landesarchiv StAL EL 228 b Bü. 224

Der Grabstein von Rosle Eisinger auf dem Fiedhof von Ravenstein-Merchingen.

Vorlage: Landesarchiv StAL EL 228 b Bü. 224



1942 zog das Reichssippenamt alle erreichbaren jüdischen Standesregister ein, um sie auf Mikrofilm aufzunehmen; ein Teil war bereits 1938 verfilmt worden. Aufgrund der unsicheren Kriegslage in den Großstädten wurden die Bände nach Schloss Rathsfeld in Thüringen gebracht, wo die Firma Gatermann aus Duisburg, damals führend in der Mikroverfilmung, eine Außenstelle eingerichtet hatte. Bis Kriegsende wurden die Arbeiten fortgeführt, dann erhielt die Firma von den amerikanischen Besatzungsbehörden die Erlaubnis, die Filme mit in den Westen zu nehmen. Das Schicksal der in Rathsfeld verbliebenen Originalbände ist ungewiss. Die einen Quellen sprechen davon, dass sie den Russen in die Hände gefallen seien, nach anderen sind die Bände durch einen Wasserrohrbruch im Keller des Schlosses vernichtet worden.

Nach Kriegsende trat die Firma Gatermann an die Regierungen der neuen Bundesländer heran und bot die Filme zum Kauf an. In den südwestdeutschen Staaten wurden sie aus Staatsmitteln angekauft und den jüdischen Gemeinden zur Verfügung gestellt. Bald jedoch traten die Kultusgemeinden an die Ministerien mit der Bitte heran, von den Filmen Abzüge herstellen zu lassen, da sie von schlechter Qualität und ohne Spezialgeräte kaum nutzbar seien. Zu diesem Zweck wurden die Filme wiederum an die Firma Gatermann übergeben, die gleichzeitig auch ein Exemplar für die *Jewish General Archives* in Jerusalem (heute *Central Archives for the History of the Jewish People*) herstellte.

Der Erhaltungszustand der Filme war, als sie nach Stuttgart kamen, schlecht. Durch die unsachgemäße Lagerung war das Trägermaterial brüchig geworden, sodass die Gefahr von Bildverlusten bestand. Durch eine Lagerung in einem geregelten Klima und eine langsame

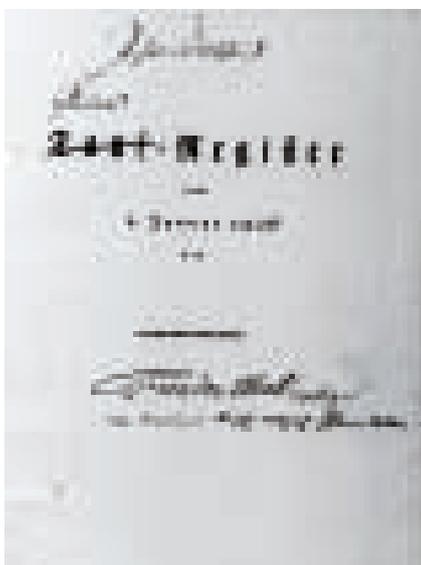
Befeuchtung konnte der Erhaltungszustand soweit verbessert werden, dass in den 1980er-Jahren Duplikatfilme hergestellt werden konnten, die für die Nutzung an Mikrofilmlesegeräten im Lesesaal bereitgestellt wurden.

1994–1996 wurden in einem von der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg geförderten Projekt die Register anhand von neuen Ausdrucken rekonstruiert und verzeichnet, sodass sie von da ab wieder in Bandform vorlagen. Nicht verbessert wurde durch diese Maßnahme allerdings die Lesbarkeit – für manche Seite, die auf dem Ausdruck nicht lesbar war, musste wieder zum Film gegriffen werden.

Nachdem in der Archivverwaltung Baden-Württemberg die ersten Erfahrungen mit der Präsentation von Archivgut im Internet gesammelt worden waren, tauchte der Gedanke auf, diese im Original nicht mehr vorhandenen, auf Mikrofilm umständlich zu nutzenden und auf den Ausdrucken schwer lesbaren Archivalien den Nutzern digitalisiert zur Verfügung zu stellen. Das Findbuch zu Bestand J 386 war bereits seit 2005 online, nun sollten die Digitalisate mit den vorhandenen Titelaufnahmen verknüpft werden. Ein Dienstleister wurde mit der Digitalisierung beauftragt, der die Dateien auch in die richtige Reihenfolge zu bringen hatte. Die Qualität ist beeindruckend. Durch Bildbearbeitungsverfahren war es möglich, extrem über- oder unterbelichtete Seiten wieder lesbar zu machen.

Die einzelnen Bände können nun über das Online-Findbuch aufgerufen und die Seiten mit dem komfortablen Bildpräsentationsmodul betrachtet werden. Ausgenommen sind aus datenschutzrechtlichen Gründen lediglich die Bände, die Geburten nach 1910 verzeichnen.

REGINA KEYLER



Digitalisat des jüdischen Geburtsregisters aus Freudental, geführt vom evangelischen Pfarrer, 1830.

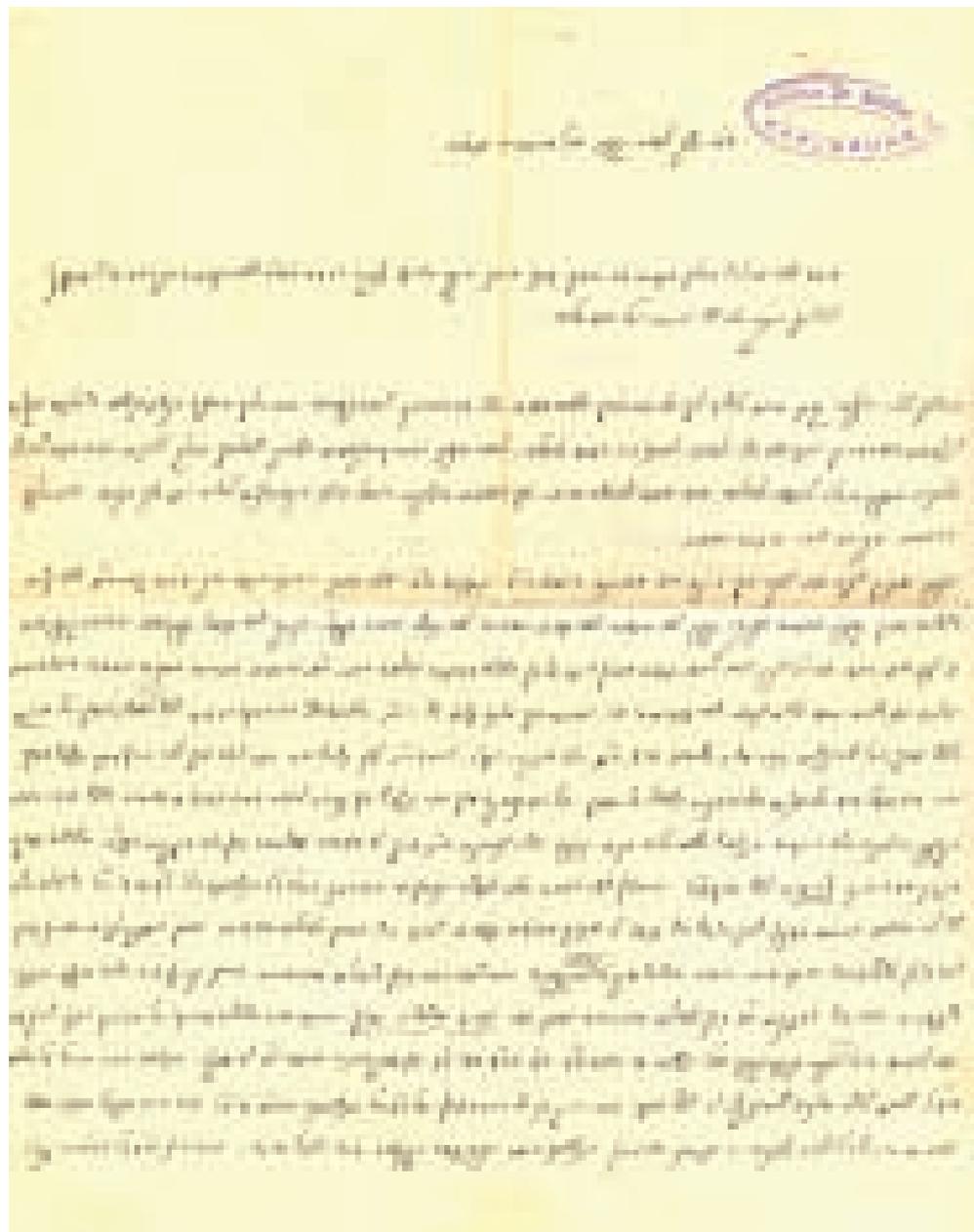
Vorlage: Landesarchiv HStAS J 386 Bü. 202

Die Überlieferung jüdischer Einrichtungen und Persönlichkeiten für Südwestdeutschland

*Halachisches (religionsgeschichtliches) Gutachten des Karlsruher Rabbiners Dr. Sinai Schiffer, 1914.
Vorlage: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland B. 1/19 Nr. 695
S. 1*

Jeder anspruchsvolleren Talmudausgabe wird ein Kommentar beige druckt, der Mitte des 18. Jahrhunderts vom badischen Landesrabbiner Natanael Weil (1687–1769) verfasst worden ist. Der Autor einer biografischen Studie über diesen Gelehrten und seinen ebenfalls sehr gelehrten Sohn und Amtsnachfolger Tiah Weil (1721–1805) konnte Ende des 19. Jahrhunderts auf nachgelassene Papiere zurückgreifen, die sich damals noch in Karlsruhe befanden (Leopold Löwenstein: Nathanael Weil. Oberlandrabbiner in Karlsruhe und seine Familie. Frankfurt am Main 1898). Heute hat man Schwierigkeiten, diesen Nachlass zu finden. Die Datenbank auf den Webseiten der Jerusalemer Nationalbibliothek weist zwar eine ganze Reihe hebräischer Manuskripte dieser beiden badischen Landesrabbiner nach, die meisten davon in Jerusalem, andere aber auch in Handschriftenabteilungen einschlägiger Institutionen in New York, Warschau/Warszawa oder Frankfurt am Main. Es ist aber fast unmöglich, den Weg dieser Papiere zurückzuverfolgen und festzustellen, was aus dem ursprünglichen Nachlass erhalten geblieben und was verloren gegangen ist. Flucht und Verfolgung haben nicht nur menschliches Leid bewirkt, sie haben auch die Überlieferung der schriftlichen Zeugnisse einer langen deutsch-jüdischen Geschichte erheblich durcheinander gebracht.

Um das Schriftgut der Entkommenen in seiner ganzen Breite aufzufangen, haben jüdische Emigranten aus Deutschland und Österreich 1955 in New York als Teil des *Leo Baeck Institutes* auch eine



Archivabteilung eingerichtet, die in den letzten 50 Jahren vor allem Familienpapiere übernommen hat. Die Akten jüdischer Gemeinden hingegen, sofern sie in Deutschland erhalten geblieben sind, wurden im Lauf der 1950er-Jahre fast alle nach Jerusalem in ein Archiv gebracht, das bereits in den 1930er-Jahren gegründet worden ist und heute unter dem Namen *Central Archives for the History of the Jewish People* bekannt ist. Ausgenommen waren diejenigen Akten, die von der DDR zurückgehalten und dann erst nach 1989 im Berliner *Centrum Judaicum* zugänglich gemacht wurden, somit auf deutschem Boden verblieben sind. Beträchtliche Bestände, etwa 200 Regalmeter, liegen bis zum heutigen Tag als Teil der russischen Kriegsbeute in einem *Moskauer Sonderarchiv*. Seit 1992 können diese Akten zwar in Moskau eingesehen werden, größere Teile sind auch von den *Central Archives* und anderen westlichen Forschungseinrichtungen verfilmt worden, über die Rückgabe der Originale wird jedoch immer noch verhandelt.

Die deutsch-jüdische Überlieferung verteilt sich allerdings nicht nur auf die großen Zentren. Wertvolle Einzelstücke, wie etwa die eingangs erwähnten rabbinischen Manuskripte, finden sich in Handschriftenabteilungen von Forschungsinstituten und Universitätsbibliotheken, vor allem in Jerusalem. Hinzu kommt eine Unmenge kleiner und kleinster Überlieferungssplitter in den Depots von Kommunalarchiven, Museen und auch immer noch in Privathand. Erst vor wenigen Jahren sind Kopien, die der letzte Heidelberger Rabbiner 1936 kurz vor seiner Emigration von zum Teil recht alten Gemeindeunterlagen angefertigt hat, von seinem Sohn aus Brasilien an das Jüdische Museum Berlin geschickt worden. Manches ist auch in die Jüdischen Gemeinden zurückgekehrt, so zum Beispiel eine Mitgliederliste der Jüdischen Gemeinde Mannheim von 1940, die an entlegener Stelle aufgetaucht ist und der Gemeinde 2001 feierlich übergeben wurde. Soviel in kurzen Stichworten zu dem bis 1945 entstandenen Schriftgut.

Für die inzwischen ebenfalls zu Alter und Umfang gekommene Überlieferung der Nachkriegsgemeinden ist 1987 in Heidelberg vom *Zentralrat der Juden in Deutschland* mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung das *Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland* eingerichtet worden. In den gut 20 Jahren seiner Existenz konnte das Zentralarchiv bereits an die 1000 Regalmeter Altakten aus 30 jüdischen Gemeinden, Verbänden und Institutionen übernehmen. Grundsätzlich gilt, dass die schriftliche Überlieferung zum jüdischen Leben in Südwestdeutschland das Schicksal der Quellen zur Geschichte des deutschen Judentums insgesamt teilt. Dadurch jedoch, dass die zentrale jüdische Archiveinrichtung der Bundesrepublik ihren Sitz in Heidelberg gefunden hat, ist die Archivgeografie insbesondere für die Nachkriegszeit doch etwas zugunsten des Südwestens verschoben worden. Inzwischen befinden sich die Nachkriegsakten aller jüdischen Gemeinden aus Baden (zusammen 49 Regalmeter), einschließlich der Akten des zugehörigen Landesverbands, das heißt des Oberrats (50 Regalmeter), als Depositum im Heidelberger Zentralarchiv, was bisher bei keiner anderen Region der Bundesrepublik mit solcher Vollständigkeit erreicht werden konnte. Auch die Akten des langjährigen (1961–1986) Landesrabbiners von Baden, Nathan Peter Levinson, gehören dazu (17 Regalmeter). Nachdem sie schon nach Mallorca verbracht worden waren, wohin sich Rabbiner Levinson nach seiner Pensionierung zurückgezogen hatte, sind sie vor einigen Jahren in die Magazine des Heidelberger Zentralarchivs zurückgebracht worden.

Für Württemberg hat sich eine andere Lösung gefunden. Hier hat die Gemeinde, die sich auf ganz Württemberg erstreckt, auch wenn die meisten Mitglieder in Stuttgart leben, entschieden, ihre Altakten (der Nachkriegszeit) als Depositum ins Stadtarchiv Stuttgart zu geben. Darunter befinden sich auch die Akten von Landesrabbiner Dr. Fritz Bloch, der von 1953 bis 1979 in Stuttgart amtiert hat.

PETER HONIGMANN

Wichtige Zentren deutsch-jüdischer Überlieferung

Berlin

Centrum Judaicum

Akten von Gemeinden und Verbänden der Vorkriegszeit aus den Beständen des ehemaligen *Gesamtarchiv der deutschen Juden*, das von 1905 bis 1939 in Berlin bestanden hat

Detailliertes Verzeichnis 2001 publiziert als Band 6 der Reihe *Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer*

Heidelberg

Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland

Vor allem Akten von Gemeinden und Verbänden aus der Zeit nach 1945

Beständeübersicht auf den Webseiten: <http://www.uni-heidelberg.de/institute/sonst/aj/index.html>

Verzeichnisse im Lesesaal

Jerusalem

The Central Archives for the History of the Jewish People

Akten von Gemeinden und Verbänden der Vorkriegszeit

Zahlreiche eingescannte Verzeichnisse auf den Webseiten:

<http://sites.huji.ac.il/archives/>

Jerusalem

The Jewish National and University Library

Rabbinische Manuskripte in der Handschriftenabteilung

Katalog auf den Webseiten:

<http://www.jnul.huji.ac.il/heb/>

New York

Leo Baeck Institute

Familienpapiere und Nachlässe

Onlinekatalog auf den Webseiten des Instituts: <http://www.lbi.org/>

Stuttgart

Stadtarchiv

Nachkriegsakten der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg
Findbuch in Arbeit

Das Archiv der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und das „Jüdische Dokumentationszentrum“ im Stadtarchiv Stuttgart

1960 gehörte Stuttgart zu den ersten Städten in Deutschland, die mit einem Gedenkbuch an ihre in der NS-Zeit verfolgten jüdischen Bürger erinnern wollten. Durch die Korrespondenz der Bearbeiterin Dr. Maria Zelzer (1921–1999) mit ehemaligen jüdischen Bürgern gelangten zahlreiche Zeitzeugenberichte ins Stadtarchiv Stuttgart. Das 1964 erschienene Gedenkbuch *Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden* über die einstmal größte jüdische Gemeinde in Württemberg war ein Meilenstein für die Geschichtsschreibung der Landeshauptstadt. Seit dieser Zeit bildet Dokumentation und Erforschung der jüdischen Geschichte Stuttgarts einen Arbeitsschwerpunkt des Stadtarchivs.

Bei der Bearbeitung einer Festschrift der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) zum 50. Jahrestag der Eröffnung der neuen Synagoge 2002 wurde die Bedeutung der umfangreichen Unterlagen der Gemeinde, aber auch die gefährdete Unterbringung offenbar. Am 1. Dezember 2003 schlossen die IRGW und die Stadt Stuttgart einen Vertrag über die Deponierung des Archivs der Gemeinde im Archiv der Landeshauptstadt verbunden mit der Perspektive eines Jüdischen Dokumentationszentrums im Stadtarchiv – nicht zuletzt ein Vertrauensbeweis der Gemeinde.

Dank der Unterstützung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg konnte ein Projekt zur Erschließung des Archivs der IRGW sowie zur Erarbeitung eines Archiv- und Quellenführers zur Geschichte der Juden in Württemberg und Hohenzollern begonnen werden; erster Bearbeiter war Dr. Michael Fundaminski (1950–2005). Das Archiv, das nur vereinzelt in die Zeit vor der Schoah zurückreicht, beinhaltet eine Fülle von Quellen zur jüdischen Geschichte in Stuttgart und Württemberg seit 1945. Die Tätigkeit der Landesrabbiner, Geschäftsführer und Gemeindegremien, das Leben der

Vereine in der Gemeinde und die Beziehungen zu Behörden, Kirchen und jüdischen Organisationen im In- und Ausland spiegeln sich anschaulich wider.

Aber auch über die Zeit vor 1945 werden wichtige Informationen überliefert. Im Zuge von Restitution und Wiedergutmachung kam es zu einer intensiven Korrespondenz mit ehemaligen jüdischen Einwohnern, die über die Geschichte ihrer Familien und über ihre Erlebnisse in der NS-Zeit berichteten. Wertvoll sind auch Unterlagen über die Betreuung der jüdischen Friedhöfe, die über mehrere Jahrzehnte fotografisch festgehalten wurden. Das Findbuch wird 2009 abgeschlossen werden; Teile des Bestands unterliegen allerdings noch Sperr- und Schutzfristen.

Neben dem Archiv der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs verwahrt das Stadtarchiv das Archiv der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Stuttgart sowie den Nachlass von deren langjährigem Vorsitzenden Heinz Bleicher (1923–2005), in dessen Verlag zahlreiche Bände zur Geschichte der Juden in Württemberg und über die deutschen Juden in Israel erschienen sind.

Der Archiv- und Quellenführer zur Geschichte der Juden in Württemberg und Hohenzollern befindet sich derzeit in Bearbeitung. Er wird zum ersten Mal einen umfassenden Überblick über die historische Überlieferung zu diesem Thema bieten und der Forschung eine bisher weitgehend fehlende Verknüpfung der Quellen ermöglichen, die sich aufgrund von Flucht und Vertreibung der jüdischen Bürger in der NS-Zeit heute meistens in Archiven in Israel und in den USA befinden.

Das Stadtarchiv Stuttgart führt für den Archiv- und Quellenführer eine systematische Erhebung bei allen infrage kommenden Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsarchiven durch. Mit kurzen

Beschreibungen werden nach Möglichkeit auch die zwischenzeitlich teils umfangreichen Sammlungen von Gedenkstätten, Fördervereinen und Einzelpersonen einbezogen, die in den letzten Jahren auf lokaler Ebene durch Kontakte mit ehemaligen jüdischen Einwohnern oder deren Nachkommen viele bisher unbekannte Quellen zusammengetragen haben.

CARSTEN KOHLMANN



1



2

1 | Feier zur Staatsgründung Israels in der 1946 renovierten, neu geweihten Synagoge von Bad Mergentheim am 30. Mai 1948. Aufnahme: Löhr; Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart 1026

2 | Gedenkstunde der Israelitischen Kultusvereinigung Württembergs zum 50. Todestag von Theodor Herzl am 20. Juli 1954. Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart 1026

Von Freudental nach Jerusalem

Das Archiv der Jüdischen Gemeinde im Novemberpogrom 1938

Auf der Website der *Central Archives for the History of the Jewish People* in Jerusalem findet sich eine Liste von Akten der Jüdischen Gemeinde Freudental aus den Jahren 1764–1938, die dort verwahrt werden (Bestand D/Fr2). Dorthin wurden sie 1950 vom Staatsarchiv Ludwigsburg abgegeben. Die Verhandlungen darüber hatte die *JRSO – Jewish Restitution Successor Organisation* geführt, die in den 1950er-Jahren eine ganze Reihe von Archiven ehemaliger jüdischer Gemeinden aus Deutschland nach Jerusalem überführt hat.

Wie aber waren die Akten in das Staatsarchiv Ludwigsburg gelangt? Darüber gibt ein Inventar Aufschluss, das der Ludwigsburger Archivar Walter Grube 1939 erstellt hat (Landesarchiv StAL E 62 Bü. 565). Im Vorwort berichtet Grube: *Anlässlich eines Besuchs in meiner Eigenschaft als Bezirkspfleger für Archivalien-schutz im Kreis Ludwigsburg am 1. August 1939 fand ich auf dem Fussboden des Registraturzimmers im Freudentaler Rathaus einen ungeordneten Haufen von Papieren, die bei den Ereignissen im November 1938 in jüdischen Wohnungen beschlagnahmt worden waren. Diese Papiere waren von der Geheimen Staatspolizei bzw. SS dem Bürgermeister zur beliebigen Verwendung freigegeben worden. Mit Genehmigung des Bürgermeisters las ich aus dem Papierhaufen eine Anzahl von Schriftstücken heraus und verbrachte sie in das Staatsarchiv Ludwigsburg. Der Bürgermeister von Freudental verwahrt in einer Kassette eine Anzahl weiterer Schriftstücke jüdischer Herkunft, für die er der Geheimen Staatspolizei gegenüber haftbar ist, sowie ausserdem im Standesamtskasten die jüdischen Personenstandsregister. Ob die Geheime Staatspolizei jüdisches Material für ihren*

Gebrauch mitgenommen hat, konnte ich nicht Erfahrung bringen.

In Freudental war seit der ersten Ansiedlung von Schutzjuden im Jahr 1723 eine größere jüdische Gemeinde angewachsen; 1854 lag ihr Anteil an der Einwohnerschaft mit 368 Personen bei 40 Prozent. 1933 gehörten ihr – die Emigration hatte bereits eingesetzt – noch rund 50 Personen an. Diese wurden am 10. November 1938 gewaltsam aus ihren Häusern getrieben und mussten zusehen, wie die Inneneinrichtung ihrer Synagoge kurz und klein geschlagen wurde. Dass das Gebetshaus nicht angezündet wurde, obwohl man die Benzinkanister bereits gefüllt und ein kleines Feuer entfacht hatte, war nur der Sorge geschuldet, die dicht benachbarten Häuser und Scheunen zu gefährden. Die jüdischen Einwohner mussten die Trümmer der Inneneinrichtung auf einem freien Platz aufschichten, wo sie mit ihren Gebetsbüchern, Thorarollen und dem kultischen Gerät verbrannt wurden. Aus dem Haus des jüdischen Mitbürgers Moritz Hermann wurden die Akten der jüdischen Gemeinde auf die Straße geworfen, die jedoch der Bürgermeister aufheben und in das Rathaus verbringen ließ, während die gewaltsamen und demütigenden Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung immer weiter eskalierten. Welche Motive den Bürgermeister dazu bewegten, die Akten vor der Zerstörung zu retten, ist nicht bekannt. Später rühmte er sich, auch die Gründungstafel der jüdischen Gemeinde von 1725 auf der Straße geborgen zu haben. In jedem Fall aber entsprach sein Verhalten einer Anweisung des Reichsführers SS Heydrich, der am 10. November 1933 die örtlichen Behörden unter anderem angewiesen hatte:



1

Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstration zerstört wird. Es kommt dabei auf das historisch-wertvollere Material an, nicht auf neuere Steuerlisten usw. Das Archivmaterial ist an die zuständigen SD-Dienststellen abzugeben.



2

Dahinter stand das Motiv, der politischen Polizei personenbezogene Unterlagen zur unmittelbaren Auswertung in die Hände zu geben. Zum anderen wollte man aber auch Material für die sogenannte *Erforschung der Judenfrage* im Sinn der „nationalsozialistischen Weltanschauung“ sichern, für die man eigene „Forschungsstellen“ wie die *Forschungsabteilung Judenfrage beim Reichsinstitut für die Geschichte des Neuen Deutschland* schuf. Die Behandlung von Unterlagen jüdischer Provenienz wurde in verschiedenen weiteren Anweisungen geregelt, auch seitens des Generaldirektors der Preußischen Archivverwaltung, der die Archive drängte, *das noch in jüdischer Hand befindliche Archivgut auf rein archivpflegerische Weise zu ermitteln und auf seine dauernde Abgabe zwecks dauernder archivalischer Aufbewahrung hinzuwirken*. Der Besuch Walter Grubes als *Bezirkspfleger für Archivalienschutz* im Bürgermeisteramt und die Erstellung des Inventars sind vor diesem Hintergrund und nicht als eigene Initiative zu sehen.

Trotz der Anweisung Heydrichs und der Folgeerlasse wurden am 10. November 1938 die Archive jüdischer Gemeinden in Deutschland freilich landauf, landab zerstört, verbrannt und geplündert, waren auch sie Gegenstand der gewaltsamen Übergriffe. Nur in wenigen Fällen gelangten Unterlagen in ein Staatsarchiv; vielfach wurden einzelne Akten unmittelbar der Geheimen Staatspolizei übergeben, während alles Übrige zerstört wurde. So sind ja auch – wie der „nüchterne“, sich jeder Wertung enthaltende Bericht von Walter Grube belegt – von der Freudentaler Überlieferung nur Teile in das Staatsarchiv gelangt, während einzelne Unterlagen an die Geheime Staatspolizei



3

kamen oder im Bürgermeisteramt gezielt für deren Zugriff verwahrt wurden. Nach einer späteren Aussage des Bürgermeisters wurden sie vom Reichssippenamt nach Berlin verbracht.

Umso wertvoller sind die heute in Jerusalem verwahrten Überreste der Freudentaler Akten. Durch das Verzeichnis Walter Grubes ist dokumentiert, um welche Einheiten es sich handelte. Die Unterlagen reichten bis 1855 zurück und umfassten zehn Einheiten, die – so die Provenienzanangaben Grubes – aus dem Israelitischen Vorsteheramt, der Israelitischen Kirchengemeinde, der Israelitischen Schule und aus Privatbesitz stammten. Ihre Entstehungszeit – und das ist überaus bemerkenswert – fiel zum größten Teil in die Jahre 1933–1938. In den Akten ist somit vor allem die Jüdische Gemeinde Freudental in der Zeit des Nationalsozialismus und der beginnenden Emigration dokumentiert. Gegliedert hatte Grube sein Inventar in die Kapitel I. Allgemeines, II. Religions-sachen, III. Schule, IV. Finanzverwaltung, V. Wohlfahrtspflege, VI. Vereine und VII. Auswanderung.

In den *Central Archives for the History of the Jewish People* wurden die Unterlagen mit weiteren Überresten aus dem Freudentaler Archiv zusammengeführt, die vor allem das Personenstandswesen betreffen und aus dem 1905 in Berlin gegründeten *Gesamtarchiv der deutschen Juden* stammen dürften. Dieses war 1939 zu einer *Zentralstelle für jüdische Personenstandsregister* umfunktioniert worden, um die im November 1938 „sichergestellten“ jüdischen Personenstandsunterlagen aufzunehmen. Vermutlich waren die im Bürgermeisteramt Freudental zurückbehaltenen Unterlagen über das Reichssippenamt dorthin gelangt und sind

dann mit den Resituationen der 1950er-Jahre nach Jerusalem zu den übrigen Akten zurückgekommen.

In den *Central Archives* hat man dann alle Unterlagen neu erschlossen. Im deutschsprachigen Verzeichnis, das im Internet abrufbar ist und 27 Einheiten umfasst, ist das Inventar Walter Grubes – als Mehrfertigung – die letzte Einheit mit dem Titel *Übersicht über die Akten der Israelitischen Gemeinde Freudental im württembergischen Staatsarchiv Ludwigsburg*.

Die so weit rekonstruierbare Geschichte des Archivs der jüdischen Gemeinde Freudental lässt in bewegender Weise an einem Beispiel nachvollziehen, wie auch Archivgut Opfer der Novemberpogrome war. Die Archivgeschichte der jüdischen Gemeinden insgesamt ist in weiten Teilen unerforscht. Hier sind noch zahlreiche Lücken zu schließen. Die katastrophalen Lücken in der Überlieferung selbst, die im Nationalsozialismus gerissen wurden, können nicht mehr geschlossen werden.

ROBERT KRETZSCHMAR

1 | Das „Judenschlüssel“, die Wohnung der ersten jüdischen Familien in Freudental, aufgenommen von Theobald Nebel, Kirchheim am Neckar, um 1965.
Vorlage: Landesarchiv HStAS EA 99/001 Bü. 305 Nr. 543

2 | Die Synagoge in Freudental um 1930.
Vorlage: *Jüdische Gotteshäuser und Friedhöfe in Württemberg*, 1932, S. 75

3 | Die 1770 erbaute Synagoge wird heute vom Pädagogisch-Kulturellen Centrum Ehemalige Synagoge Freudental e. V. genutzt.
Aufnahme: Robert Kretzschmar, Ingersheim

Quellen zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Gailingen

Gailingen am Hochrhein, an der Schweizer Grenze gelegen, hat eine besondere Geschichte vorzuweisen und verwahrt deshalb auch besondere Archivalien in seinem Gemeindearchiv.

In den Jahren 1653/54 kamen die ersten Juden nach Gailingen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Ort die größte jüdische Landgemeinde im Großherzogtum Baden; die Juden machten zeitweise knapp die Mehrheit der Dorfbevölkerung aus. Über 100 Jahre hinweg war Gailingen Sitz des Bezirksrabbinats, besaß eine jüdische Schule und viele jüdische Wohlfahrts-einrichtungen, einschließlich eines Krankenhauses und eines Alters- und Siechenheims. Einmalig dürfte in Baden die Wahl eines Juden, Leopold Hirsch Guggenheim, zum Bürgermeister einer ländlichen Gemeinde gewesen sein. Das Zusammenleben von Deutschen christlichen und jüdischen Glaubens wird als eng und gutnachbarlich, wenn auch nicht immer ohne Spannungen geschildert. Das blühende kulturelle und religiöse Leben der jüdischen Gemeinde wurde durch Verfolgung, Deportation und Zerstörung in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ausgelöscht.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Gailingen, von den Anfängen nach dem Dreißigjährigen Krieg bis zum gewaltsamen Ende im Oktober 1940, spiegelt sich in den Archivalien des Gemeindearchivs wider. Unwiederbringlich verloren ist die Registratur der jüdischen Kultusgemeinde, die beim Pogrom am 10. November 1938 stark verwüstet, doch endgültig erst kurz vor Einrücken der französischen Besat-



zungstruppen in Konstanz von der Gestapo vernichtet wurde.

Anhand der Akten im Gemeindearchiv lässt sich die Entwicklung der großen jüdischen Gemeinde im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert rekonstruieren, was die zahlreichen Beiträge zur jüdischen Geschichte Gailingens, die teilweise in Zusammenarbeit mit dem Hegau-Geschichtsverein herausgegeben wurden, deutlich machen.

Die umfangreichen Bestände des Gemeindearchivs Gailingen wurden durch den damaligen Kreisarchivpfleger Dr. Walter Fauler im Jahr 1960 geordnet und inventarisiert. Akten, die jüdische Bürger betreffen oder mit der israelitischen Gemeinde zu tun haben, hat er bezeichnender Weise mit einem „J“ gekennzeichnet!

Die Synagoge (links) und das jüdische Schulhaus mit der Rabbinerwohnung in Gailingen, vermutlich um 1930.

Vorlage: Verein für jüdische Geschichte Gailingen e. V.

In den Archivbeständen sind vor allem Akten mit jüdischen Sachbetreffen in den Bereichen Kirchen und Religionsgemeinschaften (*Israelitische Gemeinde*), Lehranstalten (*Israelitische Schule*) und Polizeiwesen (Staatsangehörigkeitssachen, Zu- und Wegzüge von Juden) anzutreffen. Doch auch bei Gewerbeakten, den Unterlagen über das Gesundheitswesen und bei Militär- und Kriegssachen, wo unter anderem die Abrechnungen des UNRRA-Lagers für Holocaust-Überlebende zu finden sind, gibt es „jüdische Spuren“ im Gemeindearchiv.



Leopold Hirsch Guggenheim, geboren am 25. Februar 1818 in Gailingen, dort gestorben am 27. November 1884, 1870–1884 gewählter Bürgermeister von Gailingen.
Vorlage: Verein für jüdische Geschichte Gailingen e. V.



Blick in die in der Pogromnacht 1938 zerstörte Gailingener Synagoge, um 1930.
Vorlage: Verein für jüdische Geschichte Gailingen e. V.

Die Inventuren- und Teilungen, die in Gailingen von 1801 bis 1861 reichen und fast 600 Faszikel aufweisen, sind von der Forschung bisher weitgehend unbeachtet geblieben, obwohl sich in dieser Überlieferung auch zahlreiche Vermögensverzeichnisse jüdischer Bürger befinden. Eine Auswertung dieser Unterlagen im Nachbarort Randegg mit einer ebenfalls großen jüdischen Gemeinde erbrachte nicht nur ein differenziertes Bild von der Sozialstruktur der dort lebenden Juden, sondern einen höchst interessanten Einblick in ihre Geschäfte, ihre Handelsbeziehungen, aber auch in ihren Ver-

mögensstand. Schuldner und Gläubiger und viele andere interessante Details wurden erfasst. Immobilien, selbst das Mobiliar oder sogar das Geschirr im Küchenschrank lassen sich mit diesen Vermögensaufnahmen und (Vermögens-) Teilungen rekonstruieren. In Gailingen steht eine Auswertung dieser Akten noch aus.

An das florierende jüdische Gemeindeleben und das Engagement der jüdischen Bürger auf dem Gebiet der Wohltätigkeit erinnern die Akten und Rechnungsbücher von vielen Stiftungen, die von Gailingener Juden zugunsten von Bedürftigen, Schülern und anderen in ihrem Heimatdorf errichtet wurden. Aber auch unter den Fürsorgeakten sind jüdische Namen zu finden, die als *Kleinrenter* auf öffentliche Unterstützung angewiesen waren.

Ein Schwerpunkt in der Überlieferung stellt das Thema *Staatsangehörigkeit* dar, das heißt deren Verlust durch Aufgabe oder durch Ausbürgerung bzw. die Wiedereinbürgerung. Im Zuge der Auswanderung von Juden hauptsächlich in die Schweiz, die Ende des 19. Jahrhunderts einsetzte, erhielten diese nach entsprechender Wartezeit die jeweils kantonale und somit die schweizerische Staatsangehörigkeit. Die Folge war der automatische Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Eine starke jüdische Auswanderungswelle setzte mit dem Beginn des „Dritten Reichs“ ein. Mit den sogenannten *Nürnberger Rassegesetzen* erfolgte die Ausbürgerung bzw. die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft.

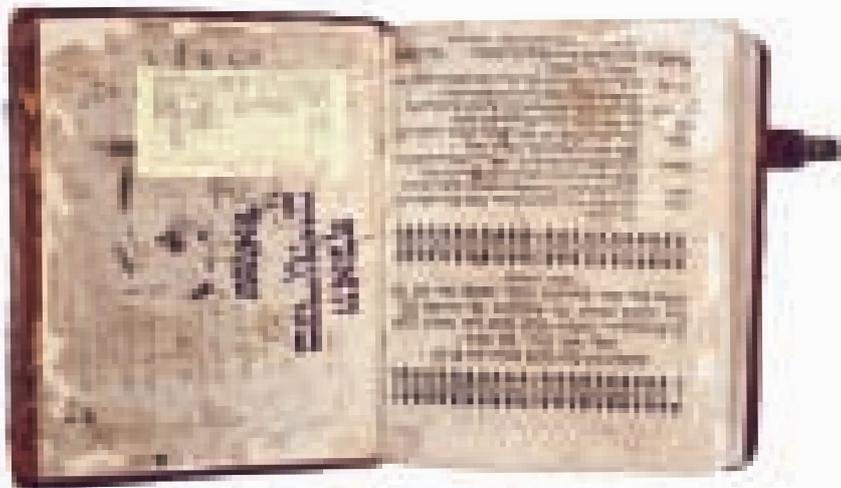
Mit Archivalien gut dokumentiert ist auch eine gegenteilige Entwicklung nach dem Ende der Naziherrschaft und des Zweiten Weltkriegs. In den 1950er-Jahren stellten zahlreiche ehemalige Gailingener Juden im Ausland Wiedereinbürgerungsanträge, teilweise für sämtliche Familienangehörige. Mitunter handelt es sich bei den Antragstellern um Überlebende des Holocaust. Für Gailingen sind 32 Wiedereinbürgerungen mit jüdischem Hintergrund belegt.

Gailingen, das im November 2008 den ersten Teil eines Museums über das Landjudentum im Hegau eröffnet hat, verfügt in seinem Gemeindearchiv, trotz aller Verluste, auch durch bewusstes Ausscheiden von „belastetem Material“, über eine Vielzahl von Quellen, mit denen sich ein facettenreiches Bild des ehemals reichen jüdischen Lebens in diesem Hegaudorf rekonstruieren lässt.

DETLEF GIRRES

Hebräische Bibel, um 1790, aus der Schlossbibliothek Bödighheim der Freiherren Rüdiger von Collenberg, deren stark geschädigte erste Seiten durch Anfaserung stabilisiert wurden.

Vorlage: Badische Landesbibliothek 95 B 77605



Zeugnisse jüdischer Geschichte durch das Institut für Erhaltung gesichert

Die beiden zentralen Werkstattbereiche für Mikroverfilmung und für Restaurierung im Ludwigsburger Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut kommen immer wieder in Kontakt mit vielfältigen Zeugnissen jüdischer Geschichte, die in den Archiven und Bibliotheken des Landes verwahrt werden. In der Verfilmungsstelle werden Archivalien auf langzeitstabilen Mikrofilm aufgenommen und durch Einlagerung im zentralen Bergungsort für die Zukunft gesichert. So wurden unter anderem die Erhebungsunterlagen für die im Druck vorliegende Judendokumentation des Hauptstaatsarchivs verfilmt. Daneben werden auch in erheblichem Umfang die vorrangig sicherungswürdigen Unterlagen aus nichtstaatlichen Archiven verfilmt, die im Land Baden-Württemberg, dem Sprengel der Verfilmungsstelle, beheimatet sind. So hat das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden zwei wichtige Bestände aus der Zeit der Wiedergründung der jüdischen Gemeinden nach dem Zweiten Weltkrieg zur Sicherungsverfilmung gebracht. Filmkopien, die bei dieser Gelegenheit angefertigt werden, sollen der Erhaltung der Originale dienen, indem sie deren Nutzung auf Schutzmedien ermöglichen.

Einzelne Zeugnisse jüdischen Lebens haben sich auch in Bibliotheken des Landes erhalten, so zum Beispiel ein Babylonischer Talmud aus dem 18. Jahrhundert. Der großformatige Band stammt aus Sulzbach und ist wohl in der Regierungszeit des Kurfürsten Karl-Theodor aus der Linie Pfalz-Sulzbach über die kurpfälzische Residenz Mannheim, deren jüdische Gemeinde in den Worten der Stadtgeschichtsschreibung *zu den wohlhabendsten im Alten Reich* gehörte, und schließlich in die Universitätsbibliothek Heidelberg gelangt. Ein anderer Band, eine hebräische Bibel ebenfalls aus dem 18. Jahrhundert, gelangte über eine ehemalige Schlossbibliothek in die Badische Landesbibliothek. Bei beiden Bänden handelte es sich um zeittypische ledergebundene Holzdeckelbände mit deutlichen Gebrauchsschäden und Spuren früherer, aus heutiger Sicht unsachgemäß durchgeführter Restaurierungen. Bei einem Band waren die Vorsätze vertauscht, bei beiden waren Rücken und Fälze eingerissen, teilweise fehlten Rückenpartien und Schließen. Die Schäden konnten ohne radikale Eingriffe behoben werden, indem die Fehlstellen mit farblich angepasstem Leder unterlegt und fehlende Teile ergänzt wurden.

Nicht durch Gebrauch und Verschleiß, sondern offenkundig durch ein Feuer war ein aufwendiges Pergamentlibell aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe beschädigt, ein kaiserliches Privileg für eine Ritterherrschaft im Kraichgau, wonach Verträge mit jüdischen Kaufleuten stets der Bestätigung durch die herrschaftliche Verwaltung bedurften. Betrachtet man die ursprünglich recht prunkvolle Ausfertigung, die in der kaiserlichen Kanzlei sicherlich nicht umsonst zu haben war, darf man annehmen, dass diese Regelung als sichere Quelle zur Generierung von Gebührenaufkommen betrachtet wurde. Die durch den Brandschaden zerstörten Textstellen sind verloren, scharfe Knicke im Pergament verhindern ein normales Umblättern. Zur besseren Stabilisierung wurden einige größere Fehlstellen mit neuem Pergament ergänzt, das ganze Libell seitenweise geglättet und gereinigt. Es ist damit – wie auch die anderen genannten Objekte – so weit stabilisiert, dass es bei vorsichtiger Handhabung keinen weiteren Schaden nehmen wird, und steht somit wieder der Nutzung zur Verfügung.

FRIEDER KUHN
KERSTIN FORSTMAYER

Juden an Main und Tauber

Quellen zur jüdischen Geschichte im Archivverbund Main-Tauber

Am 7. Mai 1628 ging in der Kanzlei der Grafen von Wertheim eine Supplikation der *Gemeinen Judenschafft alhier zu Wertheim* ein. Eher nebenbei wird bemerkt, dass deren Gottesacker *wol die eltiste juedische begräbnis im Romischen Reich mag sein, dan stein daruff zue finden, die vor sechshundert jharen sein gesetzt und bißheero gantz erhalten worden*. Auch wenn dies kaum wörtlich genommen werden darf, so zählt doch die Wertheimer Judengemeinde zu den ältesten auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg. 1222 erstmals urkundlich erwähnt, bestand sie fast durchgehend bis zum Untergang aller jüdischen Gemeinden in Baden durch die Deportation nach Gurs im Oktober 1940. Selbst nach den Judenpogromen des Spätmittelalters kamen bald wieder Juden in die Stadt – die Judengemeinde war hier über Jahrhunderte hinweg ein wichtiger Faktor.

Ein jüdischer Grabplatz existierte in Wertheim bereits 1406, als Graf Johann von Wertheim einen von den Juden gekauften Acker als Friedhof bestätigt: Der älteste erhaltene Grabstein stammt von 1405. 1668 wurde der Friedhof erweitert, wie aus einem Steuereinnahmehbuch zu erfahren ist. Die zweite Erweiterung im Jahr 1714 finanzierte der Wiener Hofjude Simson Wertheimer: Zwei Urkunden aus den Regierungskanzleien der beiden regierenden Löwenstein-Wertheimer Linien erteilen die Erlaubnis zum Ausbau und zur Ummauerung. Lagerbuch und Pergamenturkunden befinden sich im Stadtarchiv Wertheim. Hier erweist sich einmal mehr der Vorteil des Archivverbunds: Die Unterlagen von Staats- und Stadtarchiv, die sich wie andernorts ergänzen und nur zusammen ein geschlossenes Bild ergeben, können hier in einem Lesesaal parallel bearbeitet werden – wie am Beispiel jüdischer Friedhöfe vorgestellt wird –, bei der Ermittlung der einschlägigen Unterlagen kann quer über alle Findmittel hinweg gesucht werden, die betreuende Archivarin ist mit diesen wie jenen Beständen vertraut.

Reiches Material zur jüdischen Geschichte – vornehmlich zum 16. Jahrhun-

dert – wird derzeit bei der Erschließung eines noch ungeordneten Teils des Gemeinschaftlichen Archivs der Grafen von Löwenstein-Wertheim zugänglich gemacht. Aufgefunden wurden beispielsweise Namens- und Vermögensverzeichnisse Wertheimer Juden, Akten zu Schulden bei und von Juden und viele weitere Einzelfälle, die das Leben der Juden dokumentieren. Nach Abschluss der Arbeiten sind die Informationen ebenso wie die bereits bekannten Unterlagen im Internet recherchierbar.

Im 19. Jahrhundert wird die Überlieferung des Stadtarchivs dichter. Sie dokumentiert etwa die Bepflanzung des Wertheimer Judenfriedhofs mit Bäumen und Sträuchern und den Schutz der Anpflanzungen vor unbefugten Holz- und Laubsammlern, oder auch den Übergang der Schutzjuden zu Schutzbürgern mit geringeren Rechten bis hin zu Wertheimer Vollbürgern.

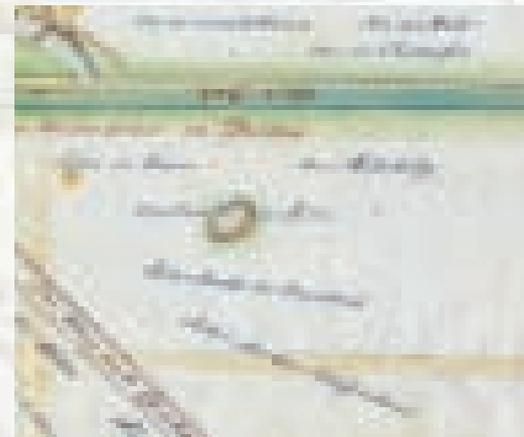
Im Archiv des Main-Tauber-Kreises, dem dritten Verbundpartner, befindet sich ebenfalls ergänzendes Quellenmaterial. Es sei auf zwei weitere ehemalige jüdische Gemeinden im Kreisgebiet mit bedeutenden Begräbnisstätten verwiesen: auf das ehemals wertheimische Dorf Wenkheim und auf Külsheim, zu dessen jüdischem Verbandsfriedhof Unterlagen im dem Kreisarchiv angegliederten Stadtarchiv Külsheim zu finden sind.

Gewalt gegen Juden und Vandalismus gegen deren Gut ist im Archivverbund über Jahrhunderte hinweg dokumentiert: etwa in dem eingangs zitierten Schreiben, das von schwer beschädigten Grabsteinen berichtet; besonders aber für die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. In der Überlieferung der Wertheimer Stadtverwaltung befinden sich auch Akten zum ab 1942 geplanten Ankauf des jüdischen Friedhofs und der anschließenden Verwertung der Grabsteine sowie zur Verwaltung und Verwertung jüdischen Vermögens und zu den quälend langsam verlaufenden Verfahren zur Rückerstattung jüdischen Eigentums nach 1945.

Um die Ergebnisse der Forschungen einem größeren Kreis zugänglich zu

machen, hat der Archivverbund Main-Tauber für sein Veranstaltungsprogramm 2009 das Jahresmotto *Geschichte der Juden an Main und Tauber* gewählt.

MONIKA SCHAUPP



Der jüdische Friedhof als runder „Garten“ und mit der Bezeichnung „Begräbnis der Juden“ auf einer schematischen Darstellung der Gemarkung Werbach-Wenkheim, 1797.

Vorlage: Landesarchiv StAWt R K 346



Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Külsheim, 1998.

Vorlage: Landesarchiv StAWt K LRA 91 Nr. 304/8

Vortragsreihe

**Antisemitismus in Franken –
fränkischer Antisemitismus**

PROFESSOR DR. CHRISTOPH DAXELMÜLLER,
WÜRZBURG

Donnerstag, 19. März 2009, 19.30 Uhr

Das Landjudentum in Franken

DR. LEONHARD SCHERG, MARKTHEIDENFELD

Donnerstag, 14. Mai 2009, 19.30 Uhr

Marie Philippine Müller

Eine Grafenmätresse trifft Joseph Süß
Oppenheimer

Ein Frauenleben im 18. Jahrhundert

DR. ROBERT MEIER, WÜRZBURG

Donnerstag, 18. Juni 2009, 19.30 Uhr

Juden in Stadt und Grafschaft Wertheim

Eine religiöse und soziale Randgruppe
während des 16. und 17. Jahrhunderts

DR. FRANK KLEINEHAGENBROCK,

WÜRZBURG

Donnerstag, 17. September 2009, 19.30 Uhr

**Die fränkischen Juden im 19. Jahrhundert
(etwa 1814–1916)**

DR. HANS-PETER BAUM, WÜRZBURG

Donnerstag, 15. Oktober 2009, 19.30 Uhr

Ausstellung

Beschlagnahmte Briefschaften

Der Kriminalprozess gegen Joseph Süß

Oppenheimer 1737–1738

Wanderausstellung des Landesarchivs

Baden-Württemberg – Hauptstaatsarchiv

Stuttgart

5. Juni – 31. Juli 2009

Seminar

„Jud Süß“

Ein antisemitischer Propagandafilm aus
dem Jahr 1940 um den württembergischen

Finanzberater Joseph Süß Oppenheimer
(† 1738)

Seminar mit Filmvorführung

Mittwoch, 22. Juli 2009, 19.30–22.00 Uhr

Alle Veranstaltungen finden im Archiv-
verbund Main-Tauber, Bronnbach 19,
97877 Wertheim, statt. Dort erhalten Sie
auch weitere Informationen:

Telefon: 09342/91592-0

E-Mail: stawertheim@la-bw.de

Internet: www.landearchiv-bw.de/staw

Reale und digitale Baustellen

Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg für 2008

Archive sind das Gedächtnis eines Landes. Archive öffnen das Tor zur Vergangenheit. Wer durch dieses Tor schreitet, ist für das Kommende gerüstet. Investitionen in Archive sind Investitionen in die Zukunft. Mit diesen Worten begrüßte Staatssekretär Gundolf Fleischer für das Finanzministerium Baden-Württemberg die versammelte Festgesellschaft, die sich am 24. September 2008 zur Grundsteinlegung des Erweiterungsbaus für das Generallandesarchiv Karlsruhe eingefunden hatte. Für das Landesarchiv war dieser Tag ein überaus wichtiges Datum, werden mit dem lang ersehnten Erweiterungsbau doch die prekären Raumprobleme am Standort Karlsruhe behoben sein. Dass damit freilich nicht alle Unterbringungsfragen des Landesarchivs gelöst sind, sprach Wissenschaftsminister Professor Dr. Peter Frankenberg in seinem Grußwort offen an, als er den Dank an das Finanzministerium mit dem Hinweis verband: *Ich bin mir sicher, dass sich ihr Haus auch bei der Umsetzung unseres südbadischen Archivprojekts, des Freiburger Verbundarchivs, weiter engagieren wird. Auch dessen Realisierung wäre eine Investition in die Zukunft.* In der Tat hat das Finanzministerium im vergangenen Jahr auch die Planungen für den Standort Freiburg im Breisgau vorangetrieben. Das Landesarchiv dankt beiden Ministerien sehr für die Unterstützung, die es 2008 bei seinen beiden vorrangigen Bauprojekten erfahren hat.

Der Bau realer – begehrter – Magazine, Lesesäle, Ausstellungs- und Veranstaltungsräume ist auch im digitalen Zeitalter für ein Archiv unverzichtbar. Dass weiterhin in beträchtlichem Umfang Akten auf Papier zu übernehmen sind, wird schon daran deutlich, dass das Landesarchiv 2008 insgesamt 1318 Meter Archivgut übernommen hat, darunter für die politische Geschichte solch höchst bedeutsame Akten wie Unterlagen des Innen- und Justizministeriums zur Roten Armee Fraktion, die – als nunmehr allgemein nutzbares Archivgut – bei der Presse sofort auf großes Interesse stießen. Auch ist die Nutzung in den Lesesälen zumindest an einzelnen Standorten wie-

derum gestiegen, teils sogar stark. Und zudem haben die vielfältigen Angebote der historischen Bildungsarbeit wiederum ein ebenso nach Zielgruppen differenziertes wie breites Publikum in die Archive gelockt. Die steigenden Nutzerzahlen und das wachsende öffentliche Interesse dürften nicht zuletzt die Folge der Präsenz des Landesarchivs im Internet sein, die Zugänge zu Archivgut schafft und – hohe Zugriffszahlen belegen es – viele Menschen erreicht.

So ist auch der Ausbau des Landesarchivs als digitales Archiv eine Baustelle, an der kontinuierlich gearbeitet wird. Gerade hier wurden 2008 wieder beträchtliche Fortschritte erreicht. Der Anteil der im Netz online zugänglichen Findmittel ist auf 26,1 Prozent gestiegen, an einzelnen Standorten liegt er über 40 Prozent. Profitiert hat das Landesarchiv auf diesem Feld 2008 besonders davon, dass es für das DFG-Förderprogramm zur Retrokonversion der Findmittel ein umfangreiches Pilotpaket durchführen konnte. Damit ist es bei der Umsetzung seines Aktionsplans zur Digitalisierungsstrategie (vgl. Archivnachrichten Nr. 35) ein gutes Stück vorangekommen.

Nach wie vor wichtig ist das Engagement des Landesarchivs in nationalen und europäischen Digitalisierungsprojekten. So war es Kooperationspartner in den europäischen Projekten *Michael Plus* und *Europeana*, die 2008 freigeschaltet wurden. Stark eingebracht hat es sich aber auch bei den Planungen für die *Deutsche Digitale Bibliothek*, die vor der Umsetzung steht. Ganz zentral für die Zukunft des Landesarchivs ist das Projekt zur Langzeitverfügbarkeit digitaler Unterlagen aus Verwaltung und Justiz, bei dem unter anderem ein *Digitales Magazin* entwickelt wird (vgl. Archivnachrichten Nr. 36). Das im Projekt erarbeitete Fachkonzept wird 2009 mit dem Ziel abgeschlossen, die Archivierung elektronischer Unterlagen als Daueraufgabe im Haushalt zu verankern.

Dass die einzelnen Archivabteilungen auch 2008 wieder das Ziel erreicht haben, den Anteil der erschlossenen und abschließend konservatorisch behandel-

ten Findmittel wesentlich zu erhöhen (vgl. Archivnachrichten Nr. 36), ist aus der Jahresstatistik und den Berichten der einzelnen Abteilungen ersichtlich, die im Internet zugänglich sind (www.landesarchiv-bw.de -> Landesarchiv -> Jahresberichte). Dass dieses Ziel beharrlich von Jahr zu Jahr verfolgt und erreicht wird, stimmt optimistisch, über kurz oder lang diesen Zustand für alle Bestände zu erreichen. Für 2008 stehen dem Neuzuwachs von 1318 Regalmetern 3956 Regalmeter an abschließend verpacktem Archivgut und 2658 Regalmeter an erschlossenen Unterlagen gegenüber. Für die konservatorische Behandlung ist dabei weiterhin das Landesrestaurierungsprogramm Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung.

Die Erschließung kann sich angesichts des fortdauernden Personalabbaus, der in der Folge der Verwaltungsreform noch bis 2011 zu erbringen ist, weitgehend nur auf eine Grunderschließung bzw. Weiterverarbeitung der behördlichen Ablieferungslisten beschränken, während tiefer gehende Verzeichnungsarbeiten nur im Rahmen von Drittmittel-Projekten möglich sind. Ein ganz besonderer Dank sei wiederum der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg ausgesprochen, die auch 2008 wieder eine Reihe von Erschließungsprojekten gefördert hat.

Im Einklang mit seinem Selbstverständnis als landeskundliches Kompetenzzentrum ist das Landesarchiv auch 2008 mit zahlreichen Angeboten in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hervorgetreten. In den Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen seiner verschiedenen Abteilungen spiegelt sich die ganze Breite seiner Bestände. Zunehmend werden im Landesarchiv die Angebote miteinander vernetzt und abteilungsübergreifend gestaltet, werden Schwerpunktthemen festgelegt. 2009 war die Nachkriegszeit ein solches Thema, dem auch ein Heft der Archivnachrichten gewidmet war.

Den Veröffentlichungen des Landesarchivs wird konsequent das neue Layout zugrunde gelegt. Das Erscheinungsbild der Werkhefte und der kleineren Broschüren, bei denen zukünftig zwischen Fachveröffentlichungen und Publikationen für die breitere Öffentlichkeit unterschieden wird, wurde weiterentwickelt. Insgesamt sind 2008 acht Publikationen erschienen. Auch hat sich das Landesarchiv wieder an zahlreichen Tagungen be-

teiligt, haben sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die nationale, teils sogar internationale Diskussion eingebracht. Der notwendige Dialog mit der Forschung wurde gezielt mit einer Tagung zur Überlieferung der Nachkriegszeit gepflegt, die in Heidelberg gemeinsam mit dem dortigen Lehrstuhl für Zeitgeschichte veranstaltet wurde.

Das Landesarchiv dankt ganz herzlich allen Partnern, mit denen es 2008 gemeinsam etwas bewegen konnte. Für vielfältige Unterstützung dankt es seinen Ansprechpartnern im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Ein herzliches Dankeschön sei aber auch an dieser Stelle nochmals den Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern des Landesarchivs ausgesprochen, die mit ihrem hohen Engagement die Ergebnisse des Jahres 2008 ermöglicht haben. Ihre Motivation und Leistung ist umso mehr zu würdigen, als der fortgesetzte Personalabbau sich im Arbeitsalltag zunehmend bemerkbar macht. Von 33 Stellen, die das Landesarchiv im Zeitraum 2005–2011 einzusparen hat, sind nunmehr 23 abgebaut. Diesen Hintergrund muss man sich bewusst machen, wenn man die nebenstehenden statistischen Zahlen und die Ergebnisse im Einzelnen betrachtet, die im Internet in den Berichten der verschiedenen Abteilungen dargestellt sind.

ROBERT KRETZSCHMAR

Das Landesarchiv in Zahlen

Das Wesentliche auf einen Blick

Gesamtumfang des Archivguts am 31. Dezember 2008 (in Regalmetern)	135 951
Urkunden (Stück)	310 244
Karten, Pläne (Stück)	334 314
Bilder (Stück)	931 191
Gespeicherte elektronische Unterlagen (Gigabyte)	53
Auslastung der Magazine (in Prozent)	93
Zu betreuende Registraturen	2616
Erschlossenes Archivgut (Findmittel leicht zugänglich)	84,9%
Digitalisate von Archivgut im Internet (Images)	160 655
In online verfügbaren Findmitteln erschlossenes Archivgut (in Prozent des Gesamtumfangs)	26,1
Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: 31. Dezember 2007)	184

Unsere Leistungen im Jahr 2008

Nutzungen	12 831
Vorgelegte Archivalien	85 875
Abgegebene Reproduktionen	343 061
Schriftliche Auskünfte der Archivabteilungen	6367
Online-Zugriffe auf Informationsangebote	ca. 3,24 Mio.
Neu hinzugekommenes Archivgut (in Regalmetern)	1318
Fachgerecht verpackte Archivalien (Stück)	364 929
Fachgerecht verpackte Archivalien (in Regalmetern)	3956
Erschlossenes Archivgut (Stück)	291 077
Erschlossenes Archivgut (in Regalmetern)	2658
Ausstellungen und Präsentationen	45
Besucher bei Ausstellungen und Präsentationen	54 449
Führungen	306
Geführte Personen	6048

Der vollständige Jahresbericht mit den ausführlichen Berichten der einzelnen Abteilungen und weiteren statistischen Daten findet sich auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) unter „Das Landesarchiv -> Jahresberichte“.

Neue Findmittel im Internet

Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert das Landesarchiv Baden-Württemberg

Die Zahlen beweisen es: In den letzten Jahren hat sich das Online-Angebot des Landesarchivs Baden-Württemberg deutlich erweitert. Die komfortablen Recherchemöglichkeiten werden von der Öffentlichkeit gern angenommen. Mehr als 3 Millionen Zugriffe im Jahr 2008 sprechen eine eindeutige Sprache. Den Nutzern stehen online die Beständeübersichten aller Archivabteilungen zur Verfügung. Die großen Anstrengungen des Landesarchivs, auch möglichst viele Findmittel online zugänglich zu machen, zeigen deutliche Erfolge: Das Hauptstaatsarchiv Stuttgart konnte vor wenigen Monaten das 1000. Findbuch ins Netz stellen. Im Staatsarchiv Ludwigsburg liegen für mehr als ein Drittel des Archivals Online-Findmittel vor. In kleineren Archiven wie dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein oder dem Staatsarchiv Wertheim sind die Zahlen noch deutlich günstiger. Die Vorteile für die Nutzer liegen auf der Hand: Bestände werden komfortabel vom Schreibtisch aus recherchierbar, der Archivaufenthalt lässt sich gezielt vorbereiten. Die Online-

Bestellung der Archivalien erspart unnötige Wartezeiten.

Durch das neue Förderprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Retrokonversion archivischer Findmittel erhält das Landesarchiv in seinen Anstrengungen eine wesentliche Unterstützung. Das Landesarchiv Baden-Württemberg beteiligte sich in den vergangenen Monaten an der Pilotphase zu der neuen Aktionslinie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die maschinenschriftlichen Findmittel von mehr als 60 Beständen mit über 66 000 Verzeichnungseinheiten wurden im Jahr 2008 durch ein Dienstleistungsunternehmen für die Präsentation im Internet erfasst und bearbeitet. Über eine Schnittstelle werden die EAD-XML-Dateien in MIDOSA 21 eingelesen. Umfangreiche und häufig genutzte Bestände aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe, dem Staatsarchiv Sigmaringen und dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart stehen damit für die Online-Recherche zur Verfügung, darunter auch die umfangreiche Überlieferung der II. Kammer des badischen

Landtags mit über 10 000 Faszikeln mit einer Laufzeit von 1816 bis 1939 (Landesarchiv GLAK 231).

In einem weiteren Projektschritt wird es nun auch möglich, die Bearbeitung handschriftlicher Findmittel durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördern zu lassen. 21 Findmittel mit über 50 000 Verzeichnungseinheiten werden in den nächsten Monaten für die Online-Präsentation vorbereitet. Die Bandbreite der berücksichtigten Findmittel ist breit. Sie reicht von zentralen Urkundenbeständen des Generallandesarchivs Karlsruhe bis hin zu der häufig genutzten Überlieferung württembergischer Oberämter aus dem Staatsarchiv Sigmaringen.

Das Ziel des Landesarchivs, in den nächsten zehn Jahren alle Findmittel, die keinen rechtlichen Beschränkungen unterliegen und einen befriedigenden Erschließungszustand aufweisen, online verfügbar zu machen, bleibt ein ehrgeiziges, aber durchaus realisierbares Projekt.

WOLFGANG ZIMMERMANN

„Bernstein – The memory of paper“

Ende Februar 2009 fand das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt *Bernstein – The memory of paper* (<http://bernstein.oeaw.ac.at>) seinen Abschluss. Zusammen mit acht weiteren internationalen Einrichtungen war das Landesarchiv Baden-Württemberg am Aufbau eines europäischen Wasserzeichenportals beteiligt. Wasserzeichen wurden als Hersteller- und Qualitätsmerkmale im Papier verwendet und liefern wichtige Informationen zur Papierproduktion. Auf dem Gebiet der Handschriftenforschung bildet die Bestimmung des Wasserzeichens eine zentrale Erkenntnisquelle zu Datierung und Aufbau einer Handschrift.

Vorrangiges Ziel des Projekts war es, eine übergreifende Recherche in den vier maßgebenden, bereits im Internet abrufbaren Wasserzeichendatenbanken zu

ermöglichen: *Piccard-Online* des Landesarchivs Baden-Württemberg (<http://www.piccard-online.de>), *Wasserzeichen des Mittelalters* (WZMA) der Kommission für Schrift- und Buchwesen des Mittelalters an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften in Wien (<http://www.ksbm.oeaw.ac.at/wz/wzma.php>), *Watermarks in Incunabula printed in the Low Countries* (WILC) der Niederländischen Nationalbibliothek in Den Haag (<http://watermark.kb.nl/>) sowie die *International Database of Watermarks and Paper Use for Prints and Drawings c. 1450 – 1800* (NIKI) des Niederländischen Kunsthistorischen Instituts in Florenz (<http://www.wm-portal.net/niki/index.php>).

Voraussetzung dafür war eine technische und terminologische Harmonisierung der heterogenen Datenbanken, die sich in ihrer Struktur, der verwendeten Klassifi-

kation und der Erschließungstiefe der Wasserzeichenbeschreibungen unterscheiden. Die Daten werden nicht in einer zentralen Datenbank vorgehalten, sondern bei jeder Abfrage im Bernstein-Portal aus den einzelnen Quellen neu zusammengeführt und strukturiert dargestellt.

Inhaltlich musste die Fachterminologie angeglichen werden, damit gleiche Wasserzeichen auch mit den gleichen Begriffen recherchiert werden können. Zu diesem Zweck wurde ein multilinguales Vokabular entwickelt, das die relevante Nomenklatur der Wasserzeichenbeschreibung in sechs Sprachen zur Verfügung stellt. Auch die Internetoberfläche des Portals wird mehrsprachig angeboten, wodurch ein internationaler Zugriff auf die Welt der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Wasserzeichen möglich ist. Zudem wurde eine gemeinsame Klas-

Institut für Erhaltung begrüßt 45 ungarische Restauratoren

Eine besonders schwüle, verregnete Woche im August 2008 hatte die Abteilung Papierrestaurierung des Technischen Vereins der Papier- und Polygraphischen Industrie Ungarns (*Papír- és Nyomdaipari Műszaki Egyesület*) für ihre Exkursion erwischt. Zu den insgesamt fünf besuchten Facheinrichtungen in Deutschland und Österreich zählte auch das Ludwigsburger Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut.

Die sehr fachkundigen und interessierten Kollegen, 45 an der Zahl, besichtigten alle Bereiche der zentralen Restaurierungswerkstätten in mehreren Gruppen. Die Institutsmitarbeiter führten in englischer oder deutscher Sprache, mitgereiste Dolmetscher übersetzten simultan. Es entspann sich ein äußerst anregender, auch heiterer Austausch über verschiedenste Objekte, Geräte und Techniken.

Wechselseitige Besuche zwischen Baden-Württemberg und Ungarn haben auf dem Gebiet der Bestandserhaltung bereits eine lange Tradition. Schon 1990 und weiterhin 1999 und 2005 nahmen

sifikation entwickelt, die die heterogenen hierarchischen Strukturen der beteiligten Datenbanken auf zwölf Hauptmotive reduziert und in zwei nachgeordneten Ebenen weiter differenziert.

Darüber hinaus beinhaltet das Portal auch eine umfangreiche bibliografische Datenbank mit mehr als 30 000 Titeln, die das relevante Schrifttum zur Papiergeschichte und Wasserzeichenforschung erfasst. Auch in Sachen Georeferenzierung stellt das Portal nutzbringende Funktionalitäten bereit: Eine Atlas-Funktion ermöglicht es etwa, die regionale Verbreitung bestimmter Wasserzeichen in Form von Karten darzustellen. Weiterführende Forschungen zu Papierhandel und -verbreitung sind damit leichter durchzuführen.

Bernstein stellt eine integrative Plattform für Wasserzeichensammlungen dar.

Angehörige der Archivverwaltung an internationalen Fachtagungen in Budapest teil, jeweils gefolgt von vielerlei Veranstaltungen zum Austausch von Methoden und Produkten. Zuletzt war Professor Dr. István Monok, der Generaldirektor der Széchényi-Nationalbibliothek Budapest, im Jahr 2002 am Ludwigsburger Institut zu Gast (vgl. Archivnachrichten Nr. 26).

Die anerkennenden Kommentare der ungarischen Kollegen machten der Institutsbelegschaft ein weiteres Mal bewusst, dass Ludwigsburg auf dem internationalen Parkett der Konservierung durchaus eine Rolle spielt – eine solche Motivation ist ein willkommener Nebeneffekt der Präsentation der eigenen Arbeit vor auswärtigen Gästen.

ANNA HABERDITZL

1 | *Über Sprachgrenzen hinweg – Restauratoren aus Ungarn und Ludwigsburg in angeregtem Erfahrungsaustausch.*

Vorlage: Landesarchiv IFE

Solche Sammlungen sind, oft in heterogener Form, bereits bei vielen Projekten im Bereich der Handschriftenbeschreibung entstanden und warten auf eine professionelle Erschließung im aktuellen Kontext der internationalen Papier- und Wasserzeichenforschung. Für diesen Zweck wird eine im Rahmen des Projekts entwickelte Software zum Download bereitgestellt, mit deren Hilfe neue Wasserzeichendaten ohne besonderen technischen Aufwand für Bernstein erfasst werden können.

Als zentrale Plattform für die Wasserzeichenrecherche kann das Bernstein-Portal verschiedenste Nutzungsanforderungen erfüllen und bleibt offen für weitere Entwicklungen.

ERWIN FRAUENKNECHT
CHRISTINA WOLF



1



2

2 | *Verabschiedung der Gäste – das Ende eines für alle Seiten fruchtbaren Besuchs.*

Vorlage: Landesarchiv IFE



Die Startseite von „Bernstein – The memory of paper“, noch in Testversion.

Umweg über die Stasi – Irrfahrt einer Akte

Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdiensts gehören nicht zu den Arbeitsschwerpunkten des Landesarchivs. Umso überraschender war es, dass das Staatsarchiv Ludwigsburg jetzt eine Akte erhielt, die seit 20 Jahren für verloren gehalten wurde. Wie sich herausstellte, war sie 1986 auf eindeutig unrechtmäßigem Weg statt ins Stuttgarter Justizministerium zur Staatssicherheit in Ost-Berlin gelangt.

Warum ausgerechnet die Strafakte gegen Thomas K. (Name geändert) den ostdeutschen Nachrichtendienst interessierte, wird wohl ungeklärt bleiben. Der gelernte Bauschreiner aus dem Großraum Heilbronn hatte eine lange Pechsträhne hinter sich. Die Firma, bei der er beschäftigt gewesen war, hatte ihm seit Jahren kein Gehalt mehr bezahlt und ihn stattdessen mit einem Schein-Immobiliengeschäft übers Ohr gehauen. Seine Versuche, auf eigene Rechnung weiterzuarbeiten, führten nur zu immer weiteren unbezahlten Rechnungen und ungedeckten Krediten für seine Materialeinkäufe. Am bitteren Ende klagte ihn die Staatsanwaltschaft Heilbronn in mehreren Fällen des Betrugs an. Weil er den vor dem Amtsgericht Heilbronn anberaumten Verhandlungstermin „vergessen“ hatte, wurde er vor den Augen von Familie und Nachbarschaft festgenommen und schließlich zu einer anderthalbjährigen Haftstrafe verurteilt.

Das alles führte Thomas K. in einem Gnadenersuchen an. Und dieses wurde, zusammen mit den Prozessakten und etlichen anderen Unterlagen von der Staatsanwaltschaft Heilbronn in einem gewöhnlichen Postpaket an das baden-württembergische Justizministerium in Stuttgart geschickt. Das Paket kam nie an.

Nachdem der Nachforschungsauftrag ergebnislos geblieben war, fertigte die Staatsanwaltschaft eine Ersatzakte aus Kopien und Handakten an. Für die Behörden schien der Fall damit erledigt.



Gut 20 Jahre später sind die verlorenen Akten wieder aufgetaucht. Sie fanden sich in „vorvernichtetem“ Zustand, das heißt, von Hand in zwei bis vier Einzelteile gerissen, unter den Unterlagen der Staatssicherheit. Nachdem das Puzzle bei der Bundesbeauftragten zusammengesetzt worden war, wurde die Akte an das Staatsarchiv Ludwigsburg übergeben, das für die Heilbronner Justizüberlieferung zuständig ist.

Mithilfe der Staatsanwaltschaft Heilbronn konnte das Geschehen teilweise aufgeklärt werden. In politischer Hinsicht ist die Akte belanglos. Aber die Adresse *Justizministerium Baden-Württemberg* hatte offensichtlich dazu geführt, dass das Paket irgendwo zwischen

Vom ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit entwendete und nun in diesem Zustand zurückgegebene Strafakte der Staatsanwaltschaft Heilbronn. Vorlage: Landesarchiv StAL

Heilbronn und Stuttgart abgegriffen und zur Stasi umgeleitet wurde. Das Ministerium für Staatssicherheit bediente sich bei der Deutschen Bundespost.

Thomas K., dessen Strafakte noch den archivgesetzlichen Sperrfristen unterliegt, wird wahrscheinlich nie erfahren, dass auch er ein Teil der deutsch-deutschen Geschichte wurde – verewigt im Magazin des Staatsarchivs Ludwigsburg.

ELKE KOCH

Preiswert und gut

Vom Nutzen der präventiven Konservierung

Jeder Archivar und jeder Registrator muß ... mit allen den Mitteln bekannt seyn, welche zur Erhaltung der Schriften nützlich sind, und alle menschliche Vorsicht anwenden, für dieselben zu sorgen, wenn nicht beyde, statt des Segens der Nachwelt, ihren Fluch erndten wollen.

So appellierte der Archivar Karl Friedrich Bernhard Zinkernagel bereits im Jahr 1800 in der Einleitung zu seinem *Handbuch für angehende Archivare und Registratoren* (gedruckt auf hervorragend erhaltenem Hadernpapier) an seine Fachkollegen. Mit gewissen Abstrichen sind die damals aufgestellten Regeln bis heute gültig. Dazu folgen vier Paragraphen über die Prävention: *Hat der Staat durch zweckmäßige Gebäude für die Sicherheit der Urkunden und Akten gesorgt, so wird der Archivar dadurch in den Stand gesetzt, seiner Pflicht gemäß die ihm anvertrauten Schriften gegen die übrigen Feinde der Archive zu schützen; diese sind: Staub, unreine Luft, Motten und Mäuse. Dem Staub wird leicht durch Reinlichkeit vorgebeugt. So oft es die Zeit erlaubt, muß der Archiviendiener die Schriften vor dem Archivgebäude behutsam abkehren. [...] Im Sommer müssen die Kästen und Läden oft geöffnet werden, damit sie die Luft durchstreichen kann.* Auch für den Einsatz von Schutzmedien sprach sich Zinkernagel aus: *Wenn es [...] hie und da noch Sitte wäre, die Originalurkunden öfters zu gebrauchen und herumzuwerfen, so muß mehrere Sorgfalt zur Verwahrung der Siegel angewandt werden. Gewöhnlich aber hat man von den vorzüglichsten Dokumenten Abschriften oder Kopialbücher, derer man sich bey den Geschäften bedient.*

Den Archivaren des 21. Jahrhunderts steht ein stattliches Instrumentarium für die präventive Bestandserhaltung zur Verfügung, wovon man sich auf dem jährlichen Besuch der Fachausstellung *Archivistica* überzeugen kann. Vom fast schon unüberschaubaren Verpackungs-

markt einschließlich Siegelhüllen, über die sich Zinkernagel gefreut hätte, bis zum Staubsauger mit Feinstaubfilter ist für das Archivgut nach dem Motto *Alles für Ihren Liebling* bestens gesorgt, entsprechende Mittel vorausgesetzt. Abgesehen von konservatorisch nützlichen Verfahren, Materialien und Geräten hat die Konservierungswissenschaft in den letzten Jahren auch theoretische Modelle entwickelt, die helfen sollen, aus dem großen Spektrum an Erhaltungsmaßnahmen für Kulturgut die für die eigene Einrichtung wichtigsten auszuwählen. Diese Modelle stammen aus dem angelsächsischen Raum und arbeiten mit den Begriffen *Preservation Framework* und *Risk Assessment*.

Robert Waller definiert zehn Gefährdungen für Kulturgüter in Museen, ähnlich auch in Archiven und Bibliotheken:

1. Physikalische Kräfte (dazu gehört Beanspruchung durch Nutzung),
2. Vandalismus/Kriminalität,
3. Feuer,
4. Wasser,
5. Biologischer Befall/Schädlinge,
6. Schadstoffe,
7. Licht/UV-Strahlung,
8. falsche Temperatur,
9. falsche relative Feuchtigkeit,
10. Vernachlässigung.

Die Punkte 6 und 7 verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil ihre schädliche Wirkung nicht immer sofort erkennbar ist, es sich also um *schleichende* Gefahren handelt. Mit Schadstoffen sind vorwiegend Luftverschmutzungen gemeint, also hauptsächlich Schwefeldioxid und Stickoxide, aber auch aus Anstrichen, Lacken und Hölzern entweichende organische Säuren. Deren zerstörende Wirkung auf Papier, Leder und auch Pergament wurde erst in den letzten 70 Jahren näher erforscht. So stellte Innes 1930 fest, dass beim Vergleich identischer Bücher aus verschiedenen englischen Bibliotheken die am meisten vom *roten Zerfall* betroffenen Ledereinbände in London, nahe von Industriegebieten neben häufig geöffneten Fenstern, gefunden wurden, während die im ländlichen Wales aufbewahrten Bücher gut erhalten waren. Inzwischen ist bekannt, dass vegetabil gegerbtes Leder mehr als zehnmal emp-

findlicher gegenüber Schwefeldioxid aus der Luft reagiert als die Atemwege des Menschen. Daher sind auf die für Personen maximal zugelassenen Werte eingestellte Umweltdetektoren für Archivalien nicht ausreichend.

Für Kulturgut spezifische Schadstoffdetektoren auf der Basis von hochempfindlichen Glassensoren wurden vom Fraunhofer-Institut für Silikatforschung in Wertheim-Bronnbach entwickelt. Sie können etwa in Vitrinen eingesetzt werden. Das gleiche Bronnbacher Team stellte kürzlich sogenannte Lichtteststreifen vor, mit denen die Gesamtmenge an Licht (Luxstunden) gemessen wird, das in einer bestimmten Zeit auf ein Objekt fällt. Das Landesarchiv Baden-Württemberg hat bereits erste unangenehme, aber sehr hilfreiche Erkenntnisse mit diesen im Fachhandel erhältlichen Streifen gewonnen: In einer Ausstellung wurde festgestellt, dass an einer besonders exponierten Stelle die für die vorgesehene Ausstellungsdauer von drei Monaten vorgeschriebene maximale Gesamtlichtmenge bereits nach zwei Wochen überschritten wurde. Es wurden sofort Maßnahmen ergriffen, um die betreffenden Objekte *aus dem Licht* zu nehmen – ein geringer Preis für die Vermeidung eines schweren Schadens.

ANNA HABERDITZL



LightCheck Licht-Dosimeterstreifen vor (links, blau) und nach (rechts, rosa) einer Lichtbelastung von 75 000 Luxstunden, entsprechend 7,5 Monate bei 50 Lux.

„Roter Zerfall“, Pulverisierung pflanzlich gegerbten Kalbsleders durch Schwefeldioxid aus schadstoffreicher Luft.



*Restauratorenfortbildung des Landesrestaurierungsprogramms im Ludwigsburger Institut – wegen ihrer Praxisnähe stets besonders geschätzt.
Vorlage: Landesarchiv I/E*

Ziel nach 100 Jahren Forschung erreicht

Tintenfraßbehandlung ist reine Routine

Schon 1898 wurde das unlösbar erscheinende Problem *Tintenfraß* von Archivaren formuliert. Es beschäftigt seither die Fachwelt. Nun haben Forscher eine Behandlungsmöglichkeit zur Anwendungsreife gebracht. Dem unaufhaltsam fortschreitenden Tintenfraß kann wirkungsvoll mit einer Substanz namens Kalziumphytat begegnet werden.

Ursache für das Schadensphänomen Tintenfraß ist ein nicht ausgewogenes Mischungsverhältnis der hauptsächlichen Tintenkomponenten Tannin und Eisen-(II)-Sulfat. Kommen mehr als 3,6 Mol Eisen auf ein Mol Tannin, frisst sich die Tinte buchstäblich durch das Papier. Die Schäden sind irreversibel, der Prozess kaum zu stoppen, weil er autokatalytisch wirkt.

Wie Tintenfraß mit der Kalziumphytat-Kalziumbikarbonat-Methode in der Praxis behandelt werden kann, wurde in einem hochkarätigen Workshop am Institut für Erhaltung von Archiv- und Bibliotheksgut vermittelt. Das dreitägi-

ge Seminar wurde in Kooperation mit der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart durchgeführt. Teilnehmer waren die Restauratorinnen und Restauratoren der dem Landesrestaurierungsprogramm angeschlossenen Archive und Bibliotheken.

Vermittelt wurden sowohl die umfassenden theoretischen Grundlagen als auch die sichere praktische Beherrschung einer standardisierten Behandlung. Bereits die Wirksubstanz anzusetzen ist heikel, erfordert Präzision und Übung. Flockt die Kalziumphytatlösung aus, ist die Lösung unwirksam. Leicht entstehen Spannungsrisse längs der versprödeten Tintenlinien, hervorgerufen durch konträres Benetzungsverhalten geschädigter und ungeschädigter Substanz. Diese Materialspannungen zu vermeiden ist oberste Priorität. Entscheidend ist dabei eine langsame, schrittweise gesteigerte Befeuchtung. Erst dann folgen drei Behandlungsbäder, die die Papiere durchlaufen. Dabei

werden sie sicher und schonend zwischen zwei Siebrahmen gehalten. Das erste Bad mit demineralisiertem Wasser dient der Entsäuerung. Das zweite Bad enthält den eigentlichen Wirkstoff Kalziumphytat, der die aggressive Tinte chemisch quasi einhüllt, „komplexiert“. Das dritte Bad, Kalziumhydrogenkarbonat, dient zur Ausbildung einer alkalischen Reserve, der „Altersvorsorge“ des Papiers. Abschließend wird wieder schrittweise und schonend Feuchtigkeit entzogen, bis die Blätter trocken sind.

So ist das komplizierte Phänomen Tintenfraß durch intensive Forschung umfassend beschrieben und verstehbar geworden. Das Ergebnis ist eine Routinebehandlung, wenn auch die Anwendung nicht einfach ist. In den landeseigenen Werkstätten können derart geschädigte und gefährdete Papiere jetzt mit gutem Erfolg restauriert werden, worauf Archivare und Bibliothekare über 100 Jahre haben warten müssen.

ANDREAS KIEFER

Fürst ohne Grenzen

Herzog Friedrich I. von Württemberg († 1608)



Herzog Friedrich I. von Württemberg (1557–1608) gilt als prominente Fürstengestalt, die im Geist des französischen Absolutismus die Landesherrschaft in Württemberg gestaltete. Besonders bemerkenswert für seine Persönlichkeit und seinen Regierungsstil sind die zahlreichen weiten Reisen, die Friedrich quer durch Europa unternahm. Hoch geehrt mit dem englischen Hosenbandorden und dem französischen Michaelsorden gehörte Friedrich zu den repräsentativen Fürsten seiner Zeit.

Für die württembergische Geschichte ist von besonderer Bedeutung, dass mit Friedrich als Graf von Mömpelgard die dortige Seitenlinie des Hauses Württemberg die Regierung des Herzogtums übernahm, als die Stuttgarter Hauptlinie mit Herzog Ludwig 1593 ausstarb. Diese enge Verbindung Friedrichs zur Grafschaft Mömpelgard/Montbéliard an der Burgundischen Pforte hat dort ebenso wie in seiner späteren Hauptresidenz Stuttgart großartige Spuren seiner Herrschaft hinterlassen: Das Schloss in Montbéliard oder die von Heinrich Schickhardt erbaute Kirche St. Martin zeugen etwa noch davon.

Anlässlich seines 400. Todesjahrs erinnerte das Hauptstaatsarchiv Stuttgart im Oktober und November 2008 mit einer besonderen Kabinettsausstellung an Herzog Friedrich: Sie war gleichzeitig als

Beitrag zur *Französischen Woche* in Stuttgart angelegt und wurde mit Unterstützung des Institut Français zweisprachig deutsch-französisch gestaltet. Von April bis Juli 2009 soll die Ausstellung auch im Schloss von Montbéliard gezeigt werden, genau dort, wo der Fürst seine Bibliothek eingerichtet hatte. Hier ist ein Teil des *Musée du château des ducs de Wurtemberg* untergebracht, der nach längeren Restaurierungsarbeiten mit dieser Ausstellung nun wieder neu eröffnet wird.

Hier steht der große Fürst im Mittelpunkt des Geschehens, das anhand zeitgenössischer Dokumente und Kunstwerke in diesem persönlichen Kontext authentische Konturen gewinnt. Darunter glänzen mit Blattgold bemalte Pergamenthandschriften neben Silbermünzen, mit Edelsteinen besetzte Prunkwaffen neben Musikinstrumenten aus Elfenbein. Stiche und Bilder präsentieren den Herzog und die höfische Gesellschaft seiner Zeit. Sie vermitteln den Geschmack an herrschaftlicher Repräsentation und entführen in den Glanz eines großartigen Hofes. Dieser spiegelt besonders die engen Beziehungen Friedrichs zu den Königshöfen in Frankreich und England wider und zeigt den ambitionierten Herzog als *Fürst ohne Grenzen*.

PETER RÜCKERT

*Das Wappen Herzog Friedrichs I. von Württemberg als Ritter des englischen Hosenbandordens, 1603.
Vorlage: Landesarchiv HStAS A 114 U 2 S. 2*



*Herzog Friedrich I. von Württemberg, geboren am 19. August 1557 in Mömpelgard/Montbéliard, gestorben am 29. Januar 1608 in Stuttgart, Gemälde eines unbekanntem Meisters, 17. Jahrhundert.
Vorlage: Landesmuseum Württemberg*

Schulklassen besuchen die Ausstellung „Erinnern und Versöhnen“ – ein Erfahrungsbericht

Im Oktober 2008 wurde im Stadtmuseum Baden-Baden die Ausstellung „*Erinnern und Versöhnen*“. *Hitlers Verbrechen / Crimes Hitlériens. Eine Ausstellung der französischen Besatzungsmacht 1945/1946* gezeigt (vgl. Archivnachrichten Nr. 36).

Das Stadtmuseum schrieb die Schulen in der Region an, um ihnen in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg Führungen anzubieten. Fünf Klassen meldeten sich an, eine Klasse Berufskolleg Fachhochschulreife, eine Realschul-, zwei Gymnasial- und eine Berufsschulklasse sowie eine Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern sowie von SMV-Vertreterinnen und -Vertretern.

Bei den Führungen wurden auch Schwierigkeiten deutlich, wie sie bei der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus immer wieder auftauchen: so etwa demonstrativ zur Schau getragene Gleichgültigkeit gegenüber dem Thema oder auch eine

in den Auswertungsgesprächen immer wieder auftauchende hochgradig standardisierte Kommunikation, in der die Schülerinnen und Schüler nur das von sich gaben, von dem sie annehmen konnten, es sei genau das, was der Ausstellungsbegleiter bzw. die Lehrerinnen oder Lehrer hören wollten. Auch die Frage nach der Adäquatheit des Mediums *Ausstellung* für Lernprozesse heutiger Schülerinnen und Schüler wurde aufgeworfen – manchmal entstand der Eindruck, sie seien mit diesem statischen Medium etwas überfordert. Aber es gab auch positive Erfahrungen: beispielsweise Schülerinnen und Schüler, die mit viel Zeit und Konzentration die Stellwände abschritten, die nach weiteren Informationen fragten (etwa für ein anstehendes Referat) und vereinzelt sogar länger blieben als die restliche Klasse (inklusive Lehrer), um sich noch in Ruhe die letzten Bilder und Texte an-

zusehen. Auch gab es Schülerinnen und Schüler, denen anzumerken war, dass der Besuch der Ausstellung tatsächlich etwas mit ihnen gemacht hatte. So sagte etwa eine Schülerin im Auswertungsgespräch, ihr sei zum ersten Mal klar geworden, dass der Nationalsozialismus *nicht nur etwas mit den Juden* zu tun gehabt hatte, sondern auch mit Frankreich. So fragwürdig diese Aussage bezüglich des bisher „genossenen“ Geschichtsunterrichts dieser Schülerin auch sein mag – sie macht doch deutlich, dass der Besuch der Ausstellung *Hitlers Verbrechen* auch heute noch ein Stück Aufklärung über den Nationalsozialismus und vielleicht sogar einen kleinen Beitrag zur weiteren Versöhnung und zur Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten leisten kann.

TONIO OEFTERING

Landtagsgeschichte in der Landesvertretung

Ausstellung „Landschaft, Land und Leute“ in Berlin präsentiert

Die sogenannte große *Weihnachtsausstellung* bei der Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Berlin hat gute Tradition und wird stets prominent besetzt. Zuletzt hat der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums Professor Dr. Wolfgang Reinhart am 27. November 2008 eine Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg zur Landtagsgeschichte vor 650 Besuchern eröffnet, verknüpft mit der feierlichen Übergabe des Weihnachtsbaums durch Landrat Reinhard Frank vom Main-Tauber-Kreis.

Die Ausstellung mit dem Titel *Landschaft, Land und Leute. Politische Partizipation in Württemberg 1457 bis 2007* war bereits anlässlich des 550-jährigen Jubiläums des württembergischen Landtags vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart gestaltet und im November 2007 im Stuttgarter Landtag gezeigt worden

(vgl. Archivnachrichten Nr. 35). Von Juni bis Oktober 2008 wurde sie dann im Winterrefektorium des ehemaligen Klosters Bebenhausen präsentiert, genau dort, wo der Landtag von Württemberg-Hohenzollern von 1947 bis 1952 vor der Gründung des Bundeslands Baden-Württemberg tagte.

Mit der Präsentation in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin erreichte die Ausstellungstournee ihren prominenten Abschluss: Gerade im politischen Ambiente der Bundeshauptstadt kann die landständische Tradition Württembergs ihre weit über den deutschen Südwesten hinausreichende Bedeutung profilieren. Dabei veranschaulichen die repräsentativen Verfassungsdokumente oder Ton- und Filmbeispiele aus der jüngeren Vergangenheit die politische Entwicklung von den ersten greifbaren Anfängen der politischen Mitsprache bis zur modernen parlamentarischen Demokratie.

Sie vermitteln einen authentischen Eindruck von *Landschaft, Land und Leuten* in ihrem historischen Umfeld, der die politische Mitsprache keineswegs als selbstverständlich erscheinen lässt.

Zur Ausstellung ist ein reich bebildeter Begleitband erschienen. Eine virtuelle Präsentation findet sich unter www.landesarchiv-bw.de.

PETER RÜCKERT

„Das Wägele“

Eine jüdische Kindheit in einem badischen Dorf im Dritten Reich

Ludwig Maier (Louis Maier), ein in Rastatt geborener und im Dorf Malsch bei Karlsruhe aufgewachsener jüdischer Deutsch-Amerikaner, erzählt in zwei Büchern seine Lebensgeschichte. So berichtet er von den alltäglichen dörflichen Erlebnissen und Ereignissen unter der Perspektive eines langsamen Entfremdungs- und Diskriminierungsprozesses der jüdischen Bevölkerung in Nazideutschland. Erst Jahrzehnte nach seiner geglückten Flucht als 16-Jähriger in die USA – allein um die halbe Welt – findet er als Erwachsener die Kraft und die Sprache wieder, um seine Kindheits- und Jugend-Erlebnisse in seinem ehemaligen Heimatdorf aus der Ferne aufzuarbeiten und niederzuschreiben.

Erinnerungen von Louis Maier

LOUIS MAIER: Schweigen hat seine Zeit, Reden hat seine Zeit. Ein Sohn spricht vom Leben und Schicksal der Jüdischen Gemeinde in Malsch. Herausgegeben von der Gemeinde Malsch, übersetzt von Sally Laws-Werthwein und Donald Werthwein. Verlag Regionalkultur Ubstadt-Weiher 2000; darin die hier abgedruckten Erinnerungen Maiers: S. 36–41; 175–178 (in Auszügen).

LOUIS MAIER: Empfänger unbekannt verzogen. Die Odyssee eines jungen Flüchtlings auf den Spuren des Schicksals seiner Eltern. Herausgegeben von der Gemeinde Malsch, übersetzt von Sally Laws-Werthwein und Donald Werthwein. Verlag Regionalkultur Ubstadt-Weiher 2008; darin S. 117 f. die Wiedergabe des Briefs vom 12. März 1941.

Louis Maier schreibt:

In jenen Jahren war Vater mein Held. Er hatte einen Sinn für Humor und liebte *einen guten Spaß*. Er piff Melodien von Musicals und Opern, die er als junger Mann besucht hatte. Viele Melodien, die er kannte, waren vom zweiten oder dritten Akt dieser Aufführungen, weil er in der Pause nach dem ersten Akt ins Theater geschlichen war. [...]

Vater konnte die meisten Sachen selbst herstellen. Er baute ein Tor, damit meine Schwester nicht aus dem Haus rennen konnte. Er machte unseren Apfelmost, der in großen Fässern im Keller aufbewahrt wurde. Er fütterte und molk die Ziegen, reinigte ihren Stall und schaute nach den Hühnern. Er machte das Gemüse ein, das er im Garten züchtete. [...]

Seine Freunde waren der Meinung, daß er zu bedächtig und zu vorsichtig sei. Vielleicht war diese Umsicht der Grund, warum unsere Eltern ihre Emigration hinausschoben, was sie letztendlich das Leben kostete. [...]

Mutter war eine ernste und entschlossene Frau mit einem starken Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit. Sie ärgerte sich über verlogene oder böartige Leute, selbst wenn sie enge Verwandte waren. Mutter mochte einen *Schmus* (Schwätzchen). Sie *schmuste* mit fast jedem, der etwas zu sagen hatte, das sie interessierte. [...]

Großvaters Tod 1936 war nicht nur für unsere Familie ein Wendepunkt, vielmehr schien es ein Zeitpunkt, der die drastische Verschlechterung des Lebens

der jüdischen Gemeinde markierte. Mit dem Gefühl, daß sie das ganze Land unter Kontrolle hatte, führte die Regierung neue Gesetze ein, die die bürgerlichen Rechte der jüdischen Bevölkerung einschränkten.

Zusammen mit allen anderen jüdischen Geschäftsleuten verlor Vater seinen Wandergewerbeschein. [...] Von nun an würden die Leute zu uns kommen müssen, um ihre Einkäufe zu tätigen. [...]

Unsere Nachbarn waren noch freundlich, verhielten sich aber immer vorsichtiger. Der Nationalsozialismus wirkte sich bei jedem aus. Man stand unter Druck, der Partei beizutreten. Wenn Nichtjuden mit uns redeten, schauten sie um sich, um festzustellen, wer diese Begegnung beobachtete. Manche Leute kamen nur bei Dunkelheit zu unserem Haus. Aus Angst waren alle vorsichtig, wenn sie etwas sagten, falls die Wände Ohren hätten. Es gab Gerüchte, daß manche Leute ihre Arbeit verloren hätten, oder daß sie eingekerkert worden wären, weil sie einen Witz gegen die Nazis erzählt hätten.

Der Verlust seines Vaters und der Verlust des Rechtes, seinen Unterhalt zu verdienen, muß für meinen Vater äußerst schwer gewesen sein. Jetzt verlor er ab und zu die Beherrschung. Verwandte und Bekannte gingen in fremde Länder. Das Leben verlief ruhig, aber man spürte einen fürchterlichen Unterton gärender Bedrohung. Vater machte das Beste aus seinem erzwungenen Ruhestand. Wir gingen in den Wald und pflückten Beeren für Marmelade oder sammelten Brennholz, das frei herumlag.

Mutter schien weniger von der Situation berührt zu sein oder sie zeigte es nicht. Sie [...] schaute, daß unsere Familie weiter machen konnte. Vater war jetzt dafür verantwortlich, die Gebete der Familie am Sabbat und an Feiertagen zu leiten. Da Großvater dies bei allen Anlässen getan hatte, war es ihm unangenehm, dieses neue Amt zu übernehmen. Wir Kinder fühlten uns ganz wohl, wenn Vater die Gebete leitete, weil er das Hebräische viel langsamer als Großvater vorlas, den wir aufgrund der halsbrecherischen Geschwindigkeit den ‚Eilzug‘ genannt hatten. [...]

1933 bis 1938 hatte sich das Leben für Juden immer schwieriger gestaltet. Ursprünglich war die volle Auswirkung des neuen Regimes in unserem Dorf kaum zu spüren. Wir pflegten weiterhin alte Bekanntschaften mit unseren nicht-jüdischen Nachbarn. Ein durch die Partei organisierter, eintägiger Boykott jüdischer Geschäfte blieb ohne Wirkung, da die Kunden am nächsten Tag wiederkamen. Aber Tag für Tag, Woche für Woche und Monat für Monat wurde das Leben schwieriger. Gerüchte über Verhaftungen und Verfolgungen in anderen Gegenden erreichten uns. Junge Leute wanderten aus, weil sie in Deutschland kein Leben aufbauen konnten und weil ihnen Arbeitsplätze und höhere Bildung verwehrt wurden. Die erste Familie verließ unser Dorf im Jahre 1937, im darauf folgenden Jahr wanderten drei weitere Familien aus. Der Religionslehrer, Leo Gabel, und seine Familie wurden im Frühjahr 1938 nach Polen deportiert. Obwohl sie aus Polen eingewanderte deutsche Eltern hatten, wurden sie als staatenlos betrachtet und ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert. Dies war die erste große Umsiedlung von Juden durch die deutsche Regierung.

Durch die Nachrichtenzensur wußten wir nichts vom Elend jener Menschen, die unangekündigt in Polen ankamen. Bestürzt über das Elend seiner Eltern, schoß der Sohn einer der deportierten Familien auf einen deutschen Botchaftsangestellten in Paris. Als der kurz darauf starb, benutzte die deutsche Regierung diesen Vorfall als Grund für ein organisiertes Pogrom. [...]

Der große Schlag kam in der *Kristallnacht* im November 1938. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die unschuldige Hoffnung bestanden, daß, wenn wir Juden nichts Unüberlegtes taten und keine Aufmerksamkeit auf uns zogen, wir jeglichem Schaden entkommen könnten. Wir dachten sogar, daß das Dritte Reich vielleicht bald zu Ende sein würde. [...]

Am 9. November 1938 arrangierte das Nazi-Regime in ganz Deutschland Überfälle auf seine jüdischen Bürger. In unserem bisher ruhigen Dorf, wo Rassenvorurteile kaum eingedrungen waren, steckte man die Synagoge in Brand, und Randalierer gingen durch jüdische Wohnungen und quälten Frauen und Kinder, die alleine zurückgeblieben waren, nachdem man alle gesunden Männer am Morgen verhaftet hatte. Die jüdische Gemeinde stand unter Schock. Die Nichtjuden konnten nicht glauben, daß man ihre Nachbarn und Freunde so schamlos überfallen konnte. Dieses greuliche Benehmen machte jedem Angst. Es stimmt, daß die Haupttäter aus anderen Dörfern kamen, die keine jüdische Bevölkerung hatten, aber dieses Ereignis zeigte unseren nichtjüdischen Freunden die Brutalität des Regimes. Obwohl die Leute im Dorf Angst hatten und nicht viel sagten, spürten wir ihre Unterstützung. Eines Tages brachte mir jemand die Velourstasche für meinen Gebetsschal. Meine Mutter hatte die blaue Velourstasche genäht und mit Sorgfalt gefüttert. Darauf standen, handgestickt mit goldenem Garn, meine Initialen. Jemand, dem ihre Schönheit aufgefallen war, hatte sie aus der Synagoge gerettet und herumgefragt, bis er mich fand. Ich habe die Tasche heute noch. Sie ist gleichzeitig ein Andenken an meine Mutter und an diesen mitfühlenden Menschen.

In der Nacht des Pogroms gingen wir voller Angst zu Bett. Wir kauerten uns zusammen, und von Mutter geführt sagten wir unser Abendgebet. [...] Wir beteten jeden Abend. Meine Schwester und ich gingen wieder zur Schule. Wir wußten nicht, was mit Vater geschehen war. War er noch am Leben? Zwei Wochen nach seiner Verhaftung erhielten wir endlich einen Brief von ihm. Er war im Konzentrationslager Dachau. Meine Mutter ging zur Gestapo in Karlsruhe und ersuchte um seine Freilassung.

Schließlich, nach fünf Wochen, war er wieder da. Seine Haare waren kurz geschoren. Ich streichelte seinen Kopf – es fühlte sich wie Samt an. Seine Kleider rochen nach Desinfektionsmitteln. Er hatte abgenommen. Er erzählte uns über das Lager. [...]

Vater erzählte uns, wie überfüllt es dort war und wie wenig es zu essen gab. Drei Männer mußten sich einen Teller teilen. Einer seiner Partner suchte sich immer die besten Happen in der Suppe heraus. Er erzählte von Selbstmorden. Gefangene rannten zum Zaun, und wenn man sie nicht vom Wachturm herunter erschoss, wurden sie vom Zaun durch einen Stromschlag getötet. Die Kleidung war knapp und unzureichend für den bayrischen November und Dezember.

Bevor er entlassen wurde, hatte man meinem Vater mit Kastration gedroht, falls er Deutschland nicht verließ. Im Lager hatte er sich durch das Tragen großer Kessel einen Leistenbruch zugezogen, der in Ordnung gebracht werden mußte. Wieder zu Hause, hatte Vater Schlafstörungen. Er drehte und wendete sich die ganze Nacht. Beruhigungs- und Schlafmittel zeigten keine Wirkung. Er wurde selbstmordgefährdet, und wir konnten ihn nicht allein lassen. Entweder ich oder meine Schwester begleiteten ihn auf die Toilette. [...] Er war ängstlich und deprimiert. Jetzt tauschte Mutter viele ihrer Gedanken mit mir aus. [...] Sie hielt mich auf dem laufenden über Vaters Arztbesuche und über das Versagen der Bromidpräparate, die damals zur Behandlung von Depressionen benutzt wurden. [...] Im April 1939 empfahl der Arzt, ihn ins Krankenhaus einzuweisen. [...] Er wurde nach einer vierwöchigen Behandlung entlassen. Mit Unterstützung seiner Frau kam er nun viel besser zurecht als in der Zeit zwischen seiner Entlassung vom Lager und seinem Aufenthalt im Krankenhaus. [...]

Aber Frauen wie Mutter kämpften gegen den durch die Inhaftierung verursachten Wirrwarr in den Köpfen und im Leben ihrer Männer. Sie mußten irgendwie ein Gefühl für Hoffnung und Unternehmungsgestalt wiederherstellen. Es waren vielfach die Frauen, die fieberhaft nach Möglichkeiten suchten, in

irgendeinen sicheren Hafen in einem fremden Land zu fliehen, auch wenn es nur vorübergehend war. [...]

Aber die treibende Kraft war meine Mutter. Vielleicht hatte sie schon immer die Familie geführt. Sie zeigte Vater gegenüber Respekt, aber wenn nötig traf sie jetzt die Entscheidungen und reiste herum. [...] Die Rollen unserer Eltern hatten gewechselt. Früher wäre es Vater gewesen, der uns in die Weit hineinbegleitet hätte; jetzt war es Mutter, und Vater packte die Koffer für uns. [...]

Das Pogrom wurde der Wendepunkt, der Verlust der Hoffnung für die Juden in Deutschland. Die bisherige, tröpfchenweise Auswanderung wurde ein wahrer Strom, als wir anfangen, unsere Situation völlig zu begreifen. Das amerikanische Konsulat numerierte die Anträge in der Reihenfolge des Eingangs. Unsere Nummer war 9595, aber wir mußten warten, weil die Einwanderung in die Vereinigten Staaten durch eine Jahresquote streng reguliert war. Weniger als 26 000 im Jahr durften aus Deutschland in die USA einreisen, auch wenn sie sämtliche erforderlichen Affidavite (eidesstattliche Versicherungen) hatten. Über 100 000 Leute waren registriert. Wir hatten Schwierigkeiten, richtige Bürgschaften von unseren amerikanischen Verwandten zu bekommen. Unsere Eltern beschlossen, die Kinder vorzuschicken. „Sie können ihr Leben dort weiterführen und uns vielleicht helfen, weitere Bürgschaften zu besorgen. Vielleicht werden ihre Pflegeeltern uns unterstützen.“ Wir schickten einen Antrag an die Deutsch-Jüdische Kinderhilfsgesellschaft und baten um Affidavite für mich und meine Schwester und um Unterstützung bei unserer Ankunft in den Vereinigten Staaten. Wir füllten die Formulare aus und warteten.

[...] Aber es gibt auch gute Nachrichten. Im Mai 1940, an dem Tag, als die deutsche Armee die Niederlande angreift, bekommen meine Schwester und ich unsere Visen für die Vereinigten Staaten. [...] Im Juli 1940 fordert mich das jüdische Fürsorgebüro auf, nach Berlin zu kommen. Mein Paß ist fertig und hat die neuesten Genehmigungen. Mutter bringt mich dorthin, und wir verabschieden uns. Ich soll am nächsten

Tag abreisen. Aber ich fahre nicht sofort. Das Büro hat Probleme mit dem Transport in die USA. Eine Woche später bringt Mutter meine zwölfjährige Schwester nach Berlin. Aber nach ein paar Tagen will das Büro meine Schwester wieder nach Hause schicken, weil es keine Plätze auf den Schiffen von Japan gibt, zu dieser Zeit dem einzigen Land, von dem aus man in die USA fahren kann. Ich bitte darum, daß sie bleiben kann. Eine Woche später gibt es einen Platz. Unter allen Kindern ist meine Schwester die einzige mit einem Paß mit allen nötigen Bescheinigungen und Genehmigungen. Sie wird mit dem Flugzeug nach Moskau geschickt, um den Transsibirischen Expresß zu bekommen. [...]

Am 22. Juli 1940 begleiteten mein Vater und meine Schwester mich und meine Mutter zum Bahnhof. Meine zwei schweren Koffer waren für den Kilometer bis zum Bahnhof auf unser Handwägle aufgeladen. Dieses *Wägle* [...] war Teil unseres Haushalts gewesen, seit ich mich erinnern konnte.

Ich kann mich weder an die Abschiedsworte meines Vaters oder meiner Schwester noch an Umarmungen oder Küsse oder Händeschütteln erinnern, und, obwohl ich es oft versucht habe, kann ich mich nicht mehr daran erinnern, über was meine Mutter und ich während der langen Fahrt nach Berlin sprachen. Es waren bestimmt viele

Ermahnungen und viele Pläne für die Zukunft dabei. Mutter fehlte es ja nie an Worten. Aber mein Gedächtnis läßt mich im Stich; ich kann mir nicht einmal ein Bild von meiner Familie machen, wie wir uns verabschiedeten.

Alles, woran ich mich erinnern kann, ist das verdammte, braune Wägle!

*„Das Wägle“, von Ludwig (Louis) Maier zur Vorstellung seines ersten Buchs am 12. Dezember 2000 nach Malsch mitgebrachte Zeichnung.
Vorlage: Leonard Wehr, Malsch*



Transkription

Clara Maier geb. Weil

Ilot K Baracke 3, Camp de Gurs, 12.3.1941

Meine geliebten Kinder!

Zuerst will Dir l. Agathe zu Deinem Geburtstag [13.] gratulieren u. Dir u. uns allen zur Vollendung Deines vergangenen Lebensjahres alles gute wünschen. Das größte Glück ist für dich und uns, daß Du noch rechtzeitig Deine neue Heimat erreicht hast u. Dich mit l. Ludwig in Eurem neuen Heim recht wohl fühlst. Wir ertragen gern, daß ihr meine lieben Kinder fern von uns seid, weil wir wissen, daß Euch viel trauriges u. schweres erspart geblieben [ist]. Wir sehnen den Tag herbei, an dem wir freie Menschen sein werden u. zu Euch kommen können. Gleichzeitig bitten wir Euch, tut alles, was in euren schwachen Kräften steht, um uns für Passage zu sorgen. Es ist traurig, daß Tante Betty sich wegen ihrer Passage an Onkel Max gewandt, wer soll denn für uns sorgen? Es ist unbedingt nötig, daß wir schnell hier weg kommen. L. Vater rasiert fleißig u. Tante Marie hätte sicher ihre Freude an ihm, sagt ihr das u. wir würden uns freuen einen brieflichen Gruß von ihr zu bekommen, wir haben lange ihre Schrift nicht gesehen. Wir sind bis jetzt auch ohne sie zurechtgekommen, aber Elise Vollweiler hat mir gesagt, dass sie immer einen briefl. Gruß von ihr geschickt bekommt. Onkel Max hat für uns 10 Dollar abgesandt, wir wollen hoffen, daß wir dieselben bekommen. Gemeinsam mit Onkel Aron u. Onkel Josef haben wir schon einmal 10 Dollar von Onkel Max bekommen [...] Verbringt l. Agathes Geburtstag u. die Zukunft recht schön, schreibt recht oft, nehmt innige Grüße u. Küsse von Eurer Mutter. Für Herr u. Frau Rosen herzl. Grüße, gute Wünsche u. vielen Dank für ihre Liebe zu Euch.

[Vater fügte hinzu:]

Liebe Kinder!

Der l. Agathe habe ich bereits im letzten Brief zu ihrem Geburtstag gratuliert. Bei-
liegender Brief ist für Ernst. L. Ludwig schreibe an Onkel Max, daß ich das gesandte
Geld heute abholen kann, auch daß Josef sein Paket von l. Betty erhalten hat. Was
macht unsere Passage? Julius Machols Schwester mit Familie sind in ein besseres Lager
gekommen. In letzter Zeit haben wir von Euch keine Briefe erhalten, aber jetzt
kommen wieder. Wir haben hier schon wieder Regen, kaum 2 Tage gut Wetter. Ich
muß an die Arbeit. Donnerstag u. Freitag ist Hochbetrieb. L. Agathe verbringe Deinen
Geburtstag recht gut. Bleibt gesund u. seid vielmals begrüßt u. geküsst von Eurem
Vater. Viele herzl. Grüße an Familie Rosen.

[Zusatz von Onkel Aron, dem Onkel der Mutter:]

Meine Lieben herzl. Grüße, Onkel Aron.

[Zusatz von Solomon, einem Cousin des Vaters, einem Juwelier aus Pforzheim:]

Es freut mich, dass es Euch gut geht, lese ich mit großem Interesse deinen telegrafischen
Stil l. Agathe. Herzl. Grüße Euer Solomon. Viele Grüße an Fam. Jul. Machol



Ludwig (Louis) Maier im Alter von 13 Jahren, 1937.
Vorlage: Louis Maier, Silver Spring



Ludwig (Louis) Maier und seine Schwester Agathe auf der Treppe von Agathes Grundschule in San Francisco, gegenüber dem Haus der Pflegeeltern Rosen, 1940.
Vorlage: Louis Maier, Silver Spring



Hauptstraße und katholische Kirche in Malsch, 1937.
Vorlage: Louis Maier, Silver Spring



Ludwig (Louis) Maier mit seinen Eltern Sigmund und Clara Maier sowie seiner Schwester Agathe, 1937.
Vorlage: Louis Maier, Silver Spring



Die Malscher Synagoge (hinten) bei der Beerdigung von Jakob Voll im April 1933.
Vorlage: Heimatfreunde Malsch e. V.

Literatur

Anne Frank – Tagebuch. Frankfurt am Main ³2002.

HARALD FOCKE und UWE REIMER:
Alltag der Entrechteten. Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen (Alltag unterm Hakenkreuz 2). Reinbek 1980.

HARALD FOCKE und UWE REIMER:
Alltag unterm Hakenkreuz. Reinbek ⁴1980.

Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration. Herausgegeben von WOLFGANG BENZ, CLAUDIO CURIO und ANDREA HAMMEL. Frankfurt am Main 2003.

Politik & Unterricht 3/2008: Gedenkstätten. Lernorte zum nationalsozialistischen Terror.

HANS PETER RICHTER: Damals war es Friedrich. Reinbek ²⁰1985.

WENDELGARD VON STADEN: Nacht über dem Tal. Eine Jugend in Deutschland. München 1982.

OLIVER STORZ: Drei Tage im April. 1994 (103 min. SDR/ARTE/ORE, TV-Film).

THOMAS UNGLAUBE: Allein in die Fremde. Die Kindertransporte nach Großbritannien 1938/39. In: Erziehung und Wissenschaft 11 (2008) S. 22.

Die Unterrichtspraxis 17. GEW-Hilfen für den Schulalltag. Sekundarstufe I und II.

Verwendung im Unterricht

Schülerinnen und Schüler könnten anhand folgender Fragen die Erinnerungen von Ludwig Maier bearbeiten:

1. Mein Vater war mein *Held*, so sagt Ludwig Maier von seinem Vater. Wie kommt Ludwig zu dieser Behauptung. Ist sie gerechtfertigt? Sind Väter heute auch „Helden“?
2. Wie beschreibt er seine Mutter, wie sieht er ihre Vorzüge?

[Zusatz zur Vorgeschichte: Versuche herauszubekommen, warum Herschel Grünspan in Paris den Diplomaten Franz Eduard vom Rath erschoss. Hierzu kannst du im Geschichtsbuch nachlesen. Hier im Text sind nur Hinweise zu finden. Wie beurteilst du die Tat und den „Volkszorn“, der darin bestand, dass in Deutschland die Synagogen zerstört und jüdische Geschäfte beschädigt wurden, unbeteiligte Menschen in Konzentrationslager verschleppt und auch viele Menschen getötet wurden?]

3. Die sogenannte *Reichskristallnacht*, das Pogrom [Verfolgung] am 9. November 1938 hat auch in den Erinnerungen von Ludwig Maier eine Vorgeschichte. Wie machten die Nazis den Maiers das Leben schon vorher schwer? Wird dies hier für dich verständlich erklärt? Vielleicht streichst du einfach seine Hinweise an. Wenn die Vorgeschichte für dich nicht deutlich wird, besprich dies mit deinen Klassenkameradinnen oder -kameraden.
4. Zeichne die Etappen der Verschlechterung der Lage der Familie Maier zwischen 1933 und 1938 nach. Wie und wodurch wurden sie langsam isoliert?
5. Ludwig schildert die *Kristallnacht* als einen *Wendepunkt*. Kannst du diesen Gedanken nachvollziehen? Für wen ändert sich etwas? In dieser Nacht passiert Schreckliches. Kannst du die Ereignisse aufzählen und bewerten? Dennoch erinnert sich Ludwig so intensiv an seine Tasche für den Gebetsschal, verständlich?

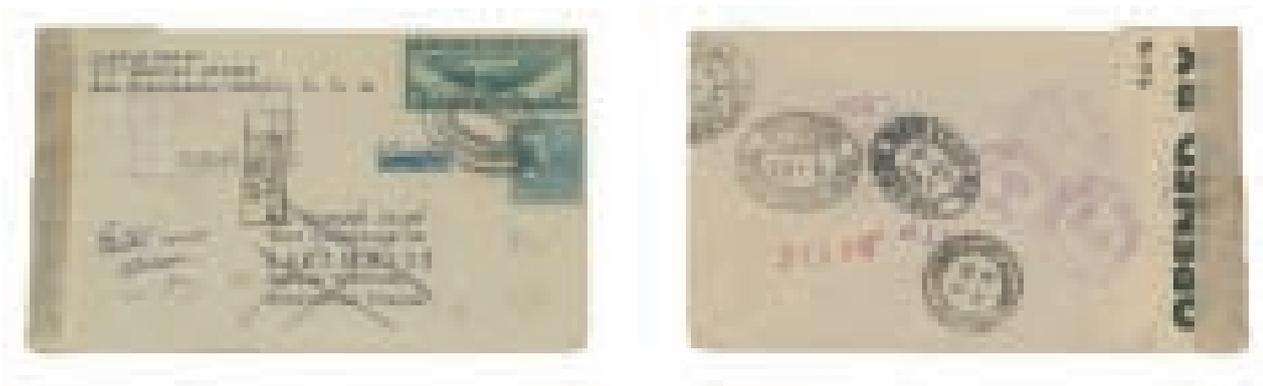
[Zusatz: Schon vor der *Kristallnacht* versuchten 937 jüdische Mitbürger nach Kuba und Amerika auszuwandern. Hierzu buchten sie Passagen auf dem Kreuzfahrerschiff St. Louis. Das Schiff

legte am 13. Mai 1939 in Hamburg ab, kam am 27. Mai in Havanna an und traf nach einer langen Irrfahrt am 17. Juni 1939 in Antwerpen ein. Hierunter waren auch 21 jüdische Malscher, unter anderen auch die Familie Kaufherr und zwei Familien Maier, die Ludwigs Familie von der Fahrt eine Postkarte schickten. Sie kamen nicht mehr nach Malsch zurück. Informiere dich, warum die Reisenden der St. Louis nicht in Havanna oder den USA an Land gehen durften und was weiter mit ihnen geschah.]

6. Stelle dir bitte vor, du schreibst stellvertretend für Ludwig deine Erlebnisse und Erfahrungen nach der *Kristallnacht* nieder
 - a. in der Form eines längeren Tagebucheintrags;
 - b. als Brief an deine engsten Freunde und Familienangehörigen;
 - c. in einem Brief, von dem du weißt, dass die Nazis ihn öffnen. Was schreibst du, was verschweigst du?
7. Kannst du die Veränderungen, die in Ludwigs Vater vorgehen, erklären? Wir lesen, dieses Ereignis verändert das ganze Familienleben. Auch die Einstellung gegenüber dem Vater und gegenüber seiner Mutter ändert sich. Kannst Du dies erklären?
8. In welche Klemme gerät Ludwig, welche Gefühle prägen ihn ab diesem Zeitpunkt, denn er ist doch noch fast ein Kind (15 Jahre)? Kann er nach diesen Ereignissen noch „einfach ein Kind“ sein?
9. Obwohl sich die Situation so sehr verschlechtert, ist unverstänlich, warum nicht die ganze Familie Maier in die USA auswandert. Findest du die Erklärungen im Text? Die Flucht der Kinder wird beschlossen, die Fluchtvorbereitung dauert lange. Welche Hindernisse sind noch zu bewältigen, bevor Agathe und Ludwig ihre lange Bahnreise antreten können? Wie wird man sich als Junge/Mädchen in der Situation wohl fühlen?
10. Schreibe einen möglichen Dialog oder inszeniere ein Rollenspiel zwischen Ludwig und Agathe, das am Freitag, dem 16. August 1940 stattfindet, also am Vorabend der Fahrt nach Berlin und dann in die USA. Stell dir vor, du und deine Schwester, ihr sitzt beide vor dem Schlafengehen



Weltkarte mit dem Fluchtweg Ludwig (Louis) Maier über Russland, Korea und Japan in die USA und dem Weg seiner ersten Rückkehr nach Europa als Soldat der US-Armee im Zweiten Weltkrieg.
Vorlage: Donald Wertwein



Vorder- und Rückseite eines zurückgesandten Briefs von Ludwig (Louis) Maier an seine Eltern, weil diese vom Lager Gurs nach Auschwitz deportiert worden waren.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 65/20171 Nr. 167

auf dem Bett und ihr redet über die am nächsten Morgen beginnende Fahrt um die halbe Welt. Was würdest du als Bruder deiner Schwester noch mitteilen wollen, über welche Dinge würdest du mit ihr reden, was willst du ihr noch sagen? Welche Erwartungen ihr gegenüber hegst du wohl? Wie schläfst du wahrscheinlich, welche Gedanken gehen dir durch den Kopf?

11. Kannst Du erklären, warum er sich gerade an das *Wägele* erinnert? Es gibt doch viel wichtigere Dinge, an die man sich erinnern sollte. Wofür könnte das *Wägele* stehen?

Arbeitshinweise zu Ludwigs Fluchtweg:

1. Zeichne auf der Karte den Weg von Ludwig Maier in die Freiheit nach. Berechne auf einer genaueren Karte die Entfernung von Malsch (bei Karlsruhe) nach San Francisco. Wie lange braucht man wohl heute dafür? Würden deine Eltern dich auf diese Reise gehen lassen? Würdest du diese Reise machen wollen? Welche Ängste, Befürchtungen, aber auch Hoffnungen würden wohl *deine* Flucht begleiten? Wäre bzw. ist diese Flucht von Louis Maier nur in der Vergangenheit möglich oder kann so etwas auch heute noch vorkommen? Was meinst du? Vielleicht überlegst du, wo in der Welt Minderheiten, Andersdenkende verfolgt werden. Gibt es in deinem Heimatort einen ähnlichen Fall? Vielleicht kannst du im Stadtarchiv nachschauen oder bei den Heimatfreunden. Oder können dir vielleicht deine Großeltern noch mehr erzählen?
2. Der Brief der Eltern ist nicht gut lesbar. Kannst du erklären, warum sie einen so wichtigen Brief nicht sorgfältiger und lesbarer schreiben und auf so schlechtem Papier verschicken? Warum steht so wenig über das Lager Gurs im Brief? Ludwigs Eltern beklagen sich nicht. Dabei geht es ihnen sicher nicht gut. Hast du eine Erklärung dafür, dass sie sich über die Verhältnisse im Lager, ihre Gesundheit und das Essen nicht äußern? Geht es ihnen in Wirklichkeit gut oder schonen sie nur ihren Sohn und die Tochter und wollen sie nicht mit ihren elterlichen Problemen belasten? Wie würdest du ihre Lage beurteilen,

ihre gefühlsmäßige und körperliche Verfassung?

3. Empfänger ohne Adressenangabe verzogen. Versuche herauszubekommen, wohin Ludwigs Eltern, wie fast alle badischen Juden 1940 von Gurs in Frankreich verschleppt wurden. Zeichne auf einer Europakarte Gurs ein und ziehe Linien zu den Orten von Vernichtungslagern, zum Beispiel Auschwitz.
4. Die zwei Bücher von Ludwig Maier sind ja nicht direkte Tagebuchaufzeichnungen, die er als 16-jähriger Junge jeden Abend notierte und dann später druckte. Sie drücken nicht seine direkten Gedanken, Gefühle, Ängste und Hoffnungen aus. Es ist ja so, dass er die Bücher nach 40 Jahren aus der Erinnerung heraus geschrieben hat. Was verändert sich dadurch? Es ist immer noch „seine Wirklichkeit“ – und doch gibt es Unterschiede. Überlege bitte, inwiefern sich das Niederschreiben der Kindheitserinnerungen im Erwachsenenalter von einem in der Jugend selbst geschriebenen Tagebuch unterscheidet. Was sind die Vorzüge des Tagebuchs, wo liegen die Vorteile des Rückblicks?

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Hitlers Verbrechen
Crimes Hitlériens
Eine Ausstellung der französischen
Besatzungsmacht 1945/1946
Bearbeitet von Hans-Georg Merz und
Herbert Uhl
Verlag W. Kohlhammer 2008
127 Seiten, 103 Abbildungen, kartoniert
€ 16,-
ISBN 978-3-17-020744-8



Robert Meier
Bronnbach
Ein Ort im Lauf der Zeit
Landesarchiv Baden-Württemberg 2008
48 Seiten, 34 Abbildungen, kartoniert
€ 8,-
ISBN 978-3-00-025421-5



1968 und die *Anti-Atomkraft-Bewegung*
der 1970er-Jahre
Überlieferungsbildung und Forschung
im Dialog
Herausgegeben von Robert Kretzschmar,
Clemens Rehm und Andreas Pilger
Werkhefte der Staatlichen Archiv-
verwaltung Baden-Württemberg, Serie A
Heft 21
Verlag W. Kohlhammer 2008
194 Seiten, 35 Abbildungen, fester Ein-
band/Fadenheftung
€ 19,50
ISBN 978-3-17-020708-0

Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag
W. Kohlhammer (www.kohlhammer.de) erhältlich.

Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Homepage des
Landesarchivs Baden-Württemberg ([www.landesarchiv-
bw.de](http://www.landesarchiv-
bw.de)) unter „Aktuelles > Neue Publikationen“.

Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden
Sie auch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Würt-
temberg (www.landesarchiv-bw.de) unter „Das Landesar-
chiv > Publikationen“.



Das schöne Bild vom Wahn
Weinsberger Patientenfotografien aus
dem frühen 20. Jahrhundert
Bearbeitet von Bernhard Stumpfhaus
Verlag W. Kohlhammer 2008
177 Seiten, 147 Abbildungen, kartoniert
€ 18,—
ISBN 978-3-17-020784-4



Archive im (räumlichen) Kontext
Archivbauten und ihr Umfeld
Vorträge des 68. Südwestdeutschen
Archivtags am 21. Juni 2008 in Ulm
Herausgegeben von Beat Gnädinger
Verlag W. Kohlhammer 2009
94 Seiten, 44 Abbildungen, kartoniert
€ 12,—
ISBN 978-3-17-020902-2



Die Urkunden des Stifts Buchau
Regesten 819–1500
Bearbeitet von Rudolf Seigel, Eugen
Stemmler (†) und Bernhard Theil
Inventare der nichtstaatlichen Archive
in Baden-Württemberg, Band 36
Verlag W. Kohlhammer 2009
728 Seiten, 25 Abbildungen, fester Ein-
band/Fadenheftung
€ 56,—
ISBN 978-3-17-020783-7

Impressum

Landesarchiv Baden-Württemberg,
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart,
Telefon 0711/212-4273,
Telefax 0711/212-4283,
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de,
Internet: www.landesarchiv-bw.de

Redaktion:
Dr. Wolfgang Zimmermann,
Luise Pfeifle
Gestaltung:
agil > Visuelle Kommunikation,
Pforzheim
Druck: Pfitzer Druck und Medien e.K.,
Renningen

Das Heft erscheint halbjährlich und wird
kostenlos abgegeben.

Titelfoto:
Gebet der badischen Juden für Markgraf
Karl Friedrich (1746–1811), 2. Hälfte
18. Jahrhundert.
Vorlage: Landesarchiv GLAK Hfk-Hs
Nr. 266/23 (Eigentümer: Markgraf von
Baden)

Landesarchiv Baden-Württemberg

Präsident

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Serviceabteilungen

Landesarchiv Baden-Württemberg
Verwaltung
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: verwaltung@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg
Fachprogramme und Bildungsarbeit
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: fachprogramme@la-bw.de

INSTITUT FÜR ERHALTUNG

**Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut**
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/18-6600
Telefax: 07141/18-6699
E-Mail: bestandserhaltung@la-bw.de

Archivabteilungen

STAATSARCHIV FREIBURG

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE

Nördliche Hildapromenade 2
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/18-6310
Telefax: 07141/18-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV NEUENSTEIN

Außenstelle des
Staatsarchivs Ludwigsburg
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/2277
Telefax: 07942/4295
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

HAUPTSTAATSARCHIV STUTTART

Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hststuttgart@la-bw.de

STAATSARCHIV WERTHEIM

im Archivverbund Main-Tauber
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de

